

Stenographisches Protokoll.

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 8. November 1950.

Inhalt

1. Nationalrat.

Angelobung des Abg. Dworak (S. 1220).

2. Personalien.

- a) Krankmeldungen (S. 1220);
- b) Krankenurlaub (S. 1220);
- c) Entschuldigungen (S. 1220).

3. Bundesregierung.

Schriftliche Beantwortung der Anfragen 111, 160 und 161/J (S. 1220).

4. Ausschüsse.

Zuweisung der Anträge 37 bis 40/A (S. 1220).

5. Regierungsvorlagen.

- a) Bundesgesetz über die Aufhebung der Volksgerichte und die Ahndung der bisher diesen Gerichten zur Aburteilung zugewiesenen Verbrechen (231 d. B.) — Justizausschuß (S. 1220);
- b) über die Neuordnung des Wirkungsbereiches des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe in den Angelegenheiten der Luftfahrt (232 d. B.) — Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform (S. 1220);
- c) betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Rohstofflenkungsgesetzes 1949 (233 d. B.) — Handelsausschuß (S. 1220);
- d) womit Ausführungsbestimmungen zu § 57 Abs. 1 und 2 des Ärztegesetzes erlassen werden (234 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1220);
- e) womit das Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz abgeändert wird (235 d. B.) — Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform (S. 1220);
- f) Besatzungskostendeckungsgesetz 1951 (236 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1220).

6. Erste Lesung.

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1951 (230 und Zu 230 d. B.).

Debatte:

Redner: Koplenig (S. 1221), Dr. Migsch (S. 1226), Dr. Gasselich (S. 1233), Dr. Bock (S. 1241), Scharf (S. 1250), Sebingner (S. 1254), Neuwirth (S. 1258), Ernst Fischer (S. 1261), Olah (S. 1266), Dr. Stüber (S. 1271) und Ludwig (S. 1273);

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 1274).

7. Immunitätsangelegenheit.

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Dr. Scheff (237 d. B.).

Berichterstatter: Dr. Nemeec (S. 1220);

Annahme des Ausschußantrages (S. 1220).

Eingebracht wurden:

Antrag der Abgeordneten

Petschnik, Eibegger, Zechtl, Voithofer, Rom u. G., betreffend Abänderung einiger Bestimmungen über die Sozialversicherung der Bediensteten der dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen (41/A).

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Herbert Kraus, Dr. Reimann u. G. an den Bundeskanzler, betreffend den Hungerstreik des Herbert Cieslar (168/J);

Neuwirth, Dr. Reimann, Alois Gruber u. G. an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, betreffend Abbaumaßnahmen in den VÖEST-Werken, Linz/D. (169/J);

Machunze, Dr. Bock, Dr. Maleta, Lakowitsch, Dipl.-Ing. Hartmann u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Abänderung des Erlasses vom 9. Jänner 1948, Zahl 147367/III/7/47 an die Landesarbeitsämter, betreffend die Beschäftigung von Ausländern (170/J);

Dr. Tončić, Horn, Geisslinger, Weikhart, Dipl.-Ing. Hartmann, Czernetz, Doktor Schöpf, Skritek u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend Enthebung von Polizeiorganen (171/J);

Horn, Dr. Tončić, Weikhart, Geisslinger, Czernetz, Dipl.-Ing. Hartmann, Skritek, Dr. Scheff u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Einmengung der russischen Besatzungsmacht in die Rechtspflege (172/J);

Marchner, Wendl, Kostroun u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Geschäftsverbindungen des Hypotheken- und Kreditinstitutes mit dem Krauland-Konzern (173/J);

Dr. Stüber, Klautzer u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend Pressemeldungen über Staatsanwalt Dr. Butschek (174/J);

Dr. Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G. an den Bundeskanzler, betreffend die Erlassung des im 2. Verstaatlichungsgesetz verheißenen Entschädigungsgesetzes (175/J);

Dr. Stüber, Dr. Kopf u. G. an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend das Straßenbauprojekt „Durchfahrt Wiener Neustadt“ (176/J);

Klautzer, Dr. Stüber u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Anschuldigungen gegen höhere Beamte des Bundesministeriums für Finanzen im Zusammenhang mit der Krauland-Affäre (177/J).

Anfragebeantwortungen:

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Ferdinanda Flossmann u. G. (144/A. B. zu 111/J);

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abg. Dr. Pfeifer u. G. (145/A. B. zu 160/J);

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Mark u. G. (146/A. B. zu 161/J).

1220 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten.

Präsident Kunschak: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 31. Sitzung vom 12. Oktober 1950 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abg. Rainer und Dr. Krauland.

Entschuldigt haben sich die Abg. Wimmer, Rosa Jochmann, Dr. Koref, Dr. Gruber und Wallner.

Mit Zustimmung des Hauses wird der Abg. Gabriele Proft ein zweimonatiger Krankurlaub gewährt.

Präsident: Der für den Abg. Franz Bauer einberufene Abg. Franz Dworak ist zum erstenmal im Hause erschienen und wird die Angelobung leisten.

Schriftführer Weikhart verliest die Angelobungsformel. — Abg. Dworak leistet die Angelobung.

Präsident: Die eingelangten Anträge 37 bis 40 wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen 111, 160 und 161 wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Weikhart, um Verlesung des Einlaufs.

Schriftführer Weikhart: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt (*liest*):

Bundesgesetz über die Aufhebung der Volksgerichte und die Ahndung der bisher diesen Gerichten zur Aburteilung zugewiesenen Verbrechen (231 d. B.);

Bundesgesetz über die Neuordnung des Wirkungsbereiches des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe in den Angelegenheiten der Luftfahrt (232 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer des Rohstofflenkungsgesetzes 1949 (233 d. B.);

Bundesgesetz, womit Ausführungsbestimmungen zu § 57 Abs. 1 und 2 des Ärztegesetzes vom 30. März 1949, BGBl. Nr. 92, erlassen werden (234 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz 1949, BGBl. Nr. 276/1949, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 25. Jänner 1950, BGBl. Nr. 65, abgeändert wird (235 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Bedeckung der Besatzungs-

kosten für das Jahr 1951 (Besatzungskosten-deckungsgesetz 1951) (236 d. B.).

Es werden zugewiesen:

236 dem Finanz und Budgetausschuß;

233 dem Handelsausschuß;

231 dem Justizausschuß;

234 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

232 und 235 dem Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform.

Über Vorschlag des Präsidenten wird gemäß § 33 D der Geschäftsordnung der als Punkt 2 auf der Tagesordnung stehende Bericht des Immunitätsausschusses zunächst behandelt. Von der 24stündigen Auflegfrist wird gemäß § 38 E Abstand genommen.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist somit der **Bericht des Immunitätsausschusses** über das Auslieferungsbegehren des Disziplinarates der Rechtsanwaltskammer in Wien gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Otto Scheff (237 d. B.).

Berichterstatte Dr. Nemezc: Hohes Haus! Gegen den Abg. Rechtsanwalt Dr. Scheff wurden wegen der Führung zweier Prozesse von zwei Parteien Vorwürfe bei der Wiener Rechtsanwaltskammer erhoben. Die Berechtigung dieser an sich belanglosen Vorwürfe bedarf einer Untersuchung durch den Disziplinarrat dieser Kammer.

Die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen einen Abgeordneten ist aber gemäß den einschlägigen Bestimmungen unseres Bundes-Verfassungsgesetzes nur möglich, wenn der Nationalrat seine Zustimmung hiezu erteilt. Da es sich um Angelegenheiten handelt, die einzig und allein die berufliche Tätigkeit des Abg. Dr. Scheff als Rechtsanwalt betreffen und mit seiner Tätigkeit als politischer Mandatar in keinem wie immer gearteten Zusammenhang stehen, hat der Immunitätsausschuß beschlossen, dem Hohen Haus die Zustimmung zu diesem Auslieferungsbegehren zu empfehlen.

Bemerkt sei, daß der Herr Abg. Dr. Scheff selbst die Bitte gestellt hat, diesem Ansuchen zu entsprechen.

Ich habe daher die Ehre, namens des Immunitätsausschusses den Antrag zu stellen (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Auslieferungsbegehren des Disziplinarates der Rechtsanwaltskammer in Wien vom 13. September 1950, Z. 17 D. R. ex 1950, gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Otto Scheff wird stattgegeben.“

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird angenommen.

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1221

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1951** (230 und Zu 230 d. B.).

Abg. Koplenig: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat uns heuer mit einer schon lange nicht dagewesenen Pünktlichkeit das Budget für das Jahr 1951 vorgelegt. Diese erstaunliche Pünktlichkeit soll man aber weniger auf das Konto der besonderen Fähigkeiten des Herrn Finanzministers buchen, sondern eher darauf, daß sich die beiden Koalitionsparteien in diesem Jahre rechtzeitig und schon frühzeitig hinter verschlossenen Türen über die grundsätzlichen Fragen der Verteilung des österreichischen Nationaleinkommens geeinigt haben, die diesem Budget zugrunde liegen.

Daß das Budget wieder einmal um 2 Milliarden angeschwollen ist, wird wie üblich in ein besonderes Verdienst der Regierung umgebogen, was damit begründet wird, daß diese Steigerung im Vergleich zu den gesteigerten Lasten des Staates kleiner sei, als man hätte erwarten können. In Regierungskreisen wird darauf verwiesen, daß bei den früheren Lohn- und Preispakten die darauf folgende Erhöhung der Budgetziffern ungleich größer gewesen ist. Dieses Kunststück sei dem Finanzminister diesmal nur deshalb gelungen, weil er die letzten Reserven, die in anderen Budgetposten verborgen gewesen wären, herangeholt habe. Damit, meine Damen und Herren, wird heute offiziell zugegeben, daß wir Kommunisten recht hatten, als wir bei der Behandlung des Staatshaushaltsplanes in früheren Jahren immer wieder darauf hinwiesen, daß seine Ziffern vielfach nur den Wert von Hausnummern haben.

Die offiziellen Kommentare zum Budget 1951 enthalten das Versprechen, die Mehrausgaben des Budgets aus dem vorhandenen Gebarungüberschuß von voraussichtlich 700 bis 800 Millionen Schilling zu decken, ohne neue Steuererhöhungen vorzunehmen. An dieses Versprechen wird aber die Bedingung geknüpft, daß keinerlei neue Forderungen an den Staatssäckel gestellt werden dürfen. Das bedeutet, daß die Regierung die feste Absicht hat, an der am 26. September mit dem 4. Lohn- und Preispakt überfallsmäßig durchgeführten Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten festzuhalten.

Wir Kommunisten und mit uns breite Massen der Bevölkerung machen uns über die Bedeutung des letzten Lohn- und Preisabkommens keine Illusionen. Da es aber zur Praxis der Koalitionsparteien gehört, die Kommunisten für all das, was die Regierung angestellt hat, verantwortlich zu machen

(*Zwischenruf bei der Volkspartei*), will ich auf Einschätzungen des Lohn- und Preispaktes hinweisen, die von einer Seite kommen, welche des Kommunismus wahrlich nicht verdächtigt werden kann.

Es ist der Herr Finanzminister selbst, der im vorliegenden Bundesfinanzgesetz die Einnahmen der Umsatzsteuer im Jahre 1951 um zirka 34 Prozent höher präliminiert als im Jahre 1950. Damit wird vom Finanzminister selbst zugegeben, daß eine entsprechend hohe, das heißt eine zirka 30prozentige Preiserhöhung der Massenbedarfsartikel in diesem Jahr zu erwarten ist; denn angesichts der schweren Nöte der breiten Massen ist kaum zu erwarten, daß sich der massenmäßige Umsatz auch nur einigermaßen erhöhen wird.

Die „Presse“, zweifellos ein Organ, das nicht der Sympathie für den Kommunismus verdächtigt werden kann, schrieb am 22. Oktober dieses Jahres über die Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung durch den 4. Lohn- und Preispakt folgendes (*liest*): „Inzwischen haben Arbeiter und Angestellte ihre neuen Lohnabrechnungen erhalten und feststellen können, daß von der zugebilligten Aufbesserung von 10 Prozent nur ein Teil, oft nicht einmal die Hälfte netto verbleibt.“ „Da das Realeinkommen,“ — so schreibt die Zeitung weiter — „nicht nur durch die Maßnahmen vom 26. September eine Schmälerung erfahren hat, sondern auch durch die seit dem 3. Preis- Lohnabkommen eingetretene Entwicklung,“ also durch die seit dem 3. Lohn- und Preispakt vollzogenen Preissteigerungen, „wäre es nahelegend gewesen, die nunmehr zugebilligten Lohn- und Gehaltserhöhungen abzugsfrei zu stellen.“

Wie Sie sehen, gibt hier sogar ein Organ der Kapitalisten zu, daß der Lohn-Preispaakt eine Einbuße für die Werktätigen bedeutet, während der Abgeordnete Böhm, der vorgibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, behauptet, daß die Preiserhöhungen durch die zehnprozentige Lohnerhöhung abgegolten seien. Böhm und seine Parteifreunde versuchen auch krampfhaft, wider besseres Wissen, die Sache so darzustellen, als ob die vollzogenen Preiserhöhungen für Mehl, Brot, Kohle, Strom, Straßenbahn usw. keine weitere Preiserhöhung im Gefolge hätten. Natürlich wissen sie ganz genau, daß dies unwahr ist.

Was wirklich geschehen wird, sagt ebenfalls klar und deutlich die „Presse“ vom 22. Oktober 1950. Dort heißt es, daß im Gefolge des letzten Lohn-Preisabkommens zweifellos auch Preise steigen werden, die in dem Abkommen nicht geregelt wurden. Und an

1222 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

anderer Stelle heißt es (*liest*): „Auch der Sorge um die Stabilität des Preis-Lohn-Niveaus ist man keineswegs enthoben, da mit Preiserhöhungen vor allem bei den kleingewerblichen Unternehmungen noch gerechnet werden muß.“

Und die Tatsachen bestätigen das. Man braucht sich nur die Preiserhöhungen zum Beispiel bei Textilwaren und Schuhwaren und die neuesten Preiserhöhungen bei den Waschmitteln, Gemüse und sonstigen Bedarfsartikeln, bei den verschiedensten Tarifen usw. anzusehen, die im Lohn-Preisabkommen nicht ausdrücklich vorgesehen sind. Geht man in irgendein Geschäft, um etwas zu kaufen, so bedeutet einem der Verkäufer mit einem Augenzwinkern: Ich kann Ihnen raten, das zu kaufen, denn es ist noch zum alten Preis; wobei das nicht stimmt und in den meisten Fällen die Preiserhöhung bereits vollzogen wurde.

Was uns noch weiter bevorsteht, wird ebenfalls unumwunden in dem von mir bereits zitierten Artikel der „Presse“ ausgesprochen. Dort heißt es (*liest*): „Die Wirtschaftspolitik wird vor die Alternative gestellt werden, einen Rückgang der Beschäftigung in Kauf zu nehmen“ — auf Deutsch heißt das: wachsende Arbeitslosigkeit — „oder durch monetäre Arbeitsbeschaffung inflationistische Preistendenzen auszulösen“ — kurz nennt man dies Inflation.

Das, meine Herren und Damen, ist ein Bild unserer wirtschaftlichen Lage, wie es einige Wochen nach dem Lohn-Preisabkommen sogar von bürgerlicher Seite entworfen wird. Man versteht daher, daß sich die für diese wirtschaftliche Lage Verantwortlichen in ihrer Haut nicht sicher und nicht wohl fühlen. Dies ist wohl auch einer der Gründe dafür, daß sie die große Streikbewegung der österreichischen Arbeiter gegen den 4. Lohn-Preisakt mit den unverschämtesten Mitteln in einen kommunistischen Putschversuch umgelogen haben; mit dieser Lüge will man sowohl vor dem österreichischen Volk als auch vor dem Ausland die wahre Lage in unserem Lande verschleiern.

Mein Freund Honner hat die Regierung und die Koalitionsparteien, die das Märchen vom kommunistischen Putsch in die Welt gesetzt und erfunden haben, öffentlich der Lüge bezichtigt. Aber diese Ehrenmänner haben sich davor gedrückt, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten, weil dort nichts anderes herausgekommen wäre, als daß diese Geschichte vom Putsch eine infame Lüge war, um die Massen zu verwirren und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung vom Preistreiberpakt abzulenken. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Über dieses Betrugsmanöver der Regierung konnten wir sogar in der der englischen Regierung nahestehenden Zeitung „New Statesman and Nation“ vom 28. Oktober lesen (*liest*): „Der vorgebliche rote Putsch im Oktober 1950 hat innerhalb von vier Wänden stattgefunden; um es genauer zu sagen, fand er in den Redaktionen von London, New York und Wien statt. Der Durchschnittsösterreicher wird schön langsam müde davon, immer gerettet zu werden; aber in dem Fall ist es klar, daß er vor nichts anderem gerettet wurde als vor dem bisherigen Preisniveau. Der Lebensstandard sinkt, und es wird für die Gewerkschaftsführer immer schwerer, sich den Streiks entgegenzustellen.“

Das ist das Urteil des Auslandes, jenes Auslandes, das sich von den Phrasen und von den Lügen der Verantwortlichen unserer Regierung nicht täuschen und nicht verwirren läßt. (*Abg. Weikhart: Das Urteil des österreichischen Volkes ist aber ein anderes!*) Das Urteil des österreichischen Volkes ist kein anderes, es überzeugt sich mit jedem Tag, wie es diesmal wieder einmal schändlich belogen und betrogen wurde. (*Widerspruch bei der ÖVP und bei der SPÖ.*)

Die Lage, in der wir uns befinden, die drückende Not der arbeitenden Massen, die Arbeitslosigkeit, das Gewerbesterven, die steigende Verschuldung der Klein- und Mittelbauern, die erbarmungswürdige Not der Intellektuellen, all dies bestätigt nicht nur, daß die Kommunisten mit ihrer Einschätzung des 4. Lohn- und Preispaktes vollkommen recht hatten, es bestätigt auch all das, was wir seit dem Beginn der sogenannten Marshall-Hilfe über den Marshall-Plan und seine angeblichen wohltätigen Auswirkungen auf Österreich gesagt haben. Wie oft sind meine Freunde auf dieser Tribüne gestanden und haben den wahren Inhalt des Marshall-Planes genau so dargestellt, wie er jetzt in Erscheinung tritt: nicht als Hilfe für das österreichische Volk, sondern als eine Schlinge, die um den Hals dieses Volkes gelegt wurde, um es einzufangen und um auf Kosten der österreichischen Bevölkerung die Ziele der amerikanischen Kriegstreiber und der österreichischen Preistreiber zu verwirklichen.

Wie oft mußten wir über uns das alberne Argument ergehen lassen, daß uns die Marshall-Hilfe gerettet habe. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die sogenannte Marshall-Hilfe in alle Marshall-Länder, also auch nach Österreich, die Arbeitslosigkeit verpflanzt (*Abg. Altenburger: Ohne sie wärt Ihr schon verhungert!*), die Wirtschaft deformiert und sie in ein Anhängsel der amerikanischen Wirtschaftsziele verwandelt, daß sie

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1223

den Lebensstandard der werktätigen Massen ständig senkt. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: 1.900.000 Beschäftigte zählen wir! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Marshall-Plan alles vernichtet, was den wirtschaftlichen Ausdehnungsbestrebungen der Amerikaner im Wege ist, daß er die Festsetzung von Löhnen, Preisen und Wechselkursen bedeutet, wie sie den amerikanischen Kapitalisten ins Zeug paßt. (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Letzten Endes bedeutet der Marshall-Plan ja auch die Einbeziehung der Marshall-Länder in das System der amerikanischen Kriegegründungen.

Jetzt erinnern sich immer mehr Menschen daran, daß die Kommunisten vor dem Marshall-Plan gewarnt haben. Aber es wäre auch gut, wenn sich alle daran erinnerten, wie von dieser selben Tribüne herab die Pittermann und Raab scheinheilig versichert haben, daß der Marshall-Plan einzig und allein dazu da sei, um Wohlstand in unser Land und Wohlstand für unser Volk zu bringen, und daß an diese sogenannte Hilfe keinerlei Bedingungen geknüpft werden, welche unsere Selbständigkeit einengen und unsere Souveränität beeinträchtigen könnten. Nun, meine Damen und Herren, hören Sie, was eine führende amerikanische Zeitung, die „New York Times“, über die Marshall-Hilfe und über ihre Organe, die ECA-Missionen, schreibt. Man erkennt daraus, wie schamlos diejenigen gelogen haben, die von der Selbstlosigkeit der Marshall-Hilfe gesprochen haben. In ihrer Nummer vom 1. Mai 1949 schreibt die „New York Times“ (*liest*): „Diese ECA-Missionen gehören zu den markantesten Merkmalen der europäischen Schauplätze. Sie haben eine eigentümliche Beziehung zu den Regierungen, die bis jetzt nur von Gesandtschaften gepflegt wurden. In gewisser Hinsicht sind diese noch intimer. Die Bücher der Regierungen sind ihnen offen und ebenso die Bilanzen.“

Die sogenannte Marshall-Hilfe geht nun ihrem Ende zu. Im Jahre 1950/51 wird sie um 40 Prozent gekürzt werden und im Jahre 1952 soll sie vollständig aufhören. (*Zwischenrufe.*) Die Herolde der amerikanischen Imperialisten stehen jetzt mit besorgtem Mienenspiel vor den Massen und erklären ihnen, daß sie den Hosengurt enger schnallen müssen, weil das amerikanische Manna in kurzer Zeit versiegen wird.

Aber erinnern wir uns noch daran, daß es seinerzeit geheißen hat, die Marshall-Hilfe sei dazu da, die österreichische Wirtschaft so anzukurbeln, daß sie nach Aufhören dieser sogenannten Hilfe kräftig und selbständig weiterarbeiten kann und daß der Wohlstand

des Volkes im Verlaufe und als Ergebnis dieser Marshall-Hilfe steigen wird, so wie auch die Löhne der Arbeiter steigen werden. Und heute sagt man, daß wir über unsere Verhältnisse leben und daß man den Lebensstandard der Massen nicht steigern, sondern noch weiter senken müsse. (*Abg. Weikhart: Wir müssen es so machen wie die Polen, eins zu hundert!*)

Die Kommunisten waren die einzigen, die darauf verwiesen haben, daß die Marshall-Hilfe nicht dazu da ist, um die österreichische Wirtschaft kräftig und selbständig zu machen, sondern um sie an den Karren der amerikanischen Profitwirtschaft zu binden und ihren Zwecken zu unterwerfen.

Hören Sie, was darüber die „New York Times“, das führende Blatt der USA, weiter schreibt (*liest*): „Der Beobachter, der die Tätigkeit der ECA-Missionen betrachtet, fragt sich, ob die Einwirkung der Berater, die mit der amerikanischen Hilfe kommen, nicht von dauernderer Wirkung sein wird als die Hilfssummen, die sie verteilen.“ Das heißt, die sogenannte Hilfe ist längst vorbei, aber die Folgen des Marshall-Planes selbst bleiben. Und was wir im heurigen Sommer erlebt haben, ist nur die allerletzte Illustration dafür, wie abhängig unsere Regierung durch die Marshall-Plan-Hilfe von den amerikanischen Kapitalisten ist und wie verhängnisvoll sich diese Abhängigkeit für das österreichische Volk auswirkt.

Im August dieses Jahres wurde bekannt, daß die Amerikaner 1,2 Milliarden Schilling von dem berüchtigten Sonderkonto freigegeben hätten. Vorher gab es lange und ungeduldige Äußerungen in der österreichischen Wirtschaftspresse darüber, daß die Amerikaner so lange kein Geld freigeben. Aber was sich hinter den Kulissen abgespielt hat, das wußten nur wenige, nämlich, daß die Freigabe erst dann erfolgte, als der amerikanische Befehl auf neuerliche Senkung des Lebensstandards der Massen in Gestalt des 4. Lohn- und Preisabkommens und die Veränderung des Wechselkurses zu Gunsten der USA zur Zufriedenheit der amerikanischen Kapitalisten ausgepackelt war.

Das, meine Damen und Herren, ist nur eines der krassen Beispiele, wie mit Hilfe des sogenannten Sonderkontos der Druck auf die Politik unserer Regierung zur Senkung der Lebenshaltungskosten der Bevölkerung ausgeübt wird. Dieses Sonderkonto, auf das der Gegenwert der amerikanischen Hilfslieferungen einbezahlt werden muß, ist eines der Mittel, die Österreich politisch und wirtschaftlich den Wünschen der Amerikaner gefügig machen. Über die Gelder dieses

Sonderkontos verfügt die österreichische Regierung nur dann, wenn es die Amerikaner erlauben. Auf diese Weise haben sich die Amerikaner die Früchte ihrer angeblich so großen Nächstenliebe gesichert.

Über die Funktion dieses Sonderkontos schrieb die „Presse“ vom 20. August 1950 (*liest*): „Im übrigen stellt die Nichtfreigabe dieser Gelder ein Mittel dar, mit dessen Hilfe es der verfügungsberechtigten Instanz möglich ist, der Bundesregierung bestimmte, meist schon längst fällige Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art in Erinnerung zu bringen.“ Dazu gehört in erster Linie der Abbau der Subventionen, ferner ein einheitlicher Wechselkurs, die Mietzinsfrage usw.

Jawohl! Dazu gehört auch seit Jahren die Einhaltung des Prinzips, daß keine Mittel für den sozialen Wohnbau freigegeben werden. Der Finanzminister hat in dieser Frage folgendes gesagt (*liest*): „Ich bedaure es auch, daß mir die Finanzlage keine Möglichkeit gibt, für den Wohnhausbau zusätzliche Mittel in das Budget einzustellen.“ Hier muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß eine Möglichkeit, dem Wohnhausbau eine staatliche Förderung angedeihen zu lassen, durchaus besteht, daß aber die konsequente Weigerung, dafür zusätzliche Mittel einzustellen, die wir nun Jahr für Jahr erleben müssen, nichts anderes ist als die Durchführung des Auftrages der amerikanischen Kapitalisten und der österreichischen Hausherrn. Der Finanzminister hat selbst darauf hingewiesen, daß in unserem Lande die Vermögenden für den Fiskus nicht faßbar sind. Dieses Einbekenntnis ist eine Schande für ein Land, das sich noch dazu rühmt, das sozialste Land der Welt zu sein!

Für uns ist die Erklärung des Finanzministers keineswegs ein Beweis für die Ohnmacht der österreichischen Regierung, die entsprechenden Mittel für den Wohnhausbau aus den von Überfluß strotzenden Taschen der österreichischen Kapitalisten zu holen, sondern ein Beweis für den Mangel an gutem Willen, die sozialen Lasten gerecht zu verteilen und den Bombengeschädigten und Obdachlosen endlich einmal auch ein Dach über den Kopf zu geben.

Welche Absichten die amerikanischen „Wohltäter“ in Österreich wirklich verfolgen, lesen wir schwarz auf weiß in der von der ERP im Februar 1949 herausgegebenen Untersuchung über Österreich. Dort heißt es auf Seite 52: „Es muß ein Hauptziel sein, den persönlichen Verbrauch zu begrenzen.“ Darunter verstehen unsere amerikanischen „Wohltäter“ selbstverständlich nicht die Begrenzung des persönlichen Verbrauches der

Kapitalisten, sondern die weitere Einschränkung des Verbrauches der breiten Massen, und das ist ja auch der tiefere Sinn und der Zweck der ganzen Lohn- und Preispolitik unserer Regierung in den letzten Jahren.

Zwischen dem 3. und 4. Lohn-Preispaakt wurde auch tatsächlich der amerikanische Befehl auf eine weitere Senkung des Lebensstandards der Massen lückenlos durchgeführt. Dies bestätigt der Herr Finanzminister selbst in seiner Rede, in der er von den „im heurigen Jahr eingetretenen Preisbewegungen“ spricht. Eine Bestätigung dieser Tatsache finden wir auch in einer Unterredung mit dem ÖVP-Bundesrat Salzer, die in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ abgedruckt war. Auf die Frage: „Sie sprachen, Herr Bundesrat, früher von der gesamtösterreichischen Verantwortungslosigkeit der lohnarbeitenden Menschen. Gibt es dafür auch Beweise?“ antwortet Bundesrat Salzer (*liest*): „Ganz sicher. Vom 3. bis zum 4. Lohn- und Preisübereinkommen hat sich die Relation zuungunsten der Löhne um 15 Prozent verschoben, die bis zur Stunde nicht kompensiert sind. Dazu kommen die bereits nachgewiesenen 5 Prozent aus der allerletzten Zeit, so daß die Arbeitnehmerschaft seit dem 3. Lohn- und Preispaakt volle 20 Prozent aus eigener Tasche trug.“ Hier wird also aus dem Munde eines ÖVP-Bundesrates die Senkung des Lebensstandards der Werktätigen zwischen dem 3. und 4. Lohn-Preispaakt um ein volles Fünftel bestätigt!

Meine Damen und Herren! So stellt sich an der Schwelle des neuen Wirtschaftsjahres die Lage dar: Die Produktion ist weit über das Niveau des Jahres 1937 gestiegen und betrug im Juni 1950 bereits 144 Prozent gegenüber Juni 1937. Die Produktivität der Arbeiter hat den Vorkriegsstand erreicht. Die Bruttoprofite betrugen im Jahre 1949 17,8 Milliarden Schilling. Aber gleichzeitig betrug die Arbeitslosigkeit im Juni 1950 95.000 gegenüber 76.000 im gleichen Monat des Jahres 1949. Der Reallohn des Arbeiters beträgt heute nicht einmal 60 Prozent des Lohnes, den der Arbeiter im Jahr 1937 hatte. Von einem monatlichen Bruttoeinkommen von 750 S bezahlt jeder erwerbstätige Österreicher laut „Internationaler Wirtschaft“ vom 28. Oktober 1950 292 S an direkten und indirekten Steuern. Es ist keine hohe Einkommensstufe, die hier als Beispiel angeführt wird. Wenn wir aus diesem Beispiel ersehen können, daß die Ärmsten am schwersten betroffen sind, so soll das nicht heißen, daß die mittleren Gehälter und Einkommen nicht ebenfalls sehr schwer betroffen sind. Geschont werden bei uns nur die Großen. Arbeiter und Angestellte leiden Not, die Intellektuellen

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1225

sinken immer tiefer in Elend, den Beamten reicht das Wasser bis an den Hals, die Klein-gewerbetreibenden zittern vor der Steuer-vorschreibung, und die Bauern verschulden immer mehr. Wir haben hier in unserem marshallisierten Land jene „Schaufenster-wirtschaft“, von der die AZ einmal schrieb, als sie die Zustände in Westdeutschland schilderte (*liest*): „Die Arbeiter drücken sich die Nase platt an den Schaufenstern, hinter denen Berge von guten Sachen aufgetürmt sind, aber sie können sich nichts kaufen. Ihr Lohn wird künstlich niedrig gehalten, aber die Profite steigen ins Unermeßliche, und Milliarden werden ins Ausland ver-schoben.“ Das sind Tatsachen, die nicht bestritten werden können.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß unsere Wirtschaft in eine Sackgasse geraten ist. Vor uns steht entweder eine gesteigerte Arbeitslosigkeit oder eine inflationistische Preisentwicklung, was beides nur gesteigerte Not und Elend für die Massen bedeuten kann. Die Schlinge des Marshall-Planes ist zugezogen. Das Volk Österreichs kriegt keine Luft. (*Zwischenrufe. — Abg. Marianne Pollak: Das ist geradezu eine Frechheit!*) Es zappelt in den Fängen der Kriegstreiber und Preis-treiber. (*Zwischenrufe.*) Die Nutznießer der Marshallisierung haben das erreicht, was sie sich vorgenommen haben, aber die Ver-antwortlichen für diese Politik, unser Regierungschef und sein Stellvertreter ebenso wie unser Außenminister haben derart jedes Gefühl für die Interessen des Volkes verloren, daß sie sich ihrer Taten noch rühmen, daß jeder für sich das Verdienst in Anspruch nimmt, den Kapitalisten am besten gedient zu haben. Bei ausländischen Festbanketten und Presseempfangen erzählen sie von nie stattgefundenen Putschversuchen und von nie vollbrachten eigenen Heldentaten. So sagt Außenminister Gruber in USA (*liest*): „Dank der Hilfe unserer Freunde, vor allem der USA, sind wir in der Lage, unsere Auf-gabe, die im wahrsten Sinne des Wortes eine europäische ist, zu erfüllen.“ Nun, diese europäische Aufgabe haben wir bereits aus-führlich geschildert. Sie besteht darin, im Auftrag der amerikanischen Kapitalisten die Lebenshaltung der österreichischen Werk-tätigen niedrig zu halten und sie in weiterer Folge als Kanonenfutter den amerikanischen Kriegstreibern auszuliefern. Zur Lösung dieser Aufgabe versprach Gruber den amerikanischen Kapitalisten, mit den Kommunisten in Öster-reich fertigzuwerden, wenn nur Amerika in der österreichischen Frage eingreife, so wie es in Korea geschah. Und der nicht minder geschäftige Einpeitscher des Marshall-Plans in Österreich und deshalb nicht weniger für

die Lage verantwortliche Vizekanzler Schärf berichtet in ähnlichen kriegerischen Tönen von dem Sieg der österreichischen Regierung über die streikenden Arbeiter. Er sagte, Österreich habe seinen 38. Breitengrad über-schritten, als die Regierung in den Streiktagen die Exekutive bewaffnete, ohne daß die Alliierten Einspruch erhoben hätten. Es er-übrigt sich, noch Zitate aus den Auslassungen unseres Bundeskanzlers anzuführen. Wäre der Hintergrund dieser Ergüsse kein so trauriger, so könnte man über dieses amerikanische Marionettentheater, das hier vorgeführt wird, herzlich lachen.

Die große Streikbewegung, die von Figl, Schärf und Gruber in einen kommunistischen Putschversuch umgebogen wurde, ist nur ein Ausdruck der schweren Situation, in der wir uns befinden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Werktätigen werden immer größer, während sich die Kapitalisten in schamloser Weise bereichern. Wer diese Zu-stände kritisiert, wer um höhere Löhne kämpft, den bezeichnen die Herren der Regierungs-parteien als Putschisten. Sie haben diesmal in ihrem verzweifelten Bemühen, der Massen-bewegung Herr zu werden, den Boden der Demokratie verlassen, um mit faschistischen Methoden die um wirtschaftliche Forderungen kämpfenden Arbeiter einzuschüchtern. Sie haben das Streikrecht der Arbeiter mit Füßen getreten, Betriebsräte wurden widerrechtlich entlassen und ohne Grund verhaftet; streikende Arbeiter werden massenweise ge-mäßregelt, und all das im Namen der Freiheit und im Namen der Demokratie!

Meine Herren und Damen! Sind Sie sich dessen auch bewußt, daß nichts in den Augen der Massen die westliche Demokratie mehr diskreditiert hat als Ihre eigenen Handlungen? Solche Methoden wurden ebenfalls durch die Marshallisierung in Österreich einge-schleppt. Aber alle diese Bemühungen, mit undemokratischen Mitteln die Arbeiter nieder-zuhalten, und auch die Hetze gegen die Sowjet-union und gegen die Volksdemokratien, all das kann die Tatsachen auf die Dauer nicht verdecken.

In den Volksdemokratien, in der Sowjet-union, wurden in der gleichen Zeit, in welcher die Marshallisierung Österreich einen nach-weisbar sinkenden Lebensstandard gebracht hat, die Preise mehrfach gesenkt, bei gleich-bleibenden, ja sogar steigenden Löhnen. In der Sowjetunion wurden die Preise selbst seit Beendigung des Krieges bereits dreimal gesenkt (*Abg. Weikhart: Und vier Anleihen aufgelegt!*), und eine vierte Preissenkung steht bevor. (*Zwischenrufe.*) In Ungarn und in Polen wurden sie bereits zweimal gesenkt. Sogar die Deutsche Demokratische Republik

1226 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

hat es bereits zuwege gebracht, eine Senkung der Preise und eine Erhöhung des Realeinkommens der Bevölkerung durchzuführen. Bei alledem besteht in diesen Ländern nicht die Spur einer Arbeitslosigkeit, sondern ein Mangel an Arbeitskräften. (*Abg. Weikhart: Die Lebensmittelkarten in Rumänien nicht vergessen! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Alle diese Länder haben sowohl eine Rohstoff- als auch eine Fertigwarenindustrie aufgebaut.

Wie steht es aber mit Österreich? Amerika braucht keine österreichischen Fertigwaren. Im Gegenteil. Die österreichische Fertigwarenindustrie ist den amerikanischen Kapitalisten ein Dorn im Auge. Hingegen ist Amerika an österreichischen Rohstoffen, zum Beispiel an österreichischem Eisenerz und an der österreichischen Wasserkraft, für die Erhöhung seines Kriegspotentials interessiert. Darum wird Österreich immer mehr zu einem Rohstoff exportierenden Land und darf immer weniger seine Fertigwarenindustrie entwickeln. (*Zwischenrufe.*) Österreichs Stolz, seine hochqualifizierten Arbeiter, sind zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Nun wird es immer klarer, daß wir die Satelliten der USA geworden sind, während die freundschaftlichen Beziehungen der Volkdemokratien untereinander und zu der Sowjetunion auf der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen und der Achtung der Souveränität der Länder begründet sind.

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Budget ist ein getreues Spiegelbild der unsozialen Wirtschaftspolitik unserer Regierung, welche aus den werktätigen Schichten der Bevölkerung den letzten Groschen herauspreßt, während sie nicht gewillt ist, die Großverdiener, Kapitalisten und Spekulanten zum Zahlen für die wichtigsten Staatsausgaben heranzuziehen.

Vor einigen Jahren versuchte der Abg. Pittermann von dieser Tribüne herab die Forderung der Kommunisten nach gerechter Verteilung der Lasten dadurch zu entkräften, daß er uns zurief: „Ihr sprecht immer von Kapitalisten, wo sind denn eigentlich bei uns in Österreich diese Kapitalisten?“ (*Abg. Frisch: Bei der USIA! — Lebhaftes Heiterkeit.*) Schieber, Großverdiener und Kapitalisten der verschiedensten Art hat es damals schon genug gegeben. Inzwischen aber haben die Koalitionsparteien eifrigst dafür gesorgt, daß sich diese Kategorie von Staatsbürgern recht kräftig weiter entwickelt. Heute spricht weder Pittermann noch Margarétha davon, daß es in Österreich keine Kapitalisten gibt. Aber man will seine unsoziale Einstellung damit bemänteln, daß es angeblich unmöglich sei, aus den Kapitalisten etwas herauszu-

bekommen. Unsere Regierung hat eben Liebkinder und Stiefkinder. Sie hat das Rezept: für die um höhere Löhne kämpfenden Arbeiter und Angestellten die Faust, für die sabotierenden Großbauern salbungsvolle Reden, auf die keine Taten folgen, für die Großverdiener und Kapitalisten den Generalablaß für Milliarden unterschlagener Steuergelder und neue gewaltige Steuergeschenke.

Man braucht nur einen Blick in dieses Budget zu werfen, um zu erkennen, daß es nichts anderes darstellt als eine Verschärfung der bisherigen schreienden Ungerechtigkeit. Es erhöht die arbeiterfeindliche Lohnsteuer mit einem Schlag von 700 Millionen Schilling auf 1 Milliarde 300 Millionen Schilling, das heißt um 85 Prozent. Die Kapitalistensteuern werden aber fast gar nicht oder überhaupt nicht erhöht. So wird die Körperschaftsteuer nicht einmal um 30 Prozent erhöht, und die Vermögensteuer bleibt auf derselben lächerlichen Höhe wie im Vorjahr. Dieses Budget findet keine Mittel, um die Not der Kriegsbeschädigten zu lindern, um den verzweifelte Kleinrentnern zu helfen, dafür aber werden mehr als 70 Millionen auf Befehl der Amerikaner für die sogenannte Ausländerbetreuung ausgegeben. Die Ausgaben unserer Regierung für das Schulwesen, die Wissenschaft und die Kunst sind, wie wir in der Nummer des „Volkswirtes“ vom 13. Oktober 1950 lesen können, die niedrigsten unter allen Kulturländern der Welt.

Dieses Budget ist ein typisches Marshall-Budget. Wir können und wollen uns nicht damit abfinden, daß die Lage der arbeitenden Menschen immer mehr und mehr verschlechtert wird, während die Profite der Kapitalisten steigen. Wir können uns nicht damit abfinden, daß unsere Wirtschaft untergraben wird und daß unser Land in das verhängnisvolle Lager des Krieges getrieben wird. Dieses Budget stellt einen Ausdruck einer Politik dar, der wir unsere Zustimmung entschieden verweigern. (*Abg. Weikhart: Auftrag erfüllt, „Imperial“ zufrieden! — Abg. Ernst Fischer: Eine Fülle von Geist wird da verzapft! — Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. Dr. Migsch hat das Wort.

Abg. Dr. Migsch: Meine Damen und Herren! Der Budgetentwurf, den Finanzminister Dr. Margarétha vorgelegt hat, ist zweifelsohne das Ergebnis einer gewissenhaften, fleißigen und sehr verantwortungsbewußten Arbeit. Es ist insbesondere zu begrüßen, daß mit dem bisherigen System der Unterbilanzierung der Einnahmen Schluß gemacht wurde und dem Grundsatz der Budgetklarheit Rechnung getragen ist.

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1227

Gewiß muß zugegeben werden, daß es in Österreich seit dem Jahre 1945 nicht leicht ist, Voranschläge zu erstellen. Keinesfalls aber verdient diese Arbeit jene Kritik, die aus einem bestimmten Blätterwald entgegentönt. Wir haben uns hier schon einige Male über die Grundsätze der Finanzpolitik auseinandergesetzt und konnten dabei feststellen, daß diese Kritik vielfach nichts anderes ist als eine Phrase, die einer Prüfung nicht standhält. Es ist merkwürdig, wie gewisse Kreise in Österreich so bar jeder Verantwortung, so völlig befreit von jeglichem Sachwissen Urteile fällen und eine Unzufriedenheit erwecken, die auf der anderen Seite den Gedanken wachrufen müssen, daß diese Kritiker in Wirklichkeit auf dem Mond leben. Gewiß, es ist wahr, vom Sozialprodukt der Wirtschaft, das wir in der Höhe von etwa 37 Milliarden Schilling zu erwarten haben, nimmt der Staat 12 Milliarden; es ist wahr, daß er davon nur etwa 4½ Milliarden zur Vermehrung des Sozialproduktes zurückgibt. Betrachtet man aber die wirkliche Entwicklung unserer Wirtschaft, dann stellt sich heraus, daß es sich hier keineswegs um irgendwelche abnorme Angelegenheiten handelt.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat in dankenswerter Weise vor kurzem einen Bericht über die Jahre 1948/49 veröffentlicht und einen Vergleich zu 1937 gebracht. Es ist ja selbstverständlich, hinter diesem Budgetvoranschlag steckt stets die Wirtschaft, oder wie ich es sagen möchte und wie es ist, der Suppentopf, von dem wir alle, alle Bevölkerungsschichten und alle Klassen, leben. Aus diesen Daten des Wirtschaftsforschungsinstitutes geht hervor, daß wir im Jahre 1949 für den privaten Verbrauch etwa den gleichen Prozentsatz zur Verfügung stellen konnten wie 1937, während der öffentliche Verbrauch kaum um ein Prozent höher war als 1937. Was soll bei dieser Sachlage all das Gerede von den überhöhten Steuern? Was soll bei dieser Sachlage all das Gerede von dem aufgeblähten staatlichen Apparat? — Aber über gewisse Dinge soll man reden, und zwar über die Frage, wie kann dieser Topf besser gefüllt werden, damit die an der Verteilung teilnehmenden Klassen und Schichten einen besseren Anteil daraus entnehmen können? Und hier, meine Damen und Herren, komme ich leider auf eine Einstellung zu sprechen, die sogar einen Teil der Mitglieder dieses Hauses seit Jahr und Tag beseelt.

Gewiß, für uns Sozialisten ist es kein Zweifel, wir hätten seit 1945 auch nicht ein Paradies zu schaffen vermocht; wir haben aber die Überzeugung, daß wir, wenn man den Wiederaufbau der Wirtschaft systematischer vorgenommen und von den Methoden der Wirtschaftslenkung und der

Wirtschaftsplanung Gebrauch gemacht hätte, zweifelsohne ein Stück weiter wären. Worüber wir heute zu sprechen haben, ist, ob der Weg und die Parole, die die Herren von der Volkspartei seit Jahren predigen, zu einem Ziele führt. Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung ist für sie ein schreckliches Wort, sie jagen einem Phantom nach, der freien Wirtschaft. Was ist aber diese freie Wirtschaft? Wir haben im vorigen Jahr eine Probe aufs Exempel gemacht. Wir haben ihnen Maßnahmen vorgeschlagen, die geeignet sind, eine wirklich echte Marktwirtschaft herzustellen. Wir haben ihnen die Aufhebung des Untersagungsgesetzes und ein Kartellgesetz vorgeschlagen. Dieser Vorschlag hat sie in die größte Verlegenheit gesetzt. Diejenigen, die für die freie Wirtschaft eintraten, waren plötzlich dagegen. In Wirklichkeit aber trat etwas anderes ein: im Zuge der Überwindung der Mangelwirtschaft wurde die staatliche Bedarfswirtschaft abgebaut. Aber was trat an ihre Stelle? Trat an ihre Stelle jene freie Wirtschaft, von der Sie träumen? Nein, an ihre Stelle trat die unverantwortliche Wirtschaft des Fachverbandes, der Innung, eine echte Verbandswirtschaft.

So haben wir heute die merkwürdige Tatsache, daß es die Zeitungen und die politische Praxis der ÖVP der Staatsgewalt verbieten, preisregelnd einzugreifen, während es keine Innung, keinen Fachverband und keine landwirtschaftliche Genossenschaft gibt, die nicht Preisvorschriften auf ihrem Sektor erlassen würde.

Ich will hier nicht aus eigenem ein Beispiel anführen, aber ich habe vor mir eine Rede, die „Kapuzinerpredigt“ betitelt ist, und diese Rede möchte ich Ihnen hier zur Kenntnis bringen. Wer sie gehalten hat, wo sie gesprochen wurde — ein bißchen später. Der Mann führt aus:

„Ich habe den Eindruck, daß bei einigen Geschäftsleuten, Wirtschafts- und Industrieführern die Tendenz besteht, nur mit schönen Worten die Notwendigkeit einer Hebung des Lebensstandards und den Grundsatz niedriger Kosten bei erweiterter Produktion anzuerkennen. Aber unter allen Betrieben könnt ihr diejenigen an den Fingern aufzählen, welche diese Prinzipien in die Tat umsetzen. Werden Pläne gemacht, so dienen sie ausschließlich den persönlichen Interessen einzelner Unternehmer und Aktionäre. Wie wollen wir bei dieser Methode jenes Ziel erreichen, daß Westeuropa von der imperialistischen Sowjetherrschaft frei bleibt?“ Wenn nicht ernst gemacht werde mit den schönen Worten von Rationalisierung und sozialer Gesinnung, so könne eines schönen Tages wieder jener Volks-

1228 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

zorn aufbrausen wie 1945. In gewissen Kreisen sei es Brauch, über die zu großen Belegschaften, die Steuerbelastung, die der Privatinitiative von der Bürokratie angelegten Fesseln zu klagen. „Aber ich möchte fragen, wie es dazu kommt, daß ein Meter Woll- oder Baumwollstoff auf dem Weg von der Produktion bis zu den Konsumenten um den fünffachen Preis verkauft wird und daß ein Paar Schuhe auf dem Wege von Produktion zum Konsumenten einen Preisaufschlag von 200 bis 500 Prozent erfährt. Ist es etwa der Mühe wert, daß diejenigen von uns, welche im nationalen und internationalen Leben tätig sind, Produktions- und Verbrauchsziele aufstellen und für die nötigen Mittel sorgen, wenn der Herr Bankier, der Herr Industrielle, der Herr Kaufmann sich damit begnügen, die vor hundert Jahren gültigen Maßstäbe anzulegen?“

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Diese Rede wurde leider nicht in Österreich gehalten, sie charakterisiert aber unsere Zustände. Derjenige, der sie gehalten hat, ist Lee Dayton, der Delegierte der ECA-Mission in Italien, und er hält der italienischen freien Wirtschaft jenes Sündenregister vor, das wir Ihnen seit Jahr und Tag vorgehalten.

Meine Damen und Herren, so wie Sie glauben, geht es nicht weiter. Es ist eine Tatsache, daß mit den Methoden, die bisher gehandhabt wurden, der Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft zu langsam vor sich geht. Es ist eine Tatsache, daß dieser Gesundungsprozeß dauernd durch Elemente gestört wird, die nur eine kleine Minderheit in unserem Staatskörper bilden. *(Ruf bei der ÖVP: Konsumvereine!)* Ich möchte an Sie eine Frage richten: Graut Ihnen nicht selber vor jenem Interessenhaufen, dessen Gefangene Sie werden? Graut Ihnen nicht vor all jener Doppelzüngigkeit, die einerseits der Regierung folgt in der Aufforderung, preisregelnd zu wirken, die Preise so zu halten, daß sie mit den Löhnen endlich einmal in Einklang stehen, während auf der anderen Seite in Ihren Zeitungen das Gegenteil gepredigt wird?

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, der fair wäre. Sie lehnen die sozialistische Wirtschaftsplanung ab. Nun gut. Machen wir es so: Übernehmen wir jene Lenkungs- und Planungsmethoden, die in Amerika bestehen; geben Sie unserer Regierung jene Eingriffsmöglichkeiten in die Preisregelung, in die Regelung der Bedarfsdeckung, die Präsident Truman hat; sorgen Sie dafür, daß unter den Kaufleuten und Industriellen jene Wirtschaftsmoral besteht *(Abg. Krippner: Und bei den Konsumenten!)*, die in Amerika besteht. Es kann doch nicht so sein, daß das,

was für einen amerikanischen Kapitalisten recht und billig ist, für einen österreichischen Unternehmer falsch ist. Und es kann doch wirklich nicht so sein, daß das, was die amerikanische Handelskammer vorschlägt und handhabt, für unseren Präsidenten Raab schlecht und verurteilenswert sei. Greifen wir nur zu diesen Maßnahmen, und wir garantieren Ihnen, die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer und die Konsumenten werden zufrieden sein.

Was wünscht der arbeitende Mensch, der seit 1945 hier in diesem Staat der ärmste, aber der treueste Sohn ist? Er wünscht nichts anderes, als daß es gerecht in diesem Staat zugeht. *(Beifall bei den Parteigenossen. — Abg. Krippner: Daß ihm weniger vom Lohn abgezogen wird!)* Ich komme auch noch auf Sie zu sprechen, warten Sie nur! Kümmern Sie sich lieber um jene Vorgänge, die sich da bei einer bestimmten Vorsprache im Finanzministerium ereignet haben! Sie haben die geringste Ursache, hier zu sprechen!

Wenn wir uns die Daten, die uns das Wirtschaftsförderungsinstitut vorlegt, ansehen, so müssen wir leider mit Bedauern feststellen, daß ein großer Sektor unserer Wirtschaft vollkommen ausläßt. Während die Industrie in der Konsumgütererzeugung beinahe den Stand von 1937 erreicht hat, in der Produktionsgütererzeugung um mehr als 40 Prozent darüber hinausgegangen ist, ist die österreichische Landwirtschaft noch immer bei einem Prozentsatz von 79·8 Prozent stehen geblieben. Ich gebe ohne weiters zu, daß die Lage in der Landwirtschaft nicht leicht war. Aber vergleichen Sie zum Beispiel den Weg, den die österreichische Landwirtschaft am Ende des ersten Weltkrieges gegangen ist. Nach fünf Jahren waren die Dinge bereits in Ordnung, und dies in einer Zeit, in der die österreichische Landwirtschaft nicht jene Unterstützung erhalten hat, die sie in den Jahren seit 1945 empfangen hat. *(Abg. Scheibenreif: Sie hat damals auch nicht so viele Schäden gehabt wie heute!)*

Ich habe mir die Investitionssummen herausgeschrieben, die in die Landwirtschaft seit 1945 hineingepumpt worden sind — sei es im Wege des Budgets oder im Wege des ERP oder anderer Hilfen. Sie betragen 1 Milliarde und 200 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren! Ich weiß genau, daran ist nicht der einzelne Bauer schuld. Wie könnte auch dieser einfache Mann im Dorfe jene volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen, um zu wissen, was dem Staat, was der staatlichen Gemeinschaft frommt. Dazu sind naturgemäß die Bauernkammern und jene Funktionäre notwendig, die hier und in anderen Körperschaften sitzen. Sie haben den Bauern

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1229

die entsprechende Belehrung zu erteilen. Wenn die österreichische Landwirtschaft dem österreichischen Volk nach wie vor zu wenig Brot liefert, dann sitzen die Schuldigen hier! (*Beifall bei den Sozialisten. — Widerspruch bei der Volkspartei.*) Ich kann Ihnen den Beweis liefern. Hier haben Sie einen Artikel, in dem ein verantwortungsbewußter Mann über den Erdäpfelpreis schreibt (*liest*): „Der kleine Bauer muß die Erdäpfel um 35 Groschen liefern, und der Konsument muß 90 Groschen dafür bezahlen — wieso?“ Das ist verantwortungsbewußt. Hier schreibt ein anderer: „Ist die Wirtschaft der Prügelknabe?“

Hier wird aber nicht auseinandergesetzt, daß es landwirtschaftliche Genossenschaften gibt, die zu ihren Gunsten den Preis hochhalten, wie es in Tirol war, sondern hier wird die Aufzeigung einer solchen Tatsache zum Anlaß genommen, daß man beschuldigt wird, Pauschalverdächtigungen auszusprechen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das ist die Doppelzüngigkeit, die in dieser Propaganda liegt. Hier der Abg. Steiner, ein verantwortungsbewußter Mensch, der für die Bauern und für die Gemeinschaft denkt, und dort der Mann der ÖVP, der in Wahrheit mithilft, die Lumpen in Österreich großzuziehen.

Meine Damen und Herren! Das Brot des Volkes darf kein Spekulationsobjekt sein, und es kann auch kein Spekulationsobjekt sein. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Denken Sie doch daran, wo Österreich lebt! Denken Sie doch an die politische Stellung, die dieses Land innehat, an die Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hat! Es gibt doch in Wahrheit keine Maßnahme, die nicht von dem einen Gedankengang geleitet sein müßte: Wie können wir unseren Vorposten am Eisernen Vorhang halten? Das ist doch allein die Überlegung, die man in allen diesen Dingen anstellen muß.

Ich sage Euch, Ihr tut der österreichischen Landwirtschaft nichts Gutes mit dieser Methode, im Gegenteil, Ihr schädigt sie schwer. Der Mann müßte einmal in Ihren Reihen aufstehen, der diese Pharisäer und Schriftgelehrten aus den Tempeln der Bauernkammern hinausjagt!

Wir müssen uns aber auch mit der Frage beschäftigen, wie wir den vorerwähnten Topf gerecht verteilen können. Hier komme ich auf die politischen Schulden der Volkspartei den arbeitenden Volksmassen gegenüber zu sprechen. Naturgemäß muß eine Betrachtung des Budgets auch eine Bilanz dieser politischen Schulden aufstellen. Wir mahnen sie heute ein. Wir verweisen darauf, daß die arbeitenden Volksmassen dieses Staates gerade in den letzten Tagen ein aktives Treuebekenntnis

zu diesem Staat abgelegt haben, während andere Herren in weiter Ferne und Sicherheit verdächtigende Artikel geschrieben haben, in denen sie den, der in der Russenzone für Demokratie und Freiheit aktiv eintrat, neuerlich als Kommunisten beschimpften. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, einige Fragen sind im letzten Jahr steckengeblieben. Ich verweise als erstes auf die Altersversicherung für Selbständige, ein Problem, das gelöst werden muß; das gerade dann gelöst werden muß, wenn man für die jungen Menschen, für eine neue lebendige Initiative die Türe aufmachen will. Zweitens die Frage der Steuerreform. Ich weiß, daß es im Rahmen dieses Budgets nicht möglich sein wird, große Ausgabensenkungen durchzuführen. Aber man hört doch dauernd in dem Pressewald der anderen von Steuerherabsetzung, Schilling-eröffnungsbilanz und dergleichen mehr; Dinge die sehr schön und gut sind, wenn sie durchgeführt werden könnten und für den Staat finanziell erträglich wären. Aber eben solche Wünsche haben auch die arbeitenden Menschen. Ich erinnere mich, daß wir vor einigen Monaten eine Entschließung gefaßt haben, in der wir dem Herrn Finanzminister nahelegten, bei der Erstellung des Budgets für 1951 darauf Rücksicht zu nehmen, daß jener Teil der Sozialversicherungsbeiträge, der durch die Pauscheträge nicht abgegolten wird, steuerfrei bleiben soll. Die Frage der Einbeziehung der Schrebergärten in die Besatzungskostensteuer muß jetzt gelöst werden. Ebenso möchte ich auf die dringendsten sozialpolitischen Gesetze verweisen, wie zum Beispiel das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsämtergesetz.

Meine Damen und Herren, sehen Sie doch nicht immer objektive Probleme, die objektiv gelöst werden müssen, durch eine sinnlose Parteibrille. (*Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Da müssen Sie mea culpa sagen!*) Das Problem der Arbeitsvermittlung ist ein objektives Problem. Wie wollen Sie denn eine Arbeitsmarktpolitik betreiben, wie eine Politik der Vollbeschäftigung, ohne diesen Arbeitsmarkt zu organisieren? Das ist doch ein Unsinn. Nehmen Sie eines zur Kenntnis: Sie imponieren dem Volk durchaus nicht, wenn Sie auf irgendwelchen Schleichwegen versuchen, solche dringende Probleme nicht zu lösen. Das Volk erwartet von diesem Parlament, daß es arbeitet, und nicht, daß die dringendsten Fragen hier auf die lange Bank geschoben werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Raab: Weniger reden und mehr handeln!*) Das würde ich Ihnen dringend empfehlen, Herr Präsident Raab, insbesondere bei den zwei Kapiteln, die ich Ihnen jetzt ans Herz lege.

1230 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Bei der Einmahnung der politischen Schuld muß natürlich auch auf die öffentlich Angestellten verwiesen werden. Gewiß, ich verstehe, daß die gegenwärtigen staatlichen Finanzen angespannt sind, aber zwei Fragen liegen hier seit Jahr und Tag im Hause, Fragen, bei denen es mir scheint, daß die Regierung nicht allein moralische, sondern auch politische Verpflichtungen übernommen hat; das ist die zweite Etappe der Pensionsangleichung und wenigstens eine Etappe im Nachziehverfahren. Zur Pensionsangleichung haben die öffentlich Angestellten ihr Schärfechen bereits beigetragen. In die Pensionsbemessungsgrundlage wurden auch die Teuerungszuschläge einbezogen, der Beitrag zuletzt auf 4 Prozent erhöht. Die Leistungen der öffentlich Angestellten sind dadurch von 60 auf 90 Millionen Schilling gestiegen. Die öffentlich Angestellten haben also ihre Pflicht erfüllt. Das Nachziehverfahren würde etwa 280 Millionen Schilling kosten, das ist bestimmt ein großer Betrag, der heute schwer in diesem Budget unterzubringen ist. Wir können aber die Verhältnisse nicht länger anstehen lassen, daß die öffentlich Angestellten, insbesondere Lehrer, Mittelschullehrer, Mittelschulprofessoren verelenden. Jenen, die dauernd vom Anschwellen des Personalbedarfes sprechen, sei entgegengehalten, daß 1938 der Personalaufwand 52 Prozent betragen hat, während der gegenwärtig nur 41 Prozent beträgt, obwohl hier Personen mitinbegriffen sind, für die 1937 nicht gesorgt werden mußte. Vielleicht findet sich im Laufe dieser Finanzperiode trotz der angespannten Lage eine Möglichkeit, den öffentlich Angestellten zu helfen.

Unmöglich jedoch, Herr Minister Raab — und hier werden Sie Gelegenheit zum Handeln haben —, ist Ihre Stellungnahme und die Stellungnahme des Budgets zur Frage der Finanzierung des Wohnhäuserbaues. Ich möchte über die sachliche Notwendigkeit nicht vielsprechen. Ich möchte nur darauf verweisen, daß hinter diesen 200.000 wohnungslosen Familien in jedem Falle ein Einzelschicksal steht, und ich möchte darauf verweisen, daß alle Familienpolitik leere Phrase bleibt, wenn Sie nicht jeder Familie eine eigene Wohnung verschaffen und geben. (Abg. Altenburger: Wir wollen ja! — Abg. Dr. Bock: Lesen Sie das ÖVP-Programm vor!) Auch hier tritt uns wieder, lieber Dr. Bock, Ihr Janusgesicht entgegen! Worauf beruht denn die Schwierigkeit in diesem Lande? (Abg. Dr. Bock: Auf Ihrem Nein!) Sie beruht darauf, daß Sie mit der Lösung dieses Problems die Hausherrenrente wieder einführen wollen! (Lebhafter Widerspruch bei der Volkspartei.) Wenn Sie von diesem Vorhaben abstehen würden (anhaltende Zwischenrufe — der Präsident gibt

das Glockenzeichen), wäre die Frage sofort gelöst. (Abg. Dr. Bock: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit! — Abg. Dr. Altenburger: Die Doppelzüngigkeit des Migsch! — Abgeordneter Geisslinger: Häßliche Demagogie!)

Ich habe in Chicago einer öffentlichen Debatte beigewohnt, ob die Stadtverwaltung den sozialen Wohnhäuserbau betreiben soll oder nicht. Dort finden solche Verhandlungen öffentlich statt, es kann jeder hingehen und dort das Wort ergreifen. Mir ist aufgefallen, daß die Vertreter sämtlicher Religionsgenossenschaften, darunter auch der Katholiken, am leidenschaftlichsten für den öffentlichen Wohnhäuserbau eingetreten sind. Insbesondere der Vertreter der katholischen Jugendorganisation war es, der getreu der alten christlichen Theorie vom Zinsverbot die Hausherrenrente am leidenschaftlichsten bekämpft hat. (Abgeordneter Geisslinger: Dort kriegt wahrscheinlich auch der Katholik eine Wohnung! — Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Meine Damen und Herren, Sie scheinen mir von diesem Grundsatz christlicher Wirtschaftspolitik schon sehr weit entfernt zu sein!

Sie werden uns bereit finden, über die Finanzierung zweier Probleme jederzeit zu verhandeln: Volkssiedlungen und sozialer Wohnhäuserbau von Gemeinden und gemeinnützigen Genossenschaften. Herr Abg. Scheff, für die Hausherrenrente ist in Österreich kein Platz mehr! (Abg. Geisslinger: Das hat die ÖVP auch deutlich gesagt! — Anhaltende Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.) Wir werden aber im Zuge dieses Budgets für den sozialen Wohnhäuserbau mehr vorsorgen müssen, als es bisher geschehen ist. Es ist unmöglich, diese Frage auf die lange Bank zu schieben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Dazu möchte ich, Herr Finanzminister, etwas sagen: Sie haben vor kurzem eine Rede gehalten und darin gegen die Steuern Stellung genommen, die die Gemeinden bekommen. Ich bin an und für sich als Zentralist verschrien. In dieser Frage bin ich aber Föderalist, und zwar deshalb, weil unsere Städte, Gemeinden und Länder die einzigen sind, die Wohnhäuser in größerem Umfange bauen. Herr Finanzminister, wenn Sie sich die Spendierhose anlegen und Steuergeschenke machen wollen, dann bitte ich Sie eines: Machen Sie das doch aus Ihrer Kasse und lassen Sie die Kassen der Städte und Gemeinden in Ruhe! (Abg. Dr. Scheff: Wer wird denn heute Privathäuser bauen!) Die Städte, Gemeinden und Länder haben dem Bund für dieses Budget ein Notopfer von 400 Millionen Schilling gebracht. Das ist eine reichlich hohe Leistung.

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1231

Aber auch Ihnen, Herr Minister Raab, kann ich sagen, Ihr Wirtschaftsbund hat gestern ein Dokument veröffentlicht, von dem ich nur sagen kann, daß es ein Dokument des Unverständes ist. Was soll die Hetze gegen die Gewerbesteuer, die die Gemeinden dazu verwenden, um zu bauen? Gut, Sie beschneiden diese Finanzquelle. Der Erfolg davon ist, daß der letzte Wohnhäuserbau in Österreich erliegt. Herr Minister Raab, werden Sie den Druck Ihrer Leute, der Installateure, der Baumeister, der Baumaterialienhändler, Holzhändler, Dachdecker, Bautischler usw. aushalten, wenn die Arbeit fehlt? Das können Sie doch der Frau Blaschke erzählen, aber nicht uns! Warum setzen Sie dann Aktionen, die offenkundig nur demagogischen Inhaltes sind? Sie selber müßten derjenige sein, der die Finanzen der Gemeinden im Interesse seiner Mitglieder verteidigt, weil sie dadurch Arbeit und Beschäftigung erhalten! Auch wenn Sie heute noch leidenschaftlich dagegen sprechen, die Frage der Finanzierung des Wohnhäuserbaues muß gelöst werden. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Sie gehört zu den brennendsten Fragen, die dieses Haus zu lösen hat, und sie kann nur gelöst werden, wenn Sie endlich jeden Hintergedanken auf eine Wiederherstellung einer Hausherrenrente aufgeben. *(Abg. Geisslinger: Das unterschreiben wir!)*

Hier komme ich aber auch wieder zu einem Problem, das objektiv behandelt werden muß, es betrifft die Wohnraumbewirtschaftung selbst. Hier im Hause liegt seit langem die Novelle zum Wohnungsanforderungsgesetz, das sich als unmöglich erwiesen hat. Der Durchführung dieses Gesetzes sind dank der Mitwirkung der ÖVP bürokratische Hemmungen auferlegt worden. Ist es nicht möglich, dieses Problem objektiv zu lösen? Über 70.000 Menschen können jährlich auf Grund dieses Gesetzes mit Wohnungen versorgt werden. Warum muß es so sein, daß diese Leute den Erpressungen der Hausverwaltungen und Hausherren ausgeliefert werden? Warum muß es so sein, daß hier eine Quelle unsauberen Einkommens ermöglicht wird? Schaffen Sie doch ein modernes Wohnraumbewirtschaftungsgesetz, das solche Möglichkeiten im Keime erstickt! Ein solches Gesetz ist weder sozialistisch noch bürgerlich sondern einfach vernünftig und liegt im Interesse der Wohnungslosen. *(Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dipl.-Ing. Raab: Den Bund dürfen Sie nicht vergessen!)* Ich möchte ja, Herr Minister Raab, daß der Herr Finanzminister dem Siedlungsfonds im Sozialministerium einige hundert Millionen Schilling zuschanzt, dann würden wir weiterkommen. *(Zwischenrufe.)* Wir sind überzeugt davon, daß der Bund in

seine Tasche greifen muß, weil die Gemeinden und Länder allein nicht in der Lage sind, dieses Problem zu lösen. *(Abg. Dipl.-Ing. Raab: Darin sitzen Sie dann als oberster Zinsgeier mit Ihrer Theorie! — Heiterkeit.)* Herr Minister Raab, wenn Sie für die Abschaffung des Zinsgeierwesens sind *(andauernde Zwischenrufe)*, dann, sage ich Ihnen, wird die Lage des Wohnungsbaues gelöst! Geben Sie den Gedanken an Förderung des Zinsgeierwesens auf, und morgen ist die Frage gelöst! *(Weiterhin andauernde Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Nun, meine Damen und Herren, zu den Ausführungen des kommunistischen Redners. Ich habe mich gestern der Mühe unterzogen und die Reden der Abg. Honner und Koplenig zu den letzten Budgets 1948, 1949 und 1950 nachgelesen. Ich habe mir hier einige Notizen gemacht und muß sagen: Eine Stellungnahme erübrigt sich eigentlich, es ist immer dasselbe, was sie seit drei Jahren sagen. Sie brauchen nur den Namen des Redners auszuwechseln, dann brauchen Sie nur statt 4. Lohn- und Preisabkommen 3. Lohn- und Preisabkommen setzen *(Abg. Dr. Herbert Kraus: Und 5. und 6.!)* und Sie haben genau dasselbe, nämlich den „Steuerdruck auf die Armen“, „die Reichen sollen zahlen“, „Budget ist unsozial“, „enthält verborgene Ausrüstung“ und „Schuld an allem ist die Marshall-Hilfe“.

Nun, Herr Abg. Koplenig, mir hat hier ein Zufall das Budget Sowjetrußlands für 1950 in die Hände gespielt. Ein Blick in dieses Budget wird interessant sein — es ist ja Ihr Paradies, das Sie verehren; es ist natürlich auch dort so, daß kein Stab Moses existiert, der Durstige trinkt, daß kein „Eselstreck dich“ da ist, der das Geld auf diesem Wege schafft, und daß auch dort kein Manna vom Himmel fällt, es wird vielmehr sehr, sehr fleißig gearbeitet. Aber können Sie mir zum Beispiel folgendes beantworten? Wer zahlt die 164 Milliarden Rubel, die dieses Budget für Zuwendungen an die Wirtschaft, also für Investitionen ausweist, die mit 38·4 Prozent die Hauptausgabepost bilden? Wer zahlt die Aufwendungen für Verteidigungszwecke in der Höhe von 79·4 Milliarden Rubel, die zusammen 18·6 Prozent ausmachen?

Meine Damen und Herren, die Investitionen und die militärischen Zwecke verschlingen 57 Prozent der Ausgaben des Budgets Sowjetrußlands! Herr Koplenig, mich interessiert die Frage: Wer zahlt das? Zahlt das in Sowjetrußland die Bourgeoisie *(Abg. Ernst Fischer: So eine blöde Frage!)* oder das Volk? Ernst Fischer, wenn Sie es nicht wissen, werde ich es Ihnen sagen.

1232 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Der Herr Koplenig hat hier wieder von der Warenumsatzsteuer gesprochen. Das hätte er nicht tun sollen! Nur das nicht! Es stellt sich nämlich heraus, daß die Warenumsatzsteuer im Budget Sowjetrußlands 55 Prozent der gesamten Einnahmen bringt (*Abg. Dr. Pittermann: Da zahlt ja auch die USA!*), 239 Milliarden Rubel, während die direkten Steuern nur 8,4 Prozent ausmachen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist eigentlich gar nicht das Entscheidende, was ich Ihnen zur Kenntnis bringen will. Unter den Einnahmen finde ich einen Titel „Andere Einkünfte“ in der Höhe von 85 Milliarden Rubel. Nähere Einnahmequellen sind dazu nicht angegeben; diese sind nämlich irgendwoanders, und es sind nur zwei Einnahmequellen denkbar (*Abg. Ernst Fischer: Ich werde Ihnen ein genaueres Budget zuschicken lassen zu Ihrer Beruhigung!*), und zwar die Einnahmen aus fremden Volkswirtschaften, aus Ostdeutschland, Rumänien, Ungarn, Polen, Bulgarien und Tschechoslowakei — auch unser Österreich fungiert darunter mit etwa 50 bis 70 Millionen Dollar jährlich —, und zweitens die Erträge aus den Arbeitslagern.

Wenn Sie, Herr Abg. Koplenig, über amerikanische Imperialisten sprechen, die haben dort keine Einnahmeposten „Einnahmen aus fremden Volkswirtschaften“; dagegen finden Sie dort im Budget die Ausgabe von 10,6 Milliarden Dollar für den Marshall-Plan. Also der eine nimmt, der andere gibt! Das sagt doch alles! (*Zwischenrufe beim Linksblock. — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Auch unter den Ausgaben, meine Damen und Herren, findet sich eine Post, die nicht näher bezeichnet wird, die Ausgabenpost „Verschiedenes“; sie beträgt nur 49 Milliarden Rubel.

Und dazu eine kurze Frage: Wer zahlt das? Ich neige es gewiß nicht dem russischen Volk, wenn sich sein Lebensstandard bessert, aber ein bißchen vorsichtiger sollten Sie schon mit den Zahlen sein, die Sie dauernd in Mitteleuropa veröffentlichen. Da habe ich am 5. November in der „Österreichischen Zeitung“ gelesen, daß der Verkauf von Lebensmitteln im letzten Vierteljahr 1950 um 30 Prozent gestiegen ist. Nun, meine Damen und Herren, mehr als essen kann man nicht. Innerhalb von drei Monaten um 30 Prozent mehr essen, da taucht doch die Frage auf: Na, wie müssen die Leute vorher gehungert haben? (*Heiterkeit bei den Sozialisten und der Volkspartei!*) Ich gönne dem russischen Volk jeden sozialen Fortschritt, den es erlebt, nur mache man

uns nicht weis, daß diese gigantische ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, die hier stattfindet, vom russischen Volk nicht mit der Senkung des Lebensstandards getragen und bezahlt werde. Und man mache uns nicht weis, daß die gigantische militärische Ausrüstung nicht auch vom russischen Volk gezahlt werden müsse; ebenso mache man uns nicht weis, daß dieses russische Budget nicht auch davon lebt, daß es wesentliche Beträge aus fremden Volkswirtschaften entnimmt.

Und sehen Sie, Herr Koplenig, hier trennen sich unsere Wege abgrundtief! Wir sind davon überzeugt, daß die österreichischen Arbeiter für sich zu arbeiten haben; wir hassen jede Ausbeutung durch Privatkapital, so wie wir jede Ausbeutung durch ein fremdes Staatskapital ablehnen. (*Abg. Koplenig: Wer arbeitet in Österreich für die Parasiten?*)

Und nun, meine Damen und Herren, zum Marshall-Plan. Wir haben an Hilfeleistungen der verschiedensten Art, UNRRA, Kongreßhilfe, Working-Departement, und wie dies alles heißt, seit 1945 den Betrag von etwa 986 Millionen Dollar erhalten. (*Abg. Koplenig: In welche Taschen ist das geflossen?*) Das sage ich Ihnen gleich, Koplenig, seien Sie nur nicht vorlaut! Ich habe eine Bewertung dessen aufgestellt, was Rußland bisher aus der laufenden Produktion Österreichs seit 1945 an Besatzungskosten, an Demontagen und an Beanspruchung unseres Auslandsvermögens entnommen hat. Meine Aufstellung ist keineswegs vollständig; sie kann nur überschritten, nicht aber unterschritten werden, und ich bin hier auf die Summe von 1094 Millionen Dollar gekommen. Hier haben Sie die Antwort, Herr Koplenig, wohin das kommt! (*Abgeordneter Koplenig: Dichten Sie nichts hinzu!*) In unseren Suppentopf der Volkswirtschaft gibt oben die Arbeiterschaft, die Bauernschaft, eben das österreichische Volk, die Produkte seiner jährlichen Arbeit hinein, dann kommt noch etwas von der Auslandshilfe dazu, unten aber ist ein Loch, von dem ein Gummischlauch bis in die russische Staatskasse geht! Bei solchen Verhältnissen können wir ja nicht gesunden.

Wissen Sie, Herr Koplenig, Ihre Beteuerung der Friedensbereitschaft ist etwas merkwürdig! Ich habe Budgetziffern aus vorhergehenden Jahren und kann feststellen, daß Sowjetrußland bei der Umrechnung dieser 79 Milliarden Rubel auf dem Wege des freien Schweizer Kurses in den letzten Jahren Jahr für Jahr 19½ Milliarden Dollar für Verteidigungszwecke ausgegeben hat. Nun ist diese Umrechnung falsch, weil die innere Kaufkraft des Rubels wesentlich höher ist. Der Wirkungsgrad des Geldes ist mindestens

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1233

doppelt so groß. Ich komme daher zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß dieses „imperialistische, angriffs-lustige“ Amerika, das Kriegsvorbereitungen trifft, 13 Milliarden Dollar für Militärzwecke ausgibt, während Sowjetrußland Jahr für Jahr mindestens 35 Milliarden Dollar ausgegeben hat. (*Abg. Ernst Fischer: Sie haben Ihren Kurs in Texas gut absolviert! Nach dem Kurs des Texas-Theoretikers! — Abg. Dr. Pittermann: Ernst Fischer streitet für Europa!*)

Meine Damen und Herren, das sagt ja alles, da helfen Ihre Friedenskongresse nichts! Das sind die schönen Friedensvorbereitungen, Herr Ernst Fischer, die Sie betreiben.

Diese aggressive Politik bildet den größten Störungsfaktor in der heutigen Wirtschaft! (*Beifall bei der SPÖ.*) Weil die freie Welt gezwungen wird, Geld für Militärzwecke auszugeben, spürt jeder Arbeiter in der freien Welt, jeder Bauer und jeder Selbständige diesen Griff. Diese aggressive Politik, die seit Jahr und Tag Milliarden Dollar für Rüstungszwecke verwendet und die die anderen zwingt, ebenso Waffen zu schaffen, schmälert das Realeinkommen der breiten Massen der Völker dieser Erde (*lebhafter Zustimmung*), sie ist ein teuflischer Plan, die Gesundung der freien Welt geradezu zu verhindern. (*Abgeordneter Koplenig: Der Verteidiger der amerikanischen Landräuber in Korea! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: So ein alter Nordkoreaner will etwas reden! — Lebhafter Heiterkeit. — Präsident Dr. Gorbach, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*) Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Koplenig: Wir werden nicht ruhen, diese Tatsachen vor den breiten Volksmassen aufzuzeigen, damit sie sehen, wer der Störenfried ist und wer dauernd in ihre Brieftasche greift. Herr Koplenig, Sie haben das Recht verloren, hier aufzutreten und im Namen der österreichischen Arbeiter zu sprechen. (*Abgeordneter Honner: Wanderprediger des Dollars!*) Ich bin lieber Wanderprediger des Dollars als ein Stallknecht von Kosaken!

Zum Schluß noch einige Worte über das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung. Herr Bundeskanzler! Ich führe — nicht als Parteipolitiker, sondern als bloßes Mitglied dieses Hauses — Beschwerde darüber, daß Ihre Regierung Entschließungen der Volksvertretung so gut wie keine Beachtung schenkt. Das Hohe Haus hat vom März bis Juli neun Entschließungen gefaßt. Es waren keine Beschlüsse, sondern Resolutionen, weil das Hohe Haus der Vollziehung einen gewissen Spielraum einräumen wollte, aber sie sind Willensäußerungen der Volksvertretung. Ich habe mich nun um das Schicksal dieser neun

Entschließungen gekümmert und festgestellt, daß auf keine einzige eine Antwort in der Parlamentskanzlei eingelangt ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Raab: Haben Sie keine Vertretung in der Regierung?*) Ich spreche nicht davon, daß sie erledigt sein müßten, aber es ist nicht nur ein Gebot der Höflichkeit, sondern darüber hinaus Pflicht der Regierung, wenigstens der Volksvertretung zu sagen, ob und wann diese Entschließungen Erfüllung finden oder warum man sie bis heute nicht durchführen konnte.

Herr Bundeskanzler! Darf ich Ihnen das Verzeichnis dieser Entschließungen überreichen! Vielleicht können Sie veranlassen, daß die Antworten noch vor Aufnahme der Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses beim Hohen Hause einlangen. (*Abgeordneter Dr. Pittermann: Wird im Fachkammerstaat abgelegt!*)

Noch in einer zweiten Hinsicht möchte ich mich an Sie wenden. Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß die Regierung vor einigen Wochen einen sehr löblichen Beschluß gefaßt hat, nämlich den, durch ein Winter-Hilfsprogramm die Arbeitslosigkeit auch in den Wintermonaten zu bekämpfen. Ferner haben wir auch vor einigen Monaten aus den Zeitungen erfahren, daß die österreichische Regierung im Rahmen der ECA-Arbeit einen dreijährigen Investitionsplan ausgearbeitet hat. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle haben das Bedürfnis, den Inhalt dieses Winterbauprogramms und den Inhalt des Investitionsprogramms nicht aus der Zeitung zu erfahren. Liegt etwas daran, Herr Bundeskanzler, wenn Sie diese Beschlüsse der Regierung dem Hohen Hause zur Stellungnahme übermitteln? Sind Sie nicht auch der Meinung, daß eine Debatte hier im Hause unendlich viel dazu beitragen könnte, die Schwierigkeiten und die positiven Leistungen, die es da und dort gibt, dem Volke klar aufzuzeigen? Und daher, meine Damen und Herren, möchte ich meine Ausführungen mit einer Aufforderung schließen: Mehr Mut zur lebendigen Demokratie! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Abg. Dr. Gasselich: Hohes Haus! Unter all den vielen gesetzgeberischen Arbeiten, die an uns als Volksvertretung herantreten, gehört die Beratung des Budgets zweifellos zu den wichtigsten. In jenen Ländern, die auf eine alte demokratische Entwicklung zurückblicken, findet der Tag der Budgeteinbringung in allen Bevölkerungsschichten eine große Beachtung. Wenn zum Beispiel in England dieser Tag angebrochen ist und die Budgetziffern in den Zeitungen stehen,

1234 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

dann sehen wir die Londoner Straßen voll mit Zeitungslesern, weil sie sich als Menschen und Staatsbürger bewußt sind, daß hier auch ihr eigenes wirtschaftliches Schicksal mitbestimmt wird.

Von einer solch weitgehenden Anteilnahme ist bei uns leider keine Rede. Die Spannweite des Interesses geht sehr wenig über das Parlament hinaus; soweit man von Interesse überhaupt sprechen kann, erreicht es einige gehobene Kreise, Journalisten, aber nicht den Mann auf der Straße. Und doch liegt hier eine wichtige Entscheidung für unser aller Zukunft vor, für unsere gesamte Lebensführung, für wichtige Kleinigkeiten des Alltags wie für die Fragen der großen Gemeinschaft.

Von diesem Standpunkt aus ist es durchaus erfreulich, daß sich der Herr Finanzminister mit starken Worten hinter sein Budget gestellt hat und daß die farblose und für weite Kreise leblose Sprache der Ziffern durch eine Verantwortung gedeckt wird, wie wir sie in der Person des Finanzministers finden.

Bei Beurteilung des vorliegenden Budgets fällt vor allem die hohe Ziffernzahl auf. Wenn wir den dankenswerten Aufstellungen im Abschnitt II der Erläuterungen folgen, die uns einen Vergleich zum Jahre 1938 und den folgenden Jahren von 1945 an ermöglichen, so erkennen wir darin nicht so sehr, wie ich glaube, eine Steigerung der Ausgaben, sondern eben den Ausdruck der Entwertung unserer Währung. Es ist ja ein Kennzeichen fast aller europäischen Staatshaushalte der Nachkriegszeit geworden, daß sie die Tendenz zu fortgesetzter Ausweitung in sich tragen. Wenn wir nun das Gesamtbudget von nahezu 12 Milliarden Schilling mit dem des Jahres 1938 vergleichen und den Hinweis des Finanzministers auf die Währungsentwertung vom Vorjahr verstehen und als zutreffend finden, so möchte ich sagen, daß wir es angesichts der rapiden Steigerung von 2,5 Milliarden Schilling im Jahre 1946 auf 5,09 Milliarden im Jahre 1948 und dann sogar auf 12 Milliarden Schilling mit einem Voranschlag zu tun haben, der auch unter Berücksichtigung der Währungsbewegung und der verminderten Kaufkraft als absolut überhöht angesehen werden muß.

Trotzdem will ich dem vorliegenden Budget einen gewissen Zug zur Normalisierung nicht absprechen. Viele Aufwendungen für den Wiederaufbau sind in das ordentliche Budget übernommen. Im außerordentlichen Budget sind nur die Investitionen untergebracht, die eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes

darstellen. Auch die Ausweitung des Ausgabenrahmens des Bundeshaushaltes 1950 gegenüber dem Rechnungsabschluß 1949 ist geringer als dies beim Bundesvoranschlag 1949 der Fall war. Gerne nehmen wir auch das — allerdings bedingte — Versprechen zur Kenntnis, daß im Laufe des Budgetjahres keine Erhöhung der öffentlichen Abgaben und Tarife erfolgen soll.

Weniger erfreulich und außerordentlich bedauerlich — und ich schließe mich da einem Vorredner an — ist die Nichteinhaltung der Zusage bezüglich des Nachziehverfahrens und der Pensionisten. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es handelt sich hier um die Ärmsten in unserem Staate, und wir haben diese Mitteilung deswegen so schmerzlich empfunden, weil vielfach auch eine Schicht davon betroffen wird, die gegenüber allen anderen Ständen in der Führung des Lebensstandards weit zurückgeblieben ist. Es ist dem Herrn Finanzminister bekannt, daß wir, so schmerzhaft dies den einzelnen im Übergang treffen mag, eine Verminderung der Personalstände anstreben. Wir bedauern sehr, daß aus der versprochenen 5prozentigen Kürzung des Personalstandes fast nichts geworden ist. Für unmöglich aber halten wir, daß dem Wohnungswiederaufbaufonds angesichts des Wohnungselends keine weiteren Mittel zufließen; denn die im Rahmen des Voranschlages ausgewiesenen 131 Millionen und die noch aus den ERP-Mitteln hinzukommenden 100 Millionen sind weitaus nicht jene Quelle, jene Kraft, die eine Änderung auf einem Gebiete herbeiführen kann, das ich für unsere ganze volkswirtschaftliche Zukunft für entscheidend halte.

Wir teilen auch nicht die fiskalische Befriedigung, die aus der Feststellung in den Erläuterungen hervorgeht, quasi, wie leicht es möglich war, diese 2 Milliarden Mehraufwand budgetmäßig unterzubringen; denn sie werden kompensiert durch Titel, die vielen wehtun: die Erhöhung der Pensionsbeiträge, Erhöhung der Kinderbeihilfen und ähnliches mehr.

Die Folge dieser Tatsache ist, daß der Anteil des Fiskus am Sozialprodukt einen immer größer werdenden Prozentsatz aufweist; ich vermag ja die Ziffern nicht nachzuprüfen, aber in einer ernsten Wirtschaftszeitung ist die Zahl von 30 Prozent genannt worden. Berücksichtigen wir, daß das Realeinkommen unserer Bevölkerung durch diese Abzüge immer geringer wird, so kommt kein ruhiger und objektiver Betrachter unserer wirtschaftlichen Verhältnisse — und diese spiegeln sich ja in jedem Budget wider — darüber hinweg, auch die Wechselwirkung

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1235

zwischen Lohn- und Preisabkommen und dem Reallohn der Angestellten festzustellen. Ich darf hier eine Feststellung des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in der „Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft“ in den Jahren 1948/49 zitieren, wo es heißt (*liest*): „Hatte die Arbeiterschaft im 1. Lohn- und Preisabkommen vom 24. Juli 1947 einem Abstand zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten von höchstens 10 Prozent zugestimmt, so betrug die Differenz im März 1948, also acht Monate nach dem 1. Lohn- und Preisabkommen, bereits 20 Prozent. Nach dem 3. Lohn- und Preisabkommen vom Mai 1949, bei dem man von vornherein darauf verzichtete, die aus den Preis- und Steuererhöhungen resultierende Verminderung des Realeinkommens voll durch Lohnerhöhungen wettzumachen, schnellte dieser Abstand bis Mitte Dezember auf 28 Prozent hinauf, womit die Feststellung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, daß jedes unserer Preis-Lohnabkommen eine 10prozentige Verschlechterung unseres Lebensstandards bedeutet, bestätigt wird.“

Unsere gesamte Wirtschaftspolitik scheint ja wesentlich von den verschiedenen Lohn- und Preisabkommen beherrscht zu sein. Sie können sich vorstellen, meine Frauen und Herren, daß jeder, der irgend wann einmal von dem politischen Bazillus befallen worden ist, in jeder Situation und in jeder Entfernung von den Orten, wo das Geschick Österreichs entschieden wird, sich Gedanken gemacht hat und noch macht. Ich habe die Politik der Regierung damals besonders in der Hinsicht glücklich gefunden, daß sie sich finanziell an den niedrigsten Standard gehalten hat, das heißt, die Preise niedrig gehalten hat, und es hatte fast den Anschein, als ob man darüber hinweg käme. Entsprechend groß war das Erschrecken nachher, als die Regierung das erste Mal nachgab und nun in diesen Zug der Lohn- und Preisabkommen hineingeraten ist, aus dem wir derzeit kein Herauskommen absehen können. Und doch ist es sicher, daß jedes Lohn- und Preisabkommen die Sicherheit und Verlässlichkeit des Budgets und nicht zuletzt die Wirtschaft und den Staat und damit die gesamte Bevölkerung gefährdet. Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, daß der Mehraufwand durch das 4. Lohn- und Preisabkommen dem Finanzminister die Aufgabe auferlegt hat, für $\frac{3}{4}$ Milliarden vorzusorgen. Da müssen wir fragen: Wo soll das enden? Das ist eine Entwicklung, die eine dauernde wirtschaftliche Unsicherheit bringt, die uns zu keiner Planung und zu keiner Arbeit auf lange Sicht kommen läßt. Wir sehen darin eine künstlich gelenkte Inflation, deren Lenkung Ihnen dann, wenn

die nötigen Hilfen und Kapitalien fehlen, vollkommen aus der Hand gleiten wird.

So sehr wir für jede auswärtige Hilfe dankbar sein müssen — und wir haben ja vor 28 Jahren auch nicht darauf verzichten können —, so müssen wir uns doch bewußt bleiben, daß uns allein der Weg der Selbsthilfe und der tätigesten Mitarbeit bleibt. Das Streben nach politischer Unabhängigkeit und Freiheit als Staatswesen bedingt äußerste Kraftanstrengung aller zur Erlangung der wirtschaftlichen Freiheit. Ein Staat, der auf dauernde Wirtschaftshilfe angewiesen ist, ist nicht frei, sondern ein Bettler, auf Almosen angewiesen. Und so zwingt uns das Gebot der Selbsterhaltung zu der Devise: Österreich hilft sich selbst. Die Marshall-Hilfe, geben wir uns darüber keinem Zweifel hin, hat uns über gewisse innere Verhältnisse getäuscht. Sie hat uns mehr oder weniger automatisch aus menschlicher Veranlagung einen Standard verschafft, so daß wir jetzt in einem Verhältnis stehen, von dem Kienböck jüngst gesagt hat, daß unsere Produktionskraft heute dafür noch zu gering ist. Wenn wir uns zum Beispiel gelegentlich darüber freuen könnten, unsere industrielle Produktion im Jahr 1948 schon mit 88,7 Prozent des Standes von 1937 so nahe am Vorkriegsniveau zu wissen, und wenn im Jahre 1949 dieses bereits um 18,5 Prozent überschritten ist, so ist das zweifellos ein Beweis, daß die landwirtschaftliche Produktion, daß die Arbeiter und Bauern ihre Mitarbeit im Sinne einer guten und erfolgreichen Wirtschaft und des Wiederaufbaues trotz des konzeptlosen Kurses unserer Wirtschaftspolitik nicht versagt haben, daß aber alle diese Mittel zu gering sind. Bei allen diesen tröstenden Zahlen darf man allerdings nicht vergessen, daß alle diese Produktionsresultate mit Hilfe eines fast um 50 Prozent höheren Arbeitsaufwandes erzielt werden.

Damit sind wir wieder bei jenem von uns wiederholt behandelten Kapitel, daß Sie noch immer nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Beseitigung überflüssiger Verwaltungsarbeit, jeder Art Scheinbeschäftigung, Leistungssteigerung jedes einzelnen Betriebes, verbesserte Organisation und Rationalisierung des Produktionsapparates. Wir können uns bei wirtschaftlichen Lösungen, die außenpolitisch bedingt sind, nicht durchsetzen und nicht helfen. Wo wir aber unsere ganze Einsicht und Energie ansetzen können, das ist die innerwirtschaftliche Situation, damit wir wieder planen und sparen können.

Die Steuerpolitik jedes Staates muß zu zusätzlicher Arbeit und zum Sparen ermuntern. Nach dem ersten Weltkrieg haben die Sparer genau so wie nach dem zweiten Weltkrieg

1236 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

furchtbare Enttäuschungen erlitten. Es liegt eben in der Natur gewissenhafter und verantwortungsbewußter Menschen, Spargeld zu sammeln für unvorhergesehene Fälle, oder um ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel damit zu erreichen. Die Sparkraft eines Volkes bedingt den Erfolg seiner Wirtschaft. Wer aber kann heute noch sparen oder wird es mit einiger Vernunft tun, wenn ihm das Spargeld in der Hand zerschmilzt oder wenn es in der Bank oder Sparkasse entwertet wird? Wo soll der Sparer angesichts dieser entsetzlichen Erfahrungen das Vertrauen hernehmen, wenn es zum Beispiel in einer Regierungserklärung vom 21. September noch heißt, wir werten nicht ab, und am 26. November dann doch abgewertet wird? Was sind auch schon 983 Millionen Schilling Spareinlagen, wie sie für August dieses Jahres ausgewiesen sind?

Damit, meine Damen und Herren, hängt allerdings eine Kardinalfrage unserer Volkswirtschaft zusammen. Es ist die Wohnbaufrage. Ich freue mich außerordentlich, daß ich hier unseren Standpunkt klar entwickeln kann, gerade im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Dr. Migsch. Es ist klar, daß die Bauindustrie für die gesamte Beschäftigung eine eminente Schlüsselstellung hat. Welche Impulse könnte die Bauindustrie in ihrer Schlüsselstellung unserer gesamten Wirtschaft geben, wenn auf dem Gebiete des Wohnbaues normale Verhältnisse bestünden! In früheren Zeiten war der Hausbesitz die Grundlage des Kreditwesens überhaupt. Sie wissen sicher alle, meine Damen und Herren, daß ein großer Staat seine gesamte Währung auf dem Realbesitz aufgebaut hat. Kann es ein vernünftiger Mensch heute noch rechtfertigen, daß, wenn man für Bargeld in der Sparkasse Zinsen bekommt, ausgerechnet das in einem Haus angelegte Kapital keine Zinsen trägt? So kommt es, daß sich jüngst für ein Haus mit zehn Wohnungen, ausgeschrieben für 50.000 Schilling, kein Käufer gefunden hat oder daß sich für ein Wiederaufbauhaus mit einem Baukostenaufwand von 1 1/2 Millionen Schilling für 322.000 S kein Käufer gefunden hat. Und es ist doch merkwürdig, daß die Gemeinde Wien, als ihr ein Haus angeboten worden ist, dieses Geschenk abgelehnt hat, weil es ja ein wertloses, beziehungsweise ein belastendes Geschenk war.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, fragen: Ist dieses Mietenproblem, das damit zusammenhängt, wirklich nur die Frage von einigen tausend Hausherrn und einigen Millionen Mietern, oder liegt darin nicht eine tiefste volkswirtschaftliche Bedeutung für unsere gesamte Wirtschaft? Diese Tatsache ist so drückend und so entmutigend für jeden, der sich mit

diesen Dingen beschäftigt, daß ich gerade die Haltung der Sozialistischen Partei als einer ernstesten und in diesem Staate so bedeutsamen Partei in dieser Frage absolut nicht verstehen kann.

Ich will dabei ausdrücklich festhalten, daß meine Fraktion nicht im entferntesten an eine Aufhebung des Kündigungsschutzes denkt, daß wir den vielen Hunderttausenden Lohnempfängern, deren Reallohn ohnedies dauernd gesunken ist, nicht eine neue Last aufbürden wollen. Wir wollen lediglich den natürlichen Zustand herstellen, daß den Arbeitern und Angestellten die Wohnquote in die Lohntüte von dem hineingegeben wird, von dem sie sie zu beanspruchen haben, und nicht von dem ihnen völlig fremden Hausherrn, mit dem sie sonst keinen innerlichen oder sonstigen logischen wirtschaftlichen Zusammenhang haben. Es ist eine brennende Frage, die in Österreich als rein volkswirtschaftliche Angelegenheit zur Lösung kommen muß.

Ich will Ihnen wegen des Ausdrucks „Zinsgeier“, den der Herr Abg. Dr. Migsch verwendet hat, ein kleines Beispiel weitervermitteln. In Simmering auf der Hauptstraße ist ein einstöckiges Haus, zirka um 1880 gebaut, bestehend nur aus Zimmer- und Küchenwohnungen; eine oder die andere hat auch Zimmer, Küche, Kabinett. Die Besitzerin ist eine Witwe nach einem im ersten Weltkrieg Gefallenen, hat ihre Söhne ordentlich in die Höhe gebracht und hat eine Tochter, die das Unglück hatte, ihren Mann in diesem Krieg zu verlieren, und die selber vier Kinder hat. Diese Tochter bekommt 950 S monatlich Sozialrente, und wie es schon in unserem bürokratischen Leben vorkommt, haben sich Nachzahlungen zusammengehäuft. Zweimal mußte die Tochter, die Sozialrentenempfängerin, dem Zinsgeier, der Hausfrau, aushelfen, damit sie das Dach reparieren und die notwendigsten Reparaturen durchführen lassen konnte.

Das sind die Verhältnisse, die vom wirtschaftlichen Standpunkt absolut untragbar sind und die die ganze bizarre Situation aufzeigen. (*Zustimmung beim KdU.*) Damit soll, damit ich nicht mißverstanden werde, nichts gegen den hohen Sozialetat unseres Voranschlages gesagt werden. Wir sind für den Sozialstaat, wir werden bis an die Grenze der Möglichkeiten alle sozialen Forderungen der Armen, Alten oder Kranken unterstützen und wir beschränken uns nicht auf eine Schichte des Volkes, sondern wir nehmen uns die Freiheit, aus der Schablone des Schlagwortes dorthin zu kommen, wo wirklich neue Schäden und eine ganz neue Situation längst entstanden sind, die man aus der Schau der Schablone eben heute noch nicht erfaßt hat,

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1237

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß auch das Wohnungsproblem ein Teil der Sozialgesetzgebung ist: Gute Wohnungen bedeuten gesunde Arbeiter und diese gesicherte Produktion. Wenn der kommunale Wohnbau zur Behebung der Wohnungsnot nicht ausreicht, so müssen wir eben den privaten Wohnhausbau wieder ermöglichen. Das kann nur durch Herstellung der Mietzinsgerechtigkeit geschehen, denn der derzeitige Zustand ist jedenfalls nicht haltbar.

Damit hängt die Frage des Hypothekarkredites unmittelbar zusammen. Schaffung von Sparkapital und Kreditgewährung sind komplementäre Begriffe. Erst durch die Herstellung der Bilanzwahrheit, Beseitigung der fiktiven Werte usw. werden wird auch zu der so notwendigen Rekonstruktion unseres Kreditapparates kommen.

Die wirtschaftlichen Grundlagen unseres kleinen Staatsgebietes sind schon früh erkannt worden. Schon bei der Budgetdebatte 1924 hat ein bedeutender Redner dieses Hauses festgestellt — ich zitiere (*liest*) — „daß wir in Jahren guter Ernte unseren Roggenbedarf decken können, einen bedeutenden Großteil unseres Zuckerbedarfes ebenso“ — wir haben ja inzwischen schon Kontingentbeschränkungen erlebt — und weiter, „daß wir aber nie imstande sein werden, unseren Weizenbedarf aus der heimischen Ernte sicherzustellen.“ Er sprach auch davon, „daß unsere Produktion in einem viel größeren Maße auf den Export eingestellt ist, als die Produktion anderer Länder Europas“, und er sagte im Anschluß: „Die Vorwürfe, die wir gegen die Regierung erheben, gründen sich auf ihre völlige Gleichgültigkeit, ihre völlige Passivität.“

Dann sprach ein anderer Redner über das Handelsbilanzpassivum: „Unsere Abhängigkeit vom Ausland ist geradezu erschütternd, wenn auch die Einfuhr hauptsächlich unsere Ernährung betrifft. Aber gerade deshalb dürfen wir nicht nachgeben, müssen unsere Landwirtschaft heben, unsere Wasserkräfte ausbauen, um den Kohlenbezug zu verringern und in der Verwaltung gewaltige Ersparungen zu erzielen.“

Diese Feststellungen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, gelten im wesentlichen auch heute. Die Hauptbelastungsposten unserer Einfuhr sind die gleichen. Es erscheint mir als Verhängnis unserer österreichischen Wesensart, verhältnismäßig schnell zu den nötigen Einsichten zu kommen, aber sehr langsam oder gar nicht die nötigen Taten folgen zu lassen.

Nun haben wir die gewaltige ERP-Hilfe. Es würde zu weit führen, hier ins einzelne zu gehen, es scheint mir aber bei der so not-

wendigen Steigerung des Exports der Anteil der Rohstoffe — das wurde heute auch schon erwähnt — gegenüber den Fertigprodukten doch zu hoch zu sein. Die Produktion von Roheisen erreicht heute das Doppelte von 1937, der Export von Roheisen aber das Dreifache. Beim Magnesit ist es ähnlich, wo wir auch bei dem Doppelten des Exportes halten, und auch in der Holzwirtschaft wird Raubbau betrieben. Fachleute errechnen eine zulässige Schlägerung von 7.1 Millionen, und wir haben eine Ausfuhr von 9.24 Millionen Festmetern.

Wie steht es aber nun mit dem wichtigsten Produzenten von Rohprodukten, mit der Landwirtschaft? Kein Gebiet unseres wirtschaftlichen Lebens scheint in der öffentlichen oder privaten Diskussion so von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, wie dieses. Gesunde Politik aber gebietet, genau so wie in der Außenpolitik, daß nicht Gefühle oberster Leitstern des Handelns sind, sondern die Vernunft. Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik zur Stärkung der Volkswirtschaft ist die Vertiefung in das Wesen und Wirken der bäuerlichen Verhältnisse. Dem Auge des Städters verschließt sich nach meiner Erfahrung diese Einsicht noch weitgehend, sonst hätte der Finanzminister vielleicht auch eine weniger scharfe Wendung gebraucht, als er von der Landwirtschaft sprach. Der Bauer ist in seinem Beruf, im Ertrag seines investierten Kapitals, seiner aufgewendeten Mühe und Arbeit, in seinem gesamten Lebensstandard in normalen Zeiten immer an der unteren Grenze. In Zeiten der Not sinkt er aber niemals so tief unter das Minimum herab, wie andere Schichten des Volkes. Wer nur an den Ausnahmeverhältnissen hängen bleibt, wird in seinem Urteil auch immer einseitig bleiben. Die Freiheit und Unabhängigkeit eines Landes aber werden zunächst doch abhängig bleiben von einer leistungsfähigen Landwirtschaft, die die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt. Geben Sie sich, meine Damen und Herren, keiner Täuschung hin über den Zustand der Landwirtschaft von heute! Die Konjunktur ist längst vorüber. Spät vorgeschriebene Steuern, deren Höhe, die Sorglosigkeit mancher Bauern und Hauer selbst haben dazu geführt, daß viele ihre Steuern nicht bezahlen können, daß sie sich selbst kleinste Investitionen nicht leisten können, so daß sie dann natürlich Geld aufnehmen wollen. Sie können es aber nicht, denn selbst die größten Sparkassen sind heute nicht imstande, auch nur kleine Beträge von 2000 oder 3000 S irgend jemandem zur Verfügung zu stellen. Nun beginnt der Abverkauf, und der Anfang des Ruins ist gegeben.

1238 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Wenn irgendeine Epoche der Wirtschaft dazu führt, eine Erleichterung für den Bauernstand zu erreichen, soll sich die Allgemeinheit des Volkes darüber freuen. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, unter welchen schwierigen Umständen die Landwirtschaft zu erzeugen hat, wobei ich nicht ins Detail eingehen will. Die Folgen der Kreditnot sind verheerend. Das ist der Anfang vom Ende der Wirtschaft!

Wenn man gelegentlich auf die Landwirtschaft ein scharfes Wort losläßt, so möchte ich die Gegenfrage stellen: Wie kommt es dann, daß so viele davonlaufen? Das Problem der Landflucht ist nicht nur vom Standpunkt der Landarbeiter als anfälligstem Teil der Landbevölkerung aufzufassen. Schauen Sie die Hunderte und Tausende junger Dirndel an, die heute einem Fixangestellten nachlaufen, weil sie als Hausfrau nicht das mitmachen wollen, was sie bei ihrer Mutter sehen, bei der Bauersfrau, die arbeits- und leistungsmäßig zu den am meist belasteten und geradezu tragischsten Gestalten unseres gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zählt. Die junge Tochter sieht die arbeitende Mutter im Haus. Sie hat nicht mehr den Mut, ihrem Beispiel zu folgen. Sie heiratet lieber einen Angestellten oder sogar einen Hilfsarbeiter, weil sie diese Plage scheut. Die Landflucht ist das entscheidende Problem für Österreich.

Sie wissen, daß der ehemalige Bundespräsident Hainisch darüber ein sehr umfangreiches Buch geschrieben hat, und in allen den vielen Kapiteln seines Werkes, nach vielen Untersuchungen, kommt er zu dem Schluß, daß nur die bessere Bezahlung der landwirtschaftlichen Produkte der Landarbeiternot ein Ende setzen kann.

Ich gestehe Ihnen, daß ich mich dieser Folgerung lange widersetzt und diese Annahme nicht als richtig anerkannt habe. Ich habe mir gedacht, daß durch Erleichterungen sozialer Art, durch kulturelle Zentren von Volksbildungsheimen oder Ortsheimen oder auf verschiedenen anderen Gebieten des kulturellen Lebens ein Ausgleich erreicht werden könnte. Das stimmt alles nicht. Ich bin heute fest davon überzeugt, daß der Umweg zur freudigen Mitarbeit der Landarbeiter nur durch bessere Bezahlung der Produkte des Bauern erreicht werden kann, weil es keine andere Lösung gibt. Das Schweizer Bauernsekretariat hat längst darüber Untersuchungen angestellt, wie sich eine Erhöhung der Bezahlung der Landarbeiter auf den Bauern und auf die Produktpreise auswirken würde.

Es ist ja heute selbstverständlich nicht möglich, hier unmittelbar große Taten zu

setzen; aber es ist bezeichnend für das Auslassen unserer Regierung, daß sie all diese Dinge, die uns mehr oder weniger an den Fingern brennen, nicht einmal beachtet. Sehen Sie nur die Sorge der Bauern, wie sie ihre Rüben und Kartoffel herausbringen sollen, weil sie derzeit keine Arbeiter haben! Alle Landarbeitergesetze und Vorlagen über die Selbsthaftmachung der Landarbeiter ruhen noch selig im Ausschuß. Dafür besteht so wenig Verständnis.

Ich muß auch gestehen, daß ich in einer anderen landwirtschaftlichen Frage, und zwar in der Frage der Bodenreform heute meinen ersten Reden über dieses Problem vor nahezu 25 oder 30 Jahren gegenüber die Auffassung gewandelt habe. Meine sehr Verehrten! Es besteht kein Bodenhunger mehr. Das ist das Tragische, es sucht sich jeder zu entlasten, und die Sprache der Zahlen ist zwingend. In der Wirtschaft entscheidet der Erfolg und der Effekt, und man kann keinem Wirtschaftler zumuten, daß er draufzahlt. Das ist unmöglich und gilt natürlich für die Landwirtschaft genau so wie für jede andere Schicht der Bevölkerung. Eine Beruhigung, wenn die Regierung und die maßgebenden Parteien den richtigen Gebrauch machen, ist mir als Marchfelder, daß es nahezu 300.000 Volksdeutsche gibt, die in ihren landwirtschaftlichen Berufskreis zurückgeführt werden können, und wenn ich da verschiedene Schatten im Verhalten einzelner Minister sehe, so will ich das gerne vergessen, wenn in Zukunft eine bessere Lösung in Aussicht gestellt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesvoranschlag ist nicht nur der Ausdruck der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern er ist auch je nach Bewilligung oder Nichtbewilligung eine Kennzeichnung des Verhältnisses zur Regierung. Die Lage Österreichs ist, wie ich schon gesagt habe, in jeder Hinsicht eine besondere. Fünf Jahre nach der Beendigung des Krieges sind wir noch immer besetzt und erleben Eingriffe in die laufende Gesetzgebung und noch viel mehr in die Verwaltung. Oberstes Ziel alles öffentlichen Wirkens muß sein, Österreichs Unabhängigkeit als staatliche Individualität im Rahmen Europas zur Geltung zu bringen. Die gesamte politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung in der Welt bedarf größerer wirtschaftspolitischer Kategorien, als es bisher der Fall war. Es ist das Verhängnis unseres Erdteiles, daß in zwei Weltkriegen die tragende Mitte Europas zusammengebrochen ist; daher die Spannungen über dem leeren Raum wie bei einem elektrischen Feld, bei dem ein Funke jederzeit zünden kann.

Unser begrenzter Kleinstaat läßt uns die Notwendigkeit eines größeren Lebens- und

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1239

Wirtschaftsraumes, der weit über das deutsche Sprachgebiet hinausgeht, entsprechend empfinden. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist zweifellos gut. Er darf aber nicht zum Kampfinstrument werden, denn Österreichs geopolitische und weltpolitische Lage verbietet die Teilnahme am Machtkampf der Weltmächte und verlangt strengste Neutralität nach beiden Seiten. Österreich ist in den letzten vierzig Jahren zur Niobe der Nationen geworden mit dem Leid zweier großer Kriege und steter wirtschaftlicher Bedrängnis. Seine Außenpolitik muß hundertprozentig dem Friedensbedürfnis des ganzen Volkes, und zwar mit absolutem Anspruch Rechnung tragen.

Das vernünftige politische Ziel kann in Europa nicht der nationale Staat, sondern nur eine föderative Union sein, in der die einzelnen Völker wie in der Schweiz in gegenseitiger Achtung nebeneinander wohnen und die gleiche wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit haben. Es ist uns, die wir mit einem Fuß noch aus dem anderen Jahrhundert stammen, eine grausame und schmerzliche Genugtuung, daß Österreich-Ungarn als Staatsganzes nicht nur in der Schau des Historikers, sondern auch in der heute lebender führender Politiker ein ganz anderes Bild gibt, als es vor fast 40 Jahren der Fall war.

Die Entwicklung zu einem europäischen Gesamtstaat aber erfordert eine besondere Pflege der nationalen Eigenart der Völker, die ihr kulturelles Eigenleben bewahren, das auf dem Boden der Heimatliebe erwächst. Liebe zum eigenen Volk ist durchaus vereinbar mit der Achtung vor fremdnationaler Eigenart.

Der Wechselwirkung zwischen Außen- und Innenpolitik muß Rechnung getragen werden. Wenn unser Handelsverkehr in früheren Zeiten im wesentlichen von Deutschland, der Tschechoslowakei und den Balkanländern bestimmt war, unser Verkehr mit den ERP-Ländern aber trotz aller Bemühungen in Liberalisierung, Zoll- und Zahlungsunionen noch gering ist, dann kann die Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auch wieder nur nach dieser Richtung hin erfolgen. Der Außenhandel geht seine eigenen naturgegebenen Wege und läßt sich nicht in politische Grenzen zwingen.

Beachten Sie doch die Wirtschaftspolitik Englands: Trotz der gespanntesten politischen Beziehungen zur Sowjetunion hat sofort der englische Handels- und Wirtschaftsminister Harold Wilson den Weg nach Moskau gefunden, und ehe noch die Stellung Titos in Jugoslawien klar war, waren die Engländer schon wieder daran, ihre Wirtschaftsmöglichkeiten dort zu erkunden. Genau so müssen wir die Wirtschaftsbeziehungen im Auge behalten, die uns

naheliegen, und ich muß es offen sagen: Ich kann noch immer nicht die Hoffnung aufgeben, daß sich Österreich dereinst wirtschaftlich wieder nach der Richtung hin entwickelt, die naturgemäß ist.

Innerpolitisch decken die beiden großen Parteien dieses Hauses die Politik der Regierung. Die Koalition der ÖVP und der SPÖ wird meistens als eine Vernunft Ehe bezeichnet. Wenn wir uns die Resultate dieser Ehe nach ihren Kindern näher betrachten, also nach den Gesetzen der Regierung beurteilen, so scheint das Elternpaar nicht gerade sehr gesund zu sein. Viele Kinder sind da recht schwach und manche sind gänzlich mißraten. (*Abg. Weikhart: Zum Beispiel der VdU! — Heiterkeit. — Abg. Hartleb: Da ist was anderes gemeint!*) Daß da kein harmonisches Gebilde zutage kommt, meine sehr Verehrten, ist ja auch kein Wunder, sind doch die Unausgeglichenheiten viel zu groß. Darauf ist es zurückzuführen, daß wichtige grundsätzliche gesetzgeberische Gestaltungen überhaupt nicht zustande kommen, weder in der Schulverfassung noch in der Wirtschaftspolitik, weder in der Wohnbaufrage noch sonstwo. Mir kommt das ungefähr so vor, als wenn zwei brave und einander ganz gut verstehende Wanderer auf einem Gebirgspfad plötzlich vor irgendein Loch kommen und sich nicht einigen können. Der eine will links, der andere will rechts und beide kommen nicht über den Graben, weil ihnen der Wille zur Brücke fehlt und weil sie ihre gegensätzliche Einstellung hindert. (*Abg. Dengler: Ihr wäret wohl gerne die Brücke!*)

Dr. Migsch hat vorhin, und zwar im Vorwurfston erklärt, die Regierung verhielte sich, insbesondere gegenüber der Volksvertretung, nicht korrekt. Ich darf dazu wohl auch einige grundsätzliche Bemerkungen über das Verhältnis von Parlament und Regierung sagen. Nach unserer Verfassung hängt die Regierung eindeutig vom Vertrauen des Parlaments ab. Natürlich, je größer die Mehrheit ist, die auf die Unterstützung der Regierung verpflichtet werden kann, desto günstiger sind die Vorbedingungen zur Entfaltung des Wesens einer parlamentarischen Regierung überhaupt. Damit vergrößert sich aber auch die Versuchung für die Regierung, ihre großen Vorrechte im Hause zur Geltung zu bringen; die Regierungsvorlagen sind nun fast ausschließlich die Quelle unserer Gesetzgebung geworden. Ich erinnere mich nur an ganz unbedeutende Gesetze, die auf die Initiative eines Abgeordneten selbst zurückgehen. Das ist ein Zustand, der für die Volksvertretung nicht schmeichelhaft ist.

Zu der starken Stellung der Regierung hier im Hause kommt ja die Parlamentskoalition dazu, so daß die nach der Verfassung und der

1240 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

parlamentarischen Geschäftsordnung an sich starke Stellung der Regierung im Parlament selbst ihr Gegenstück hat, an jener Stelle also, an der sie ihr demokratisches Korrektiv finden sollte. Hier geht die Trennung der Funktionen zwischen Regierung und Parlament verloren. Eine Folge ist eine Verkürzung der Rechte der Parlamentarier überhaupt, was sich am stärksten für die parlamentarische Minderheit auswirkt, deren Schutz in der Verfassung und Geschäftsordnung vorgesehen ist. Die beiden großen Parteien haben sich damit in eine Machtstellung versetzt, in der sie unbekümmert jede Kritik heftig von sich weisen und schließlich nur mehr dem heiligen Proporzus ihr Opfer darbringen — im Gegensatz zu anderen, alten demokratischen Ländern, wo die Opposition geradezu als eine Ergänzung der Regierung betrachtet wird, während man hier die Opposition im selbstverständlichen Kraftgefühl der kompakten Majorität nicht zur Geltung kommen läßt. (*Abg. Dr. Bock: Es genügt uns, wenn wir von 85 Prozent der Bevölkerung gewählt sind! — Abg. Horn: Der VdU hat überhaupt keinen Anspruch, in diesem Hause zu sein! Sie gehören wo anders hin! — Gegenrufe beim VdU.*) Ich bin Ihnen nicht neidig, Herr Doktor! (*Abg. Dengler: Ein wenig Neid ist schon dabei!*)

Die unverhüllte Ämterpatronage ohne Rücksicht auf persönliche und fachliche Eignung — ich bin genötigt, auch einige Worte dazu zu sagen — zwingt an sich unpolitische Elemente auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in das Partejoch und bewirkt dadurch, daß die nahestehende Meinung hier ebenfalls ihre Resonanz hat, eine neue Einflußsteigerung (*Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen*), die dann auf den Parteienkampf selbst zurückwirkt und diesen mit der Größe der möglichen Beute an Posten und Existenzen weiter verstärkt. Mit großer Besorgnis verfolgen wir Unabhängigen diese Entwicklung. Jähe Erschütterungen des Parteieneinflusses bringen dann unabsehbare Folgen mit sich.

Noch bedenklicher wird es aber, wenn sich die Regierung ihres Führungsrechtes begibt und ihre Impulse sozusagen von außen her empfängt. Ich denke da an das Wort bezüglich der Instanzen außerhalb der Regierung, das ja auch auf der anderen Seite gefallen ist. Gestatten Sie mir zu sagen: Die Regierung kommt mir trotz ihrer Koalitionsmehrheit wie eine lückenbüßende Beamtenregierung vor, die brav die Tagesaufgaben erledigt, die Tagesaufgaben brav dem Parlament überträgt, so daß wir selber uns dieser Mühe gar nicht entziehen können; dies ist aber ein Zustand, der, glaube ich, besorgniserregend wirkt, wenn ihm nicht rechtzeitig gesteuert wird.

Ist es nicht beinahe unfassbar, daß die Bestellung unseres Staatsoberhauptes seit 21 Jahren außerhalb der geltenden Verfassungsbestimmungen erfolgt? Ich habe im Bundesvoranschlag vergeblich nach einer Post gesucht, die einen Kostenaufwand für die im Jahre 1951 fällige Wahl des Bundespräsidenten vorsieht. Will man also wieder zu einer Hilfslösung kommen? Die im Jahre 1929 erfolgte Erweiterung der Rechte des Staatsoberhauptes gegenüber der Regierung und dem Parlament — und die Rechte sind ja gering genug — ist ja geradezu davon ausgegangen, daß das Staatsoberhaupt genau so vom Volk zu wählen sei, wie eben das Parlament selber. Es liegt nicht im Interesse unserer demokratischen Entwicklung, daß die vorhandene Zweidrittelmehrheit geltendes Recht wieder ändert. Wir Unabhängigen haben das Bestreben, die Mitwirkung des Volkes an Gesetzgebung, Verwaltung und Vollziehung weitestgehend zu fördern und auszugestalten, und um so mehr erwarten wir, daß es nicht neuerlich um ein bestehendes, gesetzmäßig verankertes Recht gebracht werde (*Abg. Horn: Das habt Ihr im Jahr 1938 bewiesen!*)

Hohes Haus! Unser Parlament ist in der Verfassung mit großen Rechten ausgestattet. Ich glaube, um so größer ist die Verpflichtung, die Lauterkeit seiner Entschlüsse durch die Beachtung der Inkompatibilitätsbestimmungen zu sichern. Ich muß hier im offenen Haus bemängeln, daß der dafür eingesetzte Ausschuß nicht ein einziges Mal zusammengetreten ist. (*Abg. Hartleb: Trotz Versprechen!*)

Ein zweites Erfordernis ist, den einhelligen Beschlüssen des Hauses Geltung zu verschaffen. Es geht nicht an, daß sich die Regierung darüber hinwegsetzt, weil sie anderer Meinung ist. Ich meine die einstimmig gefaßte Resolution bezüglich der Amnestie, von der ich höre, daß eine Remedur bereits im Zuge sei.

Nach parlamentarischer Tradition ist der Voranschlag auch die Geldtendmachung des Anspruchs auf Vertrauen. Wir vermissen bei der Regierung jenen Schwung und jene innere Leidenschaft, die in schwierigen Zeiten auch außerordentliche Mittel sucht, neue Lösungen anstrebt, um das Mitgehen des Volkes zu erreichen. Wir haben im Gegenteil in weiten Kreisen des Volkes eine schwere Erschütterung des Vertrauens zur Regierung erlebt und sind daher aus den Gründen, die ich angeführt habe, nicht in der Lage, dem Budget als Ausdruck des Vertrauens zur Regierung zuzustimmen.

Hohes Haus! Über dem Parteiinteresse steht die vaterländische Ganzheit, die Gemeinschaft des Volkes. Alle Demokratien von Rang

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1241

in Europa haben erkannt, daß es Existenzfragen des Staates gibt, bei denen Parteiung nicht zählt. Zu dieser Einstellung müssen auch wir gelangen.

Österreich ist ein armes Land, unsere Brüder und Söhne sind gefallen, viele verkrüppelt oder sie leben im schwersten Lebenskampf nach einer freudlosen, harten Jugend. Unsere Zukunft ist verhangen und eher düster. Erst unsere Enkel werden über unsere Arbeit in diesem Hause urteilen können, aber auch die Vergangenheit sieht auf uns, alle die edlen Geister dieses Hauses aller Parteien, von denen Impulse für Österreichs Schicksal ausgegangen sind. Seien wir der Vergangenheit und der Zukunft würdig durch Verfassungstreue, Aufbauwillen und Heimatliebe. *(Lebhafter Beifall beim KdU.)*

Abg. Dr. Bock: Hohes Haus! Die heutige erste Lesung des Budgetgesetzentwurfes gibt den Vertretern der politischen Parteien Gelegenheit, über die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes zu sprechen, soweit sie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in unserem Land betreffen. Man nennt das Recht einer gesetzgebenden Körperschaft, den Staatshaushalt zu bewilligen, das vornehmste und bedeutsamste ihrer Rechte. Ich glaube, wir werden uns dieser vornehmen und ungemein schwierigen Aufgabe nur dann erfolgreich unterziehen, wenn wir uns bemühen, auf dem Boden der Sachlichkeit zu bleiben und unter Hintansetzung aller kleinlichen Interessen an diese Materie heranzugehen.

Ich unterlasse es daher, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Migsch im einzelnen zu antworten, weil ich die Sachlichkeit meines Referates nicht stören möchte. Ich unterlasse es auch, in der Erwiderung dessen, was er hier gesprochen hat, eine Reihe von Anfragen an den Herrn Vizekanzler zu richten, schon deshalb, weil das, was Herr Dr. Migsch in einer direkten Ansprache an den Herrn Bundeskanzler beanstandet hat, eigentlich seine eigene Partei betroffen hat, denn von den neun seitens der Bundesregierung nicht erledigten Entschliebungen fallen nicht weniger als sieben in das Ressort des Bundesministers Maisel. Es wäre daher zweckmäßiger gewesen, wenn sich der Herr Abg. Dr. Migsch mit seiner Anfrage direkt an den Herrn Minister Maisel gewendet hätte. *(Zwischenrufe.)* Außerdem bin ich der Meinung, daß man eine Debatte wirklich nur mit richtigen Zahlen führen soll. Der Herr Abg. Migsch hat aber hier, ich glaube im Zusammenhang mit den Kartoffelpreisen, von Zahlen und Verhältnissen gesprochen, die keineswegs den Tatsachen entsprechen.

Wenn wir zum Thema selbst zu sprechen kommen, so bedarf es wohl keines besonderen

Hinweises darauf, daß das Finanzgesetz das wichtigste Gesetz des Jahres ist, weil es weit in die private Sphäre aller Staatsbürger eingreift. Es bestimmt schließlich und endlich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit jedes einzelnen arbeitenden Menschen in diesem Lande. Darum ist es begreiflich, daß gerade jetzt, da wir zur Beratung dieses Gesetzes zusammentreten, aus allen Kreisen der Bevölkerung die Wünsche zu diesem Budget an uns herangetragen werden. Leider müssen wir sagen, daß wohl nur ein kleiner Teil dieser Wünsche erfüllt werden kann, zumal ja diese Wünsche in ganz verschiedene Richtungen gehen und aus ganz verschiedenen Aspekten kommen. Dem einen ist die Steuerlast zu hoch, der andere verlangt vermehrte Ausgaben des Fiskus, und der dritte hat wieder etwas anderes zu bemängeln.

Es ist nun unsere Aufgabe, bei der Beratung des Gesetzentwurfes die Vorschläge des Herrn Finanzministers in diesem Entwurf zu überprüfen und festzustellen, ob wir die möglichste Gerechtigkeit bei den Ausgaben und Einnahmen in diesem Gesetze gefunden haben, ob das Verhältnis der Einnahmen- und Ausgabenposten richtig ist oder ob es möglich sein wird, Verbesserungen und Änderungen daran vorzunehmen. Das ist nun gewiß keine sehr erfreuliche Feststellung. Denn sie beinhaltet in sich gleichzeitig die Tatsache, daß der allgemeine Rahmen des Budgets an sich gegeben ist. Unsere Aufgabe wird es sein, innerhalb dieses Rahmens nach bestem Willen Lösungen zu suchen.

Wenn ich vorhin sagte, daß manche Wünsche unerfüllt bleiben müssen, dann, glaube ich, müssen wir auch den Mut haben, das mit aller Deutlichkeit und in Wahrheit vor der Öffentlichkeit zu sagen. Denn schließlich und endlich gilt gerade bei der Behandlung des Finanzgesetzes als oberstes Ziel für uns, daß wir mit diesem wichtigsten Gesetz des Jahres auch der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes dienen. Diesem Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs müssen sich auch die Wünsche zum Budget unterordnen. Ich stelle hier als Volksparteiler fest, daß wir nicht bereit sein würden, Wünsche zum Budget zu erfüllen, die der Freiheit Österreichs Abbruch tun würden. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir haben auch hier die Verpflichtung, alles zu tun, um die noch nicht vollständig hergestellte und so hart erkämpfte österreichische Freiheit zu erhalten. Wenn das unpopulär sein sollte, dann bekenne ich mich auch namens meiner Partei zu dieser Unpopularität; denn wir haben von unseren Wählern, also von der größeren Hälfte des österreichischen Volkes, als obersten und ersten Auftrag bekommen, der Freiheit unseres Landes

1242 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

zu dienen, und diesen Auftrag werden wir erfüllen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Generaldebatte gibt, wie ich schon festgestellt habe, Gelegenheit, einen allgemeinen Überblick über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Lande zu geben. In diesem Zusammenhang muß aber vorerst etwas festgestellt werden. Wir dürfen nicht daran vorbeigehen, was in den letzten Tagen, also seit der Budgetgesetzentwurf durch den Herrn Finanzminister hier im Hause vertreten wurde, in der Öffentlichkeit geschrieben, beziehungsweise erörtert wurde.

Den in verschiedenen publizistischen Organen bisher vertretenen Auffassungen sind zwei Dinge gemeinsam: erstens eine Beanständung der Höhe der Budgetansätze und dann das völlige Fehlen eines Hinweises darauf, welches die Ursachen sind, die eben zu diesen Budgetansätzen geführt haben. Vorweggenommen sei, daß auch das Budget 1951 den Gesamtfortschritt der österreichischen Wirtschaft zum Ausdruck bringt; denn denken wir nur daran, daß sich die österreichische Wirtschaft in den Tagen, da wir diesen Staat wieder neu eingerichtet haben, in den April-, Mai- und Junitagen des Jahres 1945, praktisch auf dem Nullpunkt befunden hat. Ich glaube, es ist vielleicht gerade zu Beginn der Budgetdebatte zweckmäßig, sich wieder einmal vor Augen zu halten, was wir seit 1945 zu leisten imstande gewesen sind.

Vielleicht ist es gerade heute nötig, die Verhältnisse von damals und heute einer kurzen Beleuchtung zu unterziehen: Während damals, vor allem in den Städten, Hunger und Kälte herrschten, ist heute doch jeder Österreicher imstande, satt zu werden und während der Wintermonate wenigstens einen Wohnraum zu erwärmen. Während damals eine Reise von Wien nach Neulengbach ein fast unlösbares Problem darstellte, verfügen wir heute wieder über friedensmäßige Verkehrsbedingungen auf der Straße, auf der Schiene und, dank der Unterstützung eines freundlichen Auslandes, auch zur Luft. Während damals unsere Betriebsstätten ein Trümmerhaufen waren oder zumindest verödet dargelegen sind, rauchen heute allenthalben in unserem Lande die Schloten. Während damals in den Schaufenstern unserer Geschäfte im besten Fall Papierattrappen gefunden hat, ist das Angebot an Waren heute qualitativ und quantitativ ein solches, wie es den Bedingungen normaler Zeiten entspricht. Vergessen wir nicht darauf, Hohes Haus: das alles zu schaffen, war uns möglich, weil das österreichische Volk mit Kraft und Fleiß am Werke war und weil jeder bereit war

hier in Österreich, jenen Verzicht auf sich zu nehmen, der notwendig war, um das schaffen zu können (*Beifall bei der ÖVP*), einen Verzicht, der sich auf der Arbeitgeberseite etwa dahingehend auswirkte, daß die Ansammlung von Kapital, wie es für die Führung von Unternehmungen zu allen Zeiten noch notwendig war, nicht stattfinden konnte; einen Verzicht auf der Arbeitnehmerseite, dadurch gegeben, daß große Teile der Arbeitnehmer sich mit einem äußerst bescheidenen Lohn zufrieden gaben; und einen Verzicht schließlich auf seiten der Landwirtschaft, die nun nach endgültiger Beseitigung aller bösen Auswüchse der Kriegs- und Nachkriegszeit vielfach schwer um den Bestand ihrer Unternehmungen zu kämpfen hat.

Es beeindruckt uns gar nicht, Herr Abg. Dr. Migsch, wenn Sie, wie wir es von Ihnen ja gewohnt sind, wiederum in das Horn der Pauschalverdächtigung aller möglichen Berufsgruppen gestoßen haben. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß wir die Leistung, die wir vollbracht haben, nur deshalb setzen konnten, weil alle zusammen ihr Opfer getragen haben. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*) Und wenn in späteren Tagen einmal die Geschichte Österreichs aus dem zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit geschrieben werden wird, dann müssen die Geschichtsschreiber auf dieses Opfer des österreichischen Volkes hinweisen, wenn sie in ihrer Berichterstattung wahr und vollständig sein wollen.

Diese allgemeine Feststellung wäre aber nicht vollständig, wenn wir nicht noch eine zweite machen. Bei Würdigung der Opfer, die, wie ich schon sagte, alle zusammen bringen mußten, darf nämlich nicht übersehen werden, daß es trotz des Aufstieges der österreichischen Wirtschaft bisher noch nicht möglich war, zu einer restlos befriedigenden und wirklich gerechten Verteilung des Sozialproduktes dieser Wirtschaft zu kommen; denn es ist so, daß in der persönlichen Lebensführung heute in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen noch große Unterschiede bestehen. Es muß unser Ziel sein, Hand in Hand mit der Weiterführung des Wiederaufbaues der österreichischen Wirtschaft möglichst bald zu einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes, das heißt in der Praxis vor allem zu einer gerechten Bewertung auch der unselbständigen Arbeit zu gelangen.

Dabei dürfen wir uns hier ebensowenig von dem Fehler leiten lassen, einige Spitzenverdienergruppen auf der Arbeitnehmerseite als Beispiel dafür anzuführen, daß ohnedies alles in Ordnung sei, wie wir gerade auch das gute Verdienen nicht mit dem Tatbestand der selbständigen Arbeit gleichsetzen können.

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1243

Denn so wie auf der Arbeitnehmerseite einzelne Fälle ausreichender, ja glänzender Einkommensverhältnisse gegeben sind, so darf auf der Arbeitgeberseite die wirtschaftliche Not, wie sie heute etwa in bestimmten Branchen des Kleingewerbes oder bei unseren Bergbauern zu finden ist, nicht übersehen werden. Aus dieser noch keineswegs befriedigenden Verteilung des Sozialproduktes resultieren ja auch im großen und ganzen die Wünsche, die zum Budget aus der Bevölkerung an uns herangetragen werden. Der eine fühlt sich beschwert durch die allzu hohe Steuer, der andere durch die zu geringe Höhe seines Nettoeinkommens. Hier — ich muß es noch einmal sagen — den möglichst gerechten Ausgleich zu finden, ist unsere Aufgabe, die wir bei der Budgetberatung haben.

Wenn wir uns zunächst einmal den sozialen Schwierigkeiten dieses Budgets zuwenden, so ist vor allem von der Sozialbelastung der öffentlichen Hand zu sprechen. Der Budgetentwurf sieht hier hohe Summen vor. Wenn ich davon nur die wichtigsten herausgreife, so sind es aus den Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung für die Invalidenversicherung 389 Millionen, für die Angestelltenversicherung über 92 Millionen, für die knappschaftliche Rentenversicherung 14 ½ Millionen, für die Krankenversicherung über 12 Millionen und für Vorschüsse auf ausländische Renten 12 ½ Millionen. Aus dem Titel der Arbeitslosenversicherung erwächst einschließlich der Kurzarbeiterunterstützung und der Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme eine Belastung von 371 Millionen, und weitere 51 ½ Millionen erfordert die Krankenversicherung im Sektor der Arbeitslosen. Die Gesamtkosten für die Kriegsbeschädigten aber machen nicht weniger als 773 Millionen Schilling aus. Der allgemeinen Fürsorge, unter anderem für Kleinrentner oder für die Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, ist ein Betrag von 66 Millionen Schilling gewidmet.

Einschließlich aller übrigen Posten ergibt sich für das Sozialbudget unseres Landes ein Gesamtaufwand von 1948 Millionen Schilling, denen Einnahmen von 390 Millionen entgegenstehen, so daß ein Nettoaufwand auf der Sozialbudgetseite von mehr als 1 ½ Milliarden Schilling notwendig geworden ist.

Wir stehen dieser Post, wenn ich so sagen kann, machtlos vis à vis; denn wer soll beim Kapitel für Kriegsbeschädigte oder für Opferfürsorge für Kürzungen sein? Wer wäre für Kürzung der Renten auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, wer wäre für eine Kürzung aller jener Posten, die der Krankenversicherung dienen? Mit den Ausgaben für die Sozialverwaltung bezahlen wir ja alle jene

Gegebenheiten, für die wir heute nicht die Verantwortung zu tragen haben (*Zustimmung bei der ÖVP*), damit bezahlen wir die Opfer des ersten, insbesondere aber die Opfer des zweiten Weltkrieges. Die Verantwortung dafür tragen aber jene, die den Fluch dieses Krieges über uns gebracht haben. (*Neuerliche Zustimmung.*)

Es ist bedauerlich, daß, wie ich schon erwähnte, in den vielen publizistischen Äußerungen zu diesem Budget, die wir bisher lesen konnten, dieser Hinweis darauf, daß wir hier Dingen gegenüberstehen, für die wir die Verantwortung nicht zu tragen haben, einheitlich gefehlt hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Unabhängig von Objektivität!*)

Das Kapitel der öffentlichen sozialen Fürsorge — auch das muß der Vollständigkeit halber gesagt werden — ist auch keineswegs geeignet, wie es heute von dieser Stelle schon gesagt wurde, Vergleiche mit früheren Zeiten anzustellen. Denn abgesehen von den aus dem Krieg erwachsenden Mehrbelastungen dieses Budgetkapitels müssen wir eine wichtige Tatsache hier in Rechnung stellen: Seit den Tagen des ersten Weltkrieges wird die Unselbständigkeit der Menschen leider immer größer, und man darf nicht übersehen, daß diese Unselbständigkeit mit eine Ursache für das bedauerliche Anwachsen der Hilfsbedürftigkeit der Menschen darstellt. Die Menschen stellen heute weit größere Anforderungen an die Allgemeinheit, als das in früheren Zeiten der Fall gewesen ist; ja, auch das muß gesagt werden: die Menschen verlassen sich heute viel mehr als früher auf den Vater Staat. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber Geschnitzer sagt, daß wir daran schuld sind.*) Dieser umschweifende Hang zur Unselbständigkeit wurde dann noch durch die Vergötzung des totalitären Staatssystems wesentlich gefördert. Wo alles verboten ist und nichts erlaubt, wo von der Wiege bis zum Grabe alles reglementiert ist, da bleibt für die Selbständigkeit der Menschen wenig übrig. Es wird daher eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, die Menschen wieder zur Selbständigkeit zurückzuführen, soweit die Verhältnisse das erlauben.

Der Weg zur Selbständigkeit und damit zur Freiheit der Menschen aber führt nur über das Eigentum. Geben wir uns keiner Täuschung hin: Man wird die sogenannte soziale Frage weder in Österreich noch woanders ... (*Abg. Ernst Fischer: Das ist idealistische Weltanschauung!*) Herr Abg. Fischer, sie ist besser als die kommunistische! (*Heiterkeit bei der ÖVP*) ... damit lösen, daß man das Fürsorgewesen des Staates, der Länder und der Gemeinden erweitert. Fürsorge ist notwendig. (*Abg. Ernst Fischer: Eigentum*

1244 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

höher als die Seele! — Abg. Dr. Pittermann: Bei Euch hängt der Körper gelegentlich höher als die Seele! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Fürsorge ist, wie gesagt, notwendig, und wir können den im Budgetgesetzentwurf gegebenen Rahmen in dieser Beziehung leider gar nicht unterschreiten. Aber die Fürsorge ist eine Krücke, und was wir brauchen, ist ein Heilmittel! Nicht damit lösen wir den sozialen Notstand der Menschen, daß wir ihnen höhere Renten zahlen — sosehr das im Einzelfall auch notwendig und wünschenswert erscheinen mag —; auch damit lösen wir die soziale Frage nicht, daß wir, um irgendein Kapitel herauszugreifen, z. B. die Ausfallhaftung des Bundes bei den Sozialversicherungsinstituten erweitern, sondern das ist die Lösung der sozialen Frage, daß wir, soweit wir dazu imstande sind, dem einzelnen zu Besitz und Eigentum verhelfen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Deshalb, meine Damen und Herren, und aus keinem anderen Grund *(andauernde Zwischenrufe — Abg. Slavik: Jeder sein eigener Fabrikant!)*, schon gar nicht aus einem parteipolitischen Grund, haben wir Volksparteiler zum Beispiel das Wohnungseigentumsrecht geschaffen. Es muß als äußerst bedauerlich bezeichnet werden, daß die Abneigung gegenüber diesem wirklichen Medikament gegen die Krankheit der sozialen Not seitens unserer Koalitionspartner so groß ist. Wir denken nicht daran, aus dem Wohnungseigentum etwa parteipolitische Vorteile zu ziehen, wir vergeben die Wohnungen nicht nach dem Parteibüchel. *(Widerspruch und Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. Weikhart: Nur der kriegt's, der Geld hat! — Lebhaftes Rufe und Gegenrufe.)*

Präsident Dr. Gorbach *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, dem Redner das Wort zu lassen. Altenburger und Weikhart wieder in Front!

Abg. Dr. Bock *(fortsetzend)*: Wir vergeben die Wohnungen deshalb, damit auch der kleine Mann Besitz und Eigentum erwerben kann. *(Neuerliche heftige Unterbrechungen.)*

Präsident Dr. Gorbach *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren, wenn das innere Gleichgewicht wiederhergestellt ist. *(Heiterkeit.)*

Abg. Dr. Bock *(fortsetzend)*: Meine Herren von der Sozialistischen Partei! Sie wissen ganz genau, daß es dem Wohnungseigentumsrecht genau so geht, wie es allen wirklich revolutionären Ideen der Menschheit zu allen Zeiten ergangen ist. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

Im Anfange finden alle diese Ideen Widerstand und Widerspruch. Aber seien Sie versichert, meine Herren, das Wohnungseigentumsrecht wird sich durchsetzen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir Volksparteiler es auf unsere Fahnen geschrieben haben und versuchen werden, es mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, sondern auch deshalb, weil man mit dem Wohnungseigentum den Menschen wieder ein Stück jener Freiheit zurückgeben kann, das sie im Zuge des Anwachsens der Großstädte, der Industrialisierung und der Verproletarisierung verloren haben. *(Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)*

Die Menschen streben nach Freiheit, und keine Macht der Welt, am wenigsten parteipolitische Engstirnigkeit, wird sie daran hindern können. Das ist eine klare Einsicht, und darum ist es auch für uns wirklich unverständlich, daß sich nicht alle aufbauwilligen Kräfte dieses Landes hinter diese Idee stellen. Oder haben Sie, meine verehrten Freunde von der Koalitionspartei, etwa Angst vor der Freiheit der Menschen *(Abg. Weikhart: Nur vor Ihrer Demagogie!)* oder fürchten Sie für die Plenipotenz Ihrer Parteisekretariate? *(Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.)* Ihre Furcht ist umsonst, sie wird nichts nützen *(neuerlicher heftiger Widerspruch bei den Sozialisten — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen)*, denn das Wohnungseigentum wird zur allgemeinen Wohnungsform in den Städten werden, nicht weil wir Volksparteiler uns darauf verschworen haben, sondern deshalb, weil wir damit den Menschen weiterhelfen und weil die Menschen die Freiheit lieben und wollen. Deshalb wird sich dieses Recht auch gegen Ihre Meinung durchsetzen. Wir Volksparteiler betrachten uns dabei gar nicht als mehr denn als gut gewillte Handlanger, denn das Wohnungseigentumsrecht würde sich, wenn es sein muß, auch ohne die Volkspartei durchsetzen, weil es weit über allen parteipolitischen Belangen als ein Wegweiser für den kleinen Mann in eine bessere Zukunft dasteht. *(Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)*

Ich bin der Meinung, daß eine sachliche Diskussion über dieses Problem wesentlich mehr zum Fortschritt und zum Wohle aller beiträgt als Behauptungen, die schon vor Wochen, Monaten und Jahren als Lügen hingestellt werden konnten, wie etwa die des Herrn Abg. Dr. Migsch, daß die ÖVP ihr ganzes Wohnungsprogramm darin sehe, die Hausherrenrente wieder einzuführen. Wir haben von dieser Stelle aus schon ein paar Mal gesagt, daß das nicht wahr ist. Es scheint um Ihr propagandistisches Arsenal sehr schlecht bestellt zu sein, daß Sie immer wieder diese

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1245

Lüge hervorziehen! (*Lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß wir für große Teile unseres Budgets, insbesondere auf dem sozialen Sektor, für Dinge bezahlen müssen, für die wir nicht die Verantwortung zu tragen haben. (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt abermals das Glockenzeichen.*) In dieses Kapitel der nicht von uns zu verantwortenden Ausgaben gehört auch das Kapitel 26, Titel 1: Besatzungskosten, die mit 300 Millionen Schilling eingesetzt sind und ... (*Fortgesetzte Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abg. Horn, bitte dem Redner doch die Möglichkeit zu geben, sich verständlich zu machen!

Abg. Dr. Bock (*fortsetzend*): In dieses Kapitel gehört auch der Betrag von 70 Millionen, der für die Ausländerbetreuung vorgesehen ist.

Was nun die Besatzungskosten betrifft, so weiß das Hohe Haus, was und wer damit zu bezahlen ist. Stellen doch die Besatzungskosten den einmaligen Fall dar, daß ein Land für Kosten einer militärischen Besetzung aufkommen muß, die aus militärischen Gründen gar nicht mehr gerechtfertigt ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn immer noch war es schließlich so, daß Besatzungen erstens nur in Feindländern aufrechterhalten wurden, und dann nur so lange, als militärische Belange das erforderten. Daß wir Österreicher dazu auserkoren sind, eine uns unerwünschte Besatzung, die keinerlei militärische Rechtfertigung in sich trägt, aus eigenen Mitteln zu erhalten, ist zweifellos eine einmalige Angelegenheit. Jedes Kind in Österreich weiß, daß diese Besatzung nur deshalb aufrechterhalten wird, weil das Sowjetelement sich weigert, seine Truppen aus Österreich zurückzuziehen, und es muß aufs äußerste bedauert werden, daß der Herr sowjetrussische Außenminister Wyschinski, den Abschluß eines Staatsvertrages für zwecklos hält, weil er von Voraussetzungen ausgeht, als deren Ursache ohne Zweifel nur völlig falsche Informationen angesehen werden können, die eine verdächtige Ähnlichkeit mit den infamen Anschuldigungen haben, die wir täglich in der Presse der österreichischen KP lesen können. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Wieso österreichischen?*) So kommen wir dann auch ganz zwangsläufig zu dem Schluß, daß es nur die Kommunistische Partei Österreichs ist, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Besatzung hat. (*Abg. Ernst Fischer: Ehrenbürger von Texas!*) Wer die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen

überblickt, wird auch den schlüssigen Beweis hierfür finden, denn nur dort war dem kommunistischen Putschversuch ein, wenn auch nur zeitweiliger Erfolg beschieden, wo die örtlichen Stellen des Sowjetelements ihre schützende Hand über die kommunistischen Aktionen gehalten haben. Wir glauben aber, ganz abgesehen von unseren eigenen Belangen, daß die Aufrechterhaltung der Besatzung nicht nur Österreich weiterhin schaden wird, sondern auch den Besatzungsmächten keinerlei Vorteil bringen kann. Denn solange die Besatzung Österreichs andauert, solange kann Österreich die ihm von der Natur gegebene Rolle des Vermittlers in Europa nicht spielen. Erst ein wirklich freies und unabhängiges Österreich wird seinen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten können. (*Beifall bei der Volkspartei.*)

Es muß aber auch festgestellt werden, daß jede andere Maßnahme, die nicht der Herstellung der Freiheit Österreichs dienen würde, auf den entschlossenen Abwehrwillen der österreichischen Bevölkerung stoßen würde. Die Bundesregierung mag überzeugt sein, daß das österreichische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die Bemühungen der Regierung mit aller Kraft unterstützt, die der Freiheit Österreichs dienen. Das Volk von Österreich protestiert zusammen mit seiner Bundesregierung gegen die dauernden Eingriffe des sowjetischen Besatzungselementes in österreichische Verhältnisse. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wir rufen der Regierung zu: Regierung, bleibe hart, weise die dauernden Eingriffe zurück, das Volk von Österreich steht hinter Dir! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Schließlich und endlich haben wir mit dem Verlust unserer Freiheit schon die bittersten Erfahrungen gemacht, und allzu wach ist in uns noch die Erinnerung an Dinge, die ein totalitäres Staatssystem zwangsweise mit sich bringt. Um so dankbarer sind wir Österreicher daher allen jenen Kräften, die uns in unseren Bemühungen zur Erlangung unserer Freiheit tatkräftig unterstützen. Hier muß auch der wirtschaftlichen Unterstützung gedacht werden, die uns die USA durch die verschiedenen Hilfsaktionen, zuletzt durch den großzügigen Marshall-Plan, gewährt haben. Diesem Marshall-Plan, Herr Abg. Koplenig, verdanken wir — Sie haben ja vorher danach gefragt — die Beseitigung unserer Hungersnot; diesem Marshall-Plan verdanken wir den Aufbau eines Großteils unserer industriellen und gewerblichen Wirtschaft; diesem Marshall-Plan verdanken wir, daß wir langsam wieder einer erträglichen Situation auf dem Gebiet der Handelsbilanz entgegenstreiten; diesem Marshall-Plan verdankt Österreich sowie alle europäischen Länder, die in seinem Genuß

1246 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

stehen, erst wieder die Schaffung der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit unseres Landes. (*Abg. Ernst Fischer: Die „Küß die Hand“-Litanei ist zu Ende!*) Jeder Österreicher, der hier lebt, hat zum Teil vom Marshall-Plan gelebt, auch Sie, Herr Fischer, es sei denn, Sie haben nur ausschließlich der Kominform aus der Hand gefressen. (*Abg. Ernst Fischer: Ihr habt den Stiefel geleck, wie Ihr müßt! — Gegenrufe. — Abg. Weikhart: Sie haben was zu reden vom Stiefellecken! Daß immer diese Stallknechte reden, diese Stiefellecker! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn wir daher hier von unserem Staatshaushalt sprechen und von den wirtschaftlichen Verhältnissen in unserer Heimat, dann ist es am Platz, an dieser Stelle ein aufrichtiges Wort des Dankes dem Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika für seine tatkräftige Hilfe beim Aufbau Österreichs auszusprechen. (*Lebhafter Beifall.*)

Trotz dieser weitgehenden Unterstützung haben wir selbstverständlich auch mit wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Eine dieser Sorgen ist die große Belastung aus dem Personalaufwand, die nicht weniger als 4850 Millionen Schilling beträgt, dem gegenüber die übrigen Aufwendungen nur 6947 Millionen Schilling ausmachen. Damit sind wir nun bei der Frage angelangt, ob es möglich ist, die Belastung der öffentlichen Hand auf dem Personalsektor und damit die Belastung der gesamten Bevölkerung als Steuerzahler vermindern zu können. Soweit es sich um den mit 1530 Millionen Schilling festgesetzten Aufwand für die Pensionen handelt, ist hier an eine Verminderung von Haus aus nicht zu denken. Aber auch die Bezüge der aktiven Beamten gestatten unter den heutigen Verhältnissen keine Verminderung. Darüber herrscht wohl einhellige Auffassung, daß die Höhe oder besser gesagt die Niedrigkeit der Bezüge unserer öffentlich Bediensteten ein nicht mehr zu unterschreitendes Minimum darstellt.

Um nun hier eine Erleichterung zu versuchen, wurde das Schlagwort von der Verwaltungsreform geboren. Es ist leider das einzige, was auf diesem Gebiet vorläufig das Licht der Welt erblickt hat. Aber das ist nicht etwa auf eine Verständnislosigkeit der verantwortlichen Stellen zurückzuführen; der Herr Finanzminister hat uns ja in seiner Einbegleitungsrede zum Budgetentwurf mitgeteilt, daß der mit fünf Prozent vorgesehene Abbau des Personalstandes eben einfach nicht durchführbar war, sondern die zu erreichende Verminderung knapp zwei Prozent betragen

hat. Eine weitere Verminderung ist im Dienstpostenplan für das kommende Budgetjahr mit 1500 Personen vorgesehen.

Was ist die Ursache dieser bedauerlichen Verhältnisse? Ich habe schon vorher davon gesprochen, daß die Agenden des Staates infolge der hohen Inanspruchnahme seitens der Staatsbürger ins Ungemessene gewachsen sind. Daneben hat im Laufe der Jahre — das müssen wir auch freimütig eingestehen — der Staat sich so manches Recht arrogiert, das er sich nicht hätte aneignen müssen. Nun steht allerdings außer Zweifel, daß man da und dort Agenden des Staates abbauen könnte, doch zeigt sich meist schon bei geringem Versuch dazu, daß Kräfte in der Öffentlichkeit am Werk sind, die einen solchen Abbau der Agenden nicht zulassen. Denken wir doch zum Beispiel an das Kapitel einer gewünschten Liberalisierung unserer Wirtschaft, die zweifellos viele Agenden unseres Staates überflüssig machen würde. Wenn wir Agenden abbauen wollten, müßten wir auf vieles verzichten, was heute noch an Lenkung und Kontrolle notwendig ist. Denken Sie an die Frage der Preisregulierung, der Preiskontrolle, an die Ausübung der Gewerbeberechtigung — ich greife wahllos einige heraus —, an die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft usw., alles Dinge, die uns nötig erscheinen und die abzubauen nicht möglich ist und die daher einer Verminderung der Agenden des Staates im Wege stehen. Wir können nicht einfach, so schön das für die Entlastung des Staatshaushaltes wäre, auf bestimmte Agenden verzichten. Und doch ist es klar, daß eine Verwaltungsreform nur mit dem Abbau von Schreibtischen und nicht mit dem Abbau von Personen beginnen kann. Auch der mit so viel Propaganda verkündete Plan der Übernahme staatlicher Arbeitskräfte in die Privatwirtschaft muß so lange zum Scheitern verurteilt sein, als zu dem damit sicherlich geäußerten guten Willen nicht auch die Beantwortung der Frage kommt, wie man so etwas in der Praxis eigentlich machen kann.

Dennoch glauben wir, daß manches geschehen könnte. Wenn man etwa an die Technik unserer Steuereinhebung denkt, drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, ob der hohe Steuerbedarf wirklich einen so komplizierten und für den Steuerpflichtigen manchmal sehr schikanösen Steuerapparat erfordert. Die Vielfalt unserer Steuern und die damit verbundenen, immer komplizierter werdenden Einhebungsmethoden geben dem Gedanken an eine Steuervereinfachung breiten Raum, denn die notwendige Höhe der Steuern müßte keinesfalls ein Hindernis dafür sein, daß diese auch möglichst billig und einfach eingehoben werden. Wenn ich zum Beispiel daran denke,

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1247

welchen komplizierten Verwaltungsapparat die Einhebung unserer aus dem deutschen Reichssteuerrecht stammende Umsatzsteuer erfordert, so muß man sich wirklich fragen, ob hier der Zweck die Mittel rechtfertigt oder ob es nicht eine einfachere und großzügigere Lösung der Umsatzbesteuerung finden könnte, die bei gleichem Ergebnis auch keine höheren Belastungen der Steuerzahler, was ja Voraussetzung ist, mit sich bringen müßte. Ein Grund des dauernden Kleinkrieges zwischen Steuerpflichtigen und Finanzämtern ist gewiß nicht nur in der drückenden Höhe der Steuern zu finden, sondern auch in der Kompliziertheit, um nicht zu sagen, in der Verworrenheit unseres gesamten Steuerrechtes zu suchen.

Deshalb möchten wir die Anregung geben, an die Reform des gesamten Steuerrechtes zu denken, wobei nicht vergessen werden darf, daß wir selbstverständlich für die strenge Eintreibung aller vom Gesetz vorgeschriebenen Steuerverbindlichkeiten eintreten. Daß eine strenge Steuereintreibung im übrigen auch dann gegeben ist, wenn die Methoden der Eintreibung nicht geradezu brutal sind, haben wir im abgelaufenen Jahr mit Vergnügen feststellen können, als durch das persönliche Eingreifen des Finanzministers Dr. Margarétha die zuständigen Behörden angewiesen wurden, die Interessen des Fiskus nicht nur nach der strengen Halsgerichtsordnung, sondern auch nach den Erfordernissen der Billigkeit zu vertreten. Es ist schon so, daß die Einnahmepost „Säumnis- und Strafzuschläge“ nicht unbedingt einen hohen Gebarungüberschuß aufweisen muß, ja die günstigen kassenmäßigen Ergebnisse des abgelaufenen Budgetjahres beweisen unter anderem auch, daß das steuerliche Ergebnis keinesfalls schlechter zu sein braucht, wenn man dem Steuerpflichtigen nicht mit Rad und Galgen droht.

Wir regen daher auch in diesem Zusammenhang an, daß das System der Betriebsprüfungen ausgebaut werde, und zwar in zweierlei Hinsicht. Einmal muß die Betriebsprüfung mit der nötigen Arbeitskraft ausgestattet werden, damit der Eingang der wahren Steuerbeträge unter allen Umständen sichergestellt ist. Dann aber soll der Steuerpflichtige nicht immer Jahre später mit einer Nachveranlagung rechnen müssen, sondern womöglich schon im Jahre der Veranlagung durch die Betriebsprüfung seine endgültige Steuerverbindlichkeit festgesetzt erhalten. Was Recht und Vorschrift ist, muß bei der Steuer auf Heller und Pfennig bezahlt werden, aber was vom Gesetz niemals beabsichtigt ist, wie etwa die Besteuerung von Gewinnen, die schon vorher zum Teil durch Währungsmaßnahmen abgeschöpft wurden, braucht auch in der Praxis nicht durchgeführt zu werden. Eine

vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Steuerpflichtigen und den Fiskalbehörden wird ohne Zweifel nicht zu einer Verminderung, sondern zu einer Vermehrung der steuerlichen Einnahmen führen.

Im übrigen noch ein Wort zum Personalaufwand, dessen Besprechung nicht abgeschlossen werden kann, ohne von dieser Stelle aus der österreichischen Beamenschaft für ihre vorbildliche Dienstleistung den Dank der Öffentlichkeit auszusprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wie verlangen von unseren Beamten, daß sie stolz auf ihre Arbeit sind und daß sie ihrem Brotherrn, dem Staate, mit Liebe dienen. Wir verlangen von ihnen, daß sie Helfer der Bevölkerung in mancher schwierigen Situation sind, wir verlangen, daß sie Vermittler zwischen Volk und Behörde sind. Das alles verlangen wir von unseren Beamten bei ihrer, bei Gott, bescheidenen Entlohnung. Es erfüllt uns daher mit großem Bedauern, daß der Herr Finanzminister in dieses Budget das vorgesehene Nachziehverfahren und die Pensionsangleichung nicht einbauen konnte. Wir behalten uns aber vor, bei der Behandlung des Budgets im Finanzausschuß nach allen Möglichkeiten zu suchen, die eine Erfüllung der berechtigten Ansprüche der öffentlich Bediensteten ermöglichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit besonderer Genugtuung haben wir die Feststellung des Herrn Finanzministers vernommen, daß die wichtigste Aufgabe unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik ist, die Vollbeschäftigung herzustellen und aufrecht zu erhalten. Wir glauben, daß darin der Schlüssel für alle wirtschaftlichen Probleme liegt. Wenn alle, die willens sind zu arbeiten, auch eine ihnen möglichst angemessene Arbeit finden können, dann werden wir eine Entlastung auf dem Gebiete des Sozialbudgets erfahren, höhere Steuereinnahmen haben, damit werden bessere Investitionsmöglichkeiten gegeben sein, und wir werden alle Vorteile einer prosperierenden Wirtschaft genießen können. Freilich erscheint uns hiezu als notwendige Voraussetzung auch eine entsprechende Kapitalbeschaffung. Der Marshall-Plan wurde schon erwähnt, der dem Investitionssektor reiche Mittel gegeben hat. Darüber hinaus müssen wir auch alle im Inland verfügbaren Kräfte mobilisieren, um inländisches Kapital zur Verfügung zu haben.

Vor allem handelt es sich ja, um praktisch zu reden, um die Kredite für arbeitsintensive Vorhaben. Zu den großen aus staatlichen Mitteln unterhaltenen Unternehmungen, wie dem Ausbau unserer Kraftwerke und der Elektrifizierung unserer Bundesbahnen, muß nun aber wirklich, Hohes Haus, ein großzügiges Wohnbauprogramm kommen. Es ist

1248 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

außerordentlich bedauerlich, daß es in der abgelaufenen Session nicht möglich war, die hierzu nötigen legislatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Wir sind aber verpflichtet, neuerlich so rasch als möglich an die neuerliche Bearbeitung dieser Materie heranzutreten. Hier ist es die feste Absicht der Österreichischen Volkspartei, kein Stückwerk zu machen, sondern einen allumfassenden, auf Jahre hinaus wohlgeordneten Plan zu entwerfen, mit dem Ziele, mit möglichst geringen Mitteln möglichst viel Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei lehnt daher auch jede Detailregelung auf dem Sektor der Wohnungswirtschaft und des Wohnungsbaues ab. Auch die Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsanforderungsgesetzes hat nur dann einen Sinn, wenn vorher oder spätestens gleichzeitig damit das allgemeine Programm seine gesetzliche Grundlage erhält. Die Volkspartei wird daher der Verlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes nur dann zustimmen, wenn auch die übrigen gesetzlichen Grundlagen, betreffend die Erhaltung des Althausbesitzes und den Ausbau des erwähnten Wohnungseigentumsrechtes gegeben sind. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe. — Abg. Probst: Also höhere Mietzinse! — Abg. Marchner: Erpressen Sie uns nicht! Für uns gibt's da keine Erpressung! — Abg. Geisslinger: Das ist keine Erpressung! Das ist Gerechtigkeit für alle! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)*

Wir sind überhaupt der Meinung, daß es gar nicht genug gute Vorschläge auf diesem Gebiet geben kann. Unsererseits hat sich zum Beispiel kein Mensch dagegen ausgesprochen, daß der Wohnungs- und Siedlungsfonds nicht besser dotiert werden sollte, wenn hiezu die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind, aber wir sind gegen Detailregelungen, weil man mit Detailregelungen nicht das beste Resultat, nämlich Wohnraum zu schaffen, erzielen kann *(Beifall bei der ÖVP)*, wir wir uns überhaupt dazu bekennen müssen, mit den aus der Not der Zeit geborenen Improvisationen Schluß zu machen und zu einem wohl begründeten System zu kommen. Wenn die Nöte der unmittelbaren Vergangenheit so groß waren, daß es uns die Sorgen des Alltags nicht gestatteten *(Zwischenrufe bei den Sozialisten)*, ein großzügiges Programm zu entwickeln.... *(Abg. Probst: Total zerstörte Wohnungen aufbauen!)* Herr Abg. Probst, ich habe absichtlich, um hier keine unnötige Verschärfung der Diskussion herbeizuführen, mit keinem Wort erwähnt, warum es in der abgelaufenen Session zu keiner Beschlußfassung über einen allumfassenden Plan gekommen ist, aber, wenn Sie dauernd meinen, das müsse näher

ausgeführt werden, dann werden wir hier eben feststellen, daß es zu diesem allumfassenden Plan einfach deshalb nicht gekommen ist, weil Sie und Ihre Partei nicht bereit waren, das Wohnungseigentumsrecht zu akzeptieren. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.)*

Aber bleiben wir hier, wie bei allen Dingen, meine Damen und Herren, bei der Sachlichkeit! Es gilt auch hier, wie in allen Wirtschaftsfragen, ein großzügiges Programm zu entwickeln, denn nun ist ja eine gewisse Stabilität der österreichischen Wirtschaft gegeben, und es ist unsere Pflicht, die Vorsorge auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur immer für den Tag, sondern weitschauend für lange Zeiträume hinaus zu treffen.

Als einen Auftakt zu diesem Programm mag die angekündigte allgemeine Bilanzenbereinigung in der österreichischen Wirtschaft dienen. Das erwartete Gesetz über die Schilling-Eröffnungsbilanz muß die nötigen Voraussetzungen auf dem Gebiete des Buchwesens schaffen. Wir werden dabei alles zu berücksichtigen haben, was sich als Folge dieser Korrektur der Bilanzen ergibt, selbstverständlich vor allem auch die steuerliche Seite. Aber daß diese Korrekturen nötig sind, das bedarf wohl keines weiteren Beweises, denn gegenwärtig sind die Bilanzen der privaten und der verstaatlichten Unternehmungen unrichtig, und mit gefälschten Bilanzen kann man keine vernünftige und zielstrebige Wirtschaftspolitik betreiben. Diese Bereinigung der Bilanzen wird uns auch einen guten Überblick über die tatsächliche wirtschaftliche Kraft geben, die den Unternehmungen heute beizumessen ist. Sie wird insbesondere auch das wirtschaftliche Stärkeverhältnis der verstaatlichten Unternehmungen gegenüber der privaten Wirtschaft aufzeigen und uns so Möglichkeiten geben, bei entsprechend richtiger Auslastung zwischen verstaatlichter und privater Wirtschaft zu den günstigsten Ergebnissen zu kommen.

In diesem Zusammenhange wieder eine grundsätzliche Feststellung: Wir Volksparteiler sind mit der gebotenen Vorsicht und mit aller Skepsis an das Problem der Verstaatlichung herangegangen. Wir haben davor gewarnt, von der Verstaatlichung allzu viel zu erwarten; insbesondere haben wir die Arbeitnehmer in den verstaatlichten Betrieben vor Enttäuschungen bewahren wollen, indem wir ihnen schon damals sagten, sie dürften nicht erwarten, in den verstaatlichten Unternehmungen besser gestellt zu sein als in privaten. Die Erfahrungen, die wir alle seit dieser Zeit gemacht haben, bestärken uns in diesen Feststellungen. Ja, wir täuschen uns

sicher nicht, wenn wir jetzt schon feststellen, daß das Verlangen nach Verstaatlichung gerade auf der Arbeitnehmerseite durch die Erfahrungen wesentlich abgeschwächt, wenn nicht ganz verschwunden ist. (*Zwischenrufe. — Abg. Frühwirth: Da sind Sie falsch informiert!*) Erst die Zukunft, Hohes Haus, wird lehren, ob und welche unmittelbaren Vorteile die Verstaatlichung dem Staat erbracht hat.

Wir haben dem Verlangen nach Verstaatlichung die Forderung nach der Vergenossenschaftung gegenübergestellt. Hier wäre dasselbe zu sagen, was im Zusammenhang mit dem Wohnungseigentum gesagt wurde. Auch Arbeits- und Werksgenossenschaften sind Formen der Besitz- und Eigentumserwerbung durch den Arbeitnehmer.

Einer kurzen Besprechung bedürfen wohl auch noch die Zahlen unserer Steuereinnahmen. Als interessanteste Post auf der Einnahmenseite für das Jahr 1951 muß das starke Ansteigen der Lohnsteuer bezeichnet werden. Während im Voranschlag für 1950 einer Einkommensteuer von 1,3 Milliarden Schilling nur 700 Millionen Schilling an Lohnsteuer gegenüberstanden, ist das Verhältnis der Lohnsteuer zur Einkommensteuer heute 1,3 Milliarden zu 1,4 Milliarden Schilling. Das zeigt also deutlich, daß die Steuerkraft, damit aber auch die Steuerlast auf der Arbeitnehmerseite ganz bedeutend angestiegen ist.

Selbst wenn wir, was wahrscheinlich richtig ist, den veranschlagten Ansatz der Lohnsteuer für 1950 als eine Fehlschätzung ansehen und die tatsächlichen Ergebnisse für 1950 auf dem Sektor der Lohnsteuer höhere sein werden, als wir sie veranschlagt haben, ist dieses Ansteigen der Lohnsteuer doch auf drei organische Ursachen zurückzuführen. Zunächst ist es die erwähnte Zunahme der unselbständigen Berufe gegenüber den selbständigen, dann finden die Lohn- und Preisabkommen ihren steuerlichen Ausdruck bei dem Ertragnis der Lohnsteuer, und schließlich ist festzuhalten, daß bei den Lohnsteuerzahlern eben keine Steuerausfälle eintreten, mit denen man bei der Einkommensteuer immerhin zu rechnen hat.

Dieses starke Anwachsen der Lohnsteuer veranlaßt uns aber auch, den Herrn Finanzminister darauf aufmerksam zu machen, sein Augenmerk auf die Progression der Einkommen- und der Lohnsteuer, vor allem in den unteren Stufen, zu lenken. Wir wissen schon, daß bei diesem Budget nichts Nennenswertes zu machen sein wird, weil schließlich das Budget auf die derzeit vorgesehenen Einnahmen angewiesen ist, aber vielleicht bieten sich hier im Zusammenhang mit der schon erwähnten notwendig gewordenen Steuerreform wirklich Möglichkeiten.

Interessant ist es auch, festzustellen, daß die Körperschaftsteuer, die doch durchschnittlich 50 Prozent der ausgewiesenen Gesellschaftsgewinne erfaßt, mit einem Betrag von nur 450 Millionen Schilling veranschlagt wird. Das bietet zu der erfreulichen Feststellung Anlaß, daß die anonyme Wirtschaftsform, wie sie vor allem durch die Kapitalgesellschaften gegeben ist, jetzt auf ein erträgliches Maß eingeschränkt ist, wobei als eine der Ursachen hierfür zweifellos die im Gesetz vorgesehene Doppelbesteuerung der Kapitalgesellschaften anzusehen ist.

Bedeutend gestiegen ist im Voranschlag auch das Ertragnis der Umsatzsteuer, und zwar von 1160 Millionen im Jahre 1950 auf 1560 Millionen im Jahre 1951. Da nun insbesondere im Einzelhandel kaum mit einer wesentlichen Steigerung der Umsätze des Jahres 1951 gegenüber 1950 gerechnet werden kann, deutet diese Steigerung der Umsatzsteuer auf die Ausweitung des Preisniveaus hin, ein Problem, dem wir seit langem mit schweren Sorgen gegenüberstehen und das uns insbesondere mit Rücksicht auf die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet noch manche harte Nuß zu knacken geben wird.

Fassen wir alle öffentlichen Abgaben zusammen, so ergibt sich als Summe des betreffenden Kapitels im Budgetgesetzentwurf der enorme Betrag von 9.214.460.000 S. Das macht pro Kopf der Bevölkerung eine Belastung von 1355 S aus. Würde man diese Belastung bloß auf die Köpfe der Steuerzahler verteilen, so wäre diese Verhältniszahl noch wesentlich größer.

Wir können diese allgemeine Besprechung des Budgets nicht abschließen, ohne noch auf ein Kapitel zu sprechen zu kommen, dessen bescheidene Dotierung uns besonders schmerzlich berührt. Es ist das Kapitel Unterricht und Kunst, dessen äußerst bescheidene Ansätze im einzelnen uns erst recht die Schwierigkeiten unseres Staatshaushaltes vor Augen führen. Von der Dotierung der Hochschullehrer angefangen über die Denkmalpflege bis zur tatsächlichen Förderung unserer notleidenden Künstlerschaft müssen alle vorgesehenen Ausgaben als wahrhaft bescheiden angesprochen werden, und dies erfüllt uns um so mehr mit Bedauern, als gerade Unterricht und Kunst die letzten Überreste einer einst großen Tradition Österreichs sind, die uns erhalten geblieben ist. Es erübrigt sich, hier über die Bedeutung der österreichischen Musik, Dichtkunst, Malerei und Baukunst zu sprechen, es sei denn die Feststellung, daß wir erkennen müssen, daß hier das letzte Reservoir österreichischer Weltgeltung ist, aber nur so lange weiterbestehen kann, als wir in der Lage sind, unseren schaffenden Künstlern auch das

1250 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

tägliche Brot zu sichern. (*Beifall bei der Volkspartei.* — *Abg. Ernst Fischer: Das sind doch leere Worte!*) Daß dies unbedingt notwendig ist, bedarf wohl keiner weiteren Begründung, denn von der Lebensmöglichkeit unserer Kulturträger hängt es ab, ob Österreich auch weiterhin als ein Kulturstaat ersten Ranges angesprochen werden kann (*Zustimmung bei der Volkspartei*), und, Hohes Haus, was wäre Österreich in der Welt, wenn nicht ein Staat, dessen Kunst und Wissenschaft überall anerkannt und gewürdigt werden!

Dazu gehört wohl auch, daß mit dem immer mehr umsichgreifenden System der Unterbewertung der geistigen Arbeit endlich Schluß gemacht werden muß. Selbstverständlich muß jedem, auch dem letzten Handlanger, sein tägliches Brot — um es finanztechnisch zu sagen, sein Existenzminimum — gewahrt sein, aber darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß ein Volk, das seine geistigen Arbeiter nicht anständig zu bewerten in der Lage oder gewillt ist, geistig unbedingt verproletarisieren würde. (*Abg. Ernst Fischer: Das Volk wertet sie ja, nur die Regierung nicht!*) Sie verstehen von Kultur so wenig wie von allen anderen Problemen. Melden Sie sich nicht, wenn Sie nicht gerufen sind!

Die Not, die heute in den Haushalten der sogenannten Intelligenzberufler zu finden ist, übersteigt häufig die Bescheidenheit der Lebenshaltung anderer Berufstätiger. Wenn wir aber ein Kulturstaat bleiben wollen, dann müssen wir die Träger dieser Kultur, die geistigen Arbeiter, so entlohnen, wie es ihrer Leistung für das Volk und für den Staat entspricht. (*Abg. Ernst Fischer: Wer hindert Euch daran?*) Zum Beispiel die dauernden kommunistischen Aggressionen in der ganzen Welt, die die Preissteigerungen auf dem internationalen Markt herbeigeführt haben, wenn Sie, Herr Fischer, das nicht gewußt haben sollten! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Ernst Fischer: Das Land, das am wenigsten tut für die Kulturträger!*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat jetzt der Herr Abg. Dr. Bock.

Abg. Dr. Bock (*fortsetzend*): Der allgemeine Überblick über das Budget bedarf noch einer Feststellung: Ich habe eingangs von verschiedenen Stimmen in der Öffentlichkeit gesprochen, die über das vorliegende Budget bisher zu vernehmen waren. Dieser Hinweis muß durch die Feststellung ergänzt werden, daß an dem Budgetgesetzentwurf von vielen Seiten her eine sehr harte Kritik geübt wird, die sehr oft auch mit schweren Anschuldigungen gegen die Abgeordneten der Mehrheitsparteien verbunden ist. Von keinem einzigen der Kritiker ist

aber bisher an Stelle des Kritisierten etwas Besseres gesetzt worden (*Zustimmung bei der ÖVP*), und hier glaube ich, im Namen der Abgeordneten beider Regierungsparteien zu sprechen, wenn ich feststelle, daß wir Kritik nur um der Kritik willen ablehnen. Worauf es ankommt, ist, bessere Vorschläge zu machen. Damit leistet man der Demokratie keinen guten Dienst, daß man in der trauten Gemeinschaft unserer Oppositionskoalition VdU-KPÖ nur kritisiert, ohne selbst bessere Vorschläge machen zu können. (*Zustimmung.*)

Wir werden uns nun mit der vom Herrn Finanzminister gewünschten und für uns selbstverständlichen Objektivität und mit allem Fleiße der Beratung des Budgetgesetzentwurfes widmen. Wir glauben, daß wir durch Sachlichkeit und Ernst auch die Verantwortung rechtfertigen, die uns das Volk durch die Wahl auferlegt hat. (*Langandauernder starker Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Scharf: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Migsch hat heute kritisiert, daß von Seiten des Linksblockes bisher immer dieselbe ablehnende Haltung gegenüber den Budgets eingenommen wird. Auch ich werde mich gegen das Budget aussprechen, aber ich bin der Meinung, daß der Vorwurf des Herrn Abg. Migsch eher als ein Lob zu betrachten ist; denn solange das Budget dieselbe Politik der Regierungsparteien widerspiegelt, die sie bisher betrieben haben, solange ist die Ablehnung dieses Budgets gerechtfertigt. Solange dieses Budget ein Spiegelbild der arbeiterfeindlichen Politik und der Unfähigkeit dieser Regierung, die Verhältnisse unseres Landes zum Bessern zu wenden, ist, solange ist es ein Lob, wenn man darauf hinweist, daß der Linksblock konsequent gegen eine solche Politik ankämpft. Diese Politik der Regierung, die wir kritisieren, bezieht sich sowohl auf das Gebiet der Innen- wie auch auf das der Außenpolitik.

Der Abg. Bock hat eben erklärt, daß es der russische Außenminister Wyschinski gewesen sei, der den Staatsvertrag für Österreich für zwecklos erachte, und daß es die Sowjetunion sei, die bisher verhindert habe, daß dieser Staatsvertrag zustande gekommen sei. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß die österreichische Regierung bisher immer in genau derselben Weise provokatorisch gegen die Sowjetunion Stellung genommen hat und daß sie selbst nicht das Geringste dazu beigetragen hat, das Abkommen über einen Staatsvertrag zu erleichtern. (*Abg. Cerny: Schämen Sie sich! — Abg. Dengler: Ihr Agenten des Auslandes!*) Ich werde Ihnen gleich zeigen, wer sich hier zu schämen hat! (*Weitere Zwischenrufe.*) Die österreichische

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1251

Regierung hat, statt alle Schwierigkeiten, die dem Abschluß des Staatsvertrages im Wege stehen, aus dem Wege zu räumen, immer neue Schwierigkeiten aufgehäuft. (Abg. Cerny: *Hinaus mit Ihnen! Nach Moskau mit Ihnen!*)

Während die Regierung, sowohl seitens der ÖVP als auch von Seiten der SPÖ, bisher versucht hat, diese ihre staatsvertragsfeindliche Politik zu tarnen, ist sie in der letzten Zeit immer offener mit ihrer wahren Sprache herausgekommen. Während man ursprünglich noch wiederholt zumindest so getan hat, als ob man bestrebt sei, in Österreich eine Neutralitätspolitik zu verfolgen, ist seit langem die ÖVP wie auch die SPÖ vom Gedanken der Neutralität abgerückt und hat nichts mehr unternommen, um einen wirklichen Abzug der Besatzungskräfte aus Österreich zu erwirken. (Abg. Horn: *Dann würden Sie ja weinen, wenn sie fort sind!*) Wir werden gleich sehen, wer weint. (Abg. Weikhart: *Aftermieter müssen ja so reden!*)

Der Außenminister Dr. Gruber hat in Amerika eine Reihe von Reden gehalten, die in der ÖVP-Presse auch zum Teil wiedergegeben wurden. Die „Neue Wiener Tageszeitung“ vom 22. Oktober schreibt über eine solche Rede (liest): „Dr. Karl Gruber verlangte nachdrücklich die Verstärkung der amerikanischen Militärmacht in Europa. Eine solche Verstärkung würde Österreich und andere Nationen, die gegenwärtig der Expansion einer totalitären Ideologie ausgesetzt sind, schützen.“ So sieht die Situation wirklich aus! Und hier erweist es sich, wer sich in Wahrheit zu schämen hat: diejenigen, die für eine Verstärkung der Besatzungsmacht eintreten. Dr. Gruber, der — und das ist das Bezeichnende — im Westen soviel von Freiheit und Demokratie spricht, er ist es, der zur Bekämpfung einer Ideologie, die er totalitär nennt, eine Verstärkung der amerikanischen Militärmacht in Europa verlangt. Das sind die letzten Auskunftsmittel einer absterbenden kapitalistischen Welt.

Aber genau so wie der österreichische Außenminister spricht auch die Führung der Sozialistischen Partei. Auch sie kann dem österreichischen Volk kein außenpolitisches Konzept mehr bieten, sondern höchstens noch einen militärisch-strategischen Plan. (Zwischenrufe.) Es war kein Geringerer als Dr. Schärf, der in der letzten Nummer der „Zukunft“ sich darüber ausgesprochen hat. Er spricht davon, daß man ursprünglich glaubte, am Atlantischen Ozean könne eine Verteidigungslinie gegen Rußland aufgezogen werden. Nun aber sei man dazu übergegangen, den Widerstand an der Elbe zu leisten. Und nun kommen die eines Führers der Sozialisten

unwürdigen strategischen Überlegungen (Abg. Horn: *Sie haben es notwendig, von unwürdig zu reden! — Rufe und Gegenrufe zwischen Sozialisten und Kommunisten*) (liest): „Damit gewinnt Österreich an Bedeutung, denn seine vollständige Besetzung durch die Russen würde die Südflanke Deutschlands und die Nordflanke Italiens preisgeben. Österreich ist und kann nicht Teilnehmer am Atlantikpakt sein, der die westeuropäischen Staaten zu einer militärischen Einheit zusammenfassen soll.“ Dr. Schärf bedauert das natürlich. (Abg. Weikhart: *Das ist ihm auch nicht recht!* — Abg. Horn: *Ihr lebt von den Besatzungstruppen!* — Abg. Ernst Fischer: *Ihr fordert Verstärkung der Truppen!* — Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Sozialisten und Kommunisten.) Und dann heißt es zum Schluß: „Aber Österreich weiß, daß sein Schicksal den Großmächten der Welt nicht gleichgültig ist, und damit steigt das Selbstgefühl der Österreicher.“ (Erneute anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Horn: *Ihr müßt Euch doch schämen!* — Abg. Koplenig: *Eure englischen Freunde nehmen den größten Teil der Besatzungskosten!*) Herr Abg. Horn, es wundert mich, daß Ihnen die Schamröte nicht ins Gesicht steigt, wenn Sie sehen, mit welchen strategischen Kriegsplänen der Vorsitzende Ihrer Partei sich befaßt. (Abg. Weikhart: *Er hat gar keine Schamröte, einem Renegaten steigt die Schamröte nicht ins Gesicht! Er und Fischer sind Renegaten!*) Ich möchte erklären ... (Anhaltende erregte Rufe und Gegenrufe zwischen Abg. Horn und Abg. Weikhart einerseits und Abg. Ernst Fischer und Abg. Koplenig anderseits. — Abg. Weikhart: *Wo war Fischer von 1934 bis 1945? Er ist feige davongerannt!* — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)

Die rechtssozialistischen Abgeordneten werden sich daran gewöhnen müssen, die Wahrheit zu hören. (Anhaltende Zwischenrufe.) Ich möchte hier im Namen der Sozialistischen Arbeiterpartei erklären (Heiterkeit und Zwischenrufe bei den Sozialisten) — und ich glaube, es im Namen der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes sagen zu können —, daß die österreichische Bevölkerung gegen derartig abenteuerliche Spekulationen ist. (Ruf bei den Sozialisten: *Eine Partei zu gründen!* — Abg. Weikhart: *Von wo haben Sie das Geld zu der Parteigründung her?*)

Wir verlangen nach wie vor, daß die österreichische Regierung eine Politik der Neutralität, eine Friedenspolitik betreibt und daß sie nach wie vor ihre ganze Politik darauf ausrichten muß (Zwischenrufe), daß für Österreich endlich der Abschluß des Staatsver-

1252 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

trages möglich wird. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Welche ausländische Macht bezahlt Sie und Ihre neue Partei?)* Lieber Abg. Weikhart! Es wäre gut, wenn Sie Ihre eigenen Abgeordneten fragen würden, die am laufenden Band nach Amerika fahren. *(Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. Weikhart: Diese Dummheit! — Abg. Ernst Fischer: Wer bezahlt die Reisen? — Abg. Weikhart: Wir!)*

Meine Damen und Herren! Ich bin allerdings der Meinung, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr imstande ist, eine solche Politik durchzuführen, weil sie diese Politik nicht durchführen will und weil sie diese Politik als Marionettenregierung der USA auch nicht mehr durchführen kann. Die österreichische Regierung hat sich durch den Abschluß des Marshall-Planes bereits die Hände gebunden. *(Zwischenrufe.)* Und wenn man von dieser Stelle aus soviel Propaganda für den Marshall-Plan gemacht hat, dann möchte ich — *(Abg. Dengler: Sie haben ja dafür gestimmt!)* Das wissen Sie, Herr Abg. Dengler? Das wundert mich sehr, wenn Sie so von der SPÖ informiert werden. Ich kann mich nur darauf berufen, daß ich, solange ich der Disziplin der SPÖ-Fraktion unterstellt war, innerhalb der SPÖ-Fraktion immer wieder gegen den Marshall-Plan Stellung genommen habe. *(Abg. Weikhart: Geschwiegen habe! — Abg. Dengler: Hier sind Sie aufgestanden und haben dafür gestimmt!)* Das läßt sich sogar öffentlich nachweisen, wenn Sie meine Schriften und Artikel, die ich in jener Zeit geschrieben habe, studieren. *(Rufe bei der SPÖ: Nachher! Als Sie schon hinausgeflogen sind! — Abg. Weikhart: Da haben dann andere mitgeholfen!)* Mit solchen Lügen und Verleumdungen hintennach werden Sie nichts erreichen. *(Neuerliche Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)*

Wenn der Herr Abg. Bock hier erklärt hat, daß wir alle vom Marshall-Plan gelebt haben *(Abg. Dengler: Auch Sie!)*, dann möchte ich erklären: Die arbeitenden Menschen unseres Landes haben von ihrer Arbeit gelebt. Es mag sein, daß ÖVP-Abgeordnete vom Marshall-Plan leben, daß Kapitalisten vom Marshall-Plan leben, die Arbeiter müssen sich ihren Lebensunterhalt durch ihrer eigenen Hände Arbeit erwerben. *(Abg. Weikhart: Haben Sie schon was gearbeitet?)* Mehr als Sie, Herr Abg. Weikhart! *(Abg. Horn: Sie haben Ihr Lebtage noch nicht gearbeitet!)* Der Marshall-Plan hat in Österreich lediglich dazu geführt, daß wir nicht mehr Herr über unsere eigene Wirtschaft sind, daß wir uns dreinreden lassen müssen von sogenannten ECA-Missionen, die sich nicht nur in unsere Budgetfragen einmischen, sondern die auch Währungsabwertungen und Preispakete veranlassen *(Abg. Koplenig: Und die*

Korruption verstärken!), was dahin führt, daß in Österreich die Lebenshaltung der breiten Massen der Werktätigen immer wieder herabgesetzt wird.

Es war keine andere Zeitung als gerade wieder diese „Zukunft“ der SPÖ, in der darauf hingewiesen wird, daß der 4. Lohn- und Preis-pakt notwendig geworden ist, weil die Marshall-Plan-Kommission den völligen Abbau der Subventionen bis Ende September verlangt hat. Im Auftrag dieser amerikanischen Kommission wird in Österreich Politik gemacht und in ihrem Auftrag wird der Terror gegen die um ihren wirtschaftlichen Aufstieg kämpfenden Arbeiter geführt. In ihrem Auftrag sind die Prügelnationen ausgerüstet worden und in ihrem Auftrag erfolgten die Maßregelungen von klassenbewußten und aufrechten ÖGB-Funktionären. *(Abg. Dengler: Ihr habt Österreich in Grund und Boden verkauft! — Abg. Honner: Das habt schon Ihr besorgt! — Abg. Koplenig: Ihr habt Österreich an Mussolini, dann an Hitler, jetzt an Amerika verkauft. — Abg. Dr. Pittermann: Ihr habt den Stalin vergessen! — Abg. Koplenig: Ihr wart immer Landesverräter und seid es heute noch!)*

In Italien hat der Chef der Marshall-Kommission ganz offen erklärt und den Industriellen empfohlen, daß sie die kommunistischen Elemente aus ihren Betrieben entfernen sollen. In Österreich hat die rechtssozialistische Führung in anderer Weise das Lob für ihre Streikbrecherdienste einkassiert. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt *(liest)*: Der frühere amerikanische Hochkommissär in Österreich, General Keyes, sagte bei seiner Ankunft in Washington: „Die österreichischen Sozialisten haben der Welt gezeigt, wie man den kommunistischen Drohungen mit Erfolg widerstehen kann.“ Dieses Lob aus Amerika spricht deutlicher dafür, wohin die SP-Führung gekommen ist, als alles andere. Die Marshall-Hilfe hat dem Aufbau des Kapitalismus in Österreich gedient, eines Kapitalismus, der durch seine Profitwirtschaft die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabgedrückt hat und ihre ständige Existenzunsicherheit verursacht.

Wenn man sich die Preissteigerungen, die im Zusammenhang mit dem 4. Lohn- und Preisabkommen entstanden sind, ansieht, bekommt man einen eindrucksvollen Einblick in diese kapitalistischen Verhältnisse. *(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Selbst die statistischen Nachrichten müssen darauf hinweisen, daß außer den im Pakt angeführten Lebensmitteln weitere Verteuerungen erfolgt sind, daß die Bohnen im Preis von S 1.50 auf S 2.40 gestiegen sind, daß sich der Preis der Erbsen von S 1.10 auf S 2.— erhöht hat *(An-*

dauernde Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen), daß Stoffe, Wäsche und Kohle verteuert wurden. Darüber hinaus sind die Preise von Weißbrot von S 2-45 auf S 3-80 gestiegen, von Rollgerste von S 2-50 auf S 3-70, von Grieß von S 2-50 auf S 3-30, von Makkaroni von S 3-80 auf S 6—. So könnte man in der Aufzählung der Preissteigerungen fortfahren. Da wagt es der Abg. Bock hier zu erklären, daß die Politik der ÖVP darauf hinausgehe, dem einzelnen zu Eigentum zu verhelfen. Ja, sie verhilft zu Eigentum, zu Besitz und Kapital, aber nur ein paar wenigen Kapitalisten in Österreich, während die große Masse des werktätigen Volkes um ihren letzten Arbeitsgrotschen betrogen wird. *(Abg. Altenburger: Sie haben sich viel früher um das Eigentum gekümmert, aber um das Eigentum der anderen!)*

Der 4. Lohn- und Preispaht enthält auch keine weiteren Bestimmungen über einen Preisstopp. Das heißt, daß natürlich auch in Hinkunft die Preisentwicklung in der bisherigen Form fortschreiten wird, daß weitere Teuerungen auftreten werden. Diese Profitwirtschaft in Österreich muß unweigerlich zu einer weiteren Verelendung der werktätigen Schichten führen, muß zu einer Senkung der Kaufkraft und in der Folge zu einer Absatzkrise und zu Arbeitslosigkeit führen. Der Herr Abg. Migsch hat ganz recht, wenn er erklärt, so geht es nicht weiter. Aber es bleibt eben nur bei den Worten. Denn die Herren Migsch, Böhm und Konsorten *(anhaltende Zwischenrufe)* haben schon verschiedentlich erklärt, daß es so nicht weitergehe. Dennoch sind immer wieder sie es gewesen, die diesen Preisexzessen letztlich doch ihre Zustimmung gegeben haben.

So hat zum Beispiel der Herr Abg. Böhm zum Budget 1950 erklärt *(liest)*: „Die Profite sind in vielen Fällen groß, das will ich gar nicht bestreiten. Die Profite der einzelnen Unternehmungen, insbesondere der Handelsunternehmungen, sind auch mir viel zu groß.“ Und an einer anderen Stelle sagt er *(liest)*: „Wir müssen dafür sorgen, daß überall dort, wo die Möglichkeit zu einer Preissenkung gegeben ist, diese auch ausgenützt wird.“ *(Abg. Dr. Migsch: Sehr richtig!)*

Der Herr Abg. Dr. Migsch hat in seinem Referat zum Zollüberleitungsgesetz erklärt *(liest)*: „Daher muß man doch einen legistisch-technischen Ausweg finden *(anhaltende Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen)*, der die Regierung in die Lage versetzt, Verteuerungen der Lebenshaltung und der Produktion zu vermeiden.“ *(Abg. Dr. Migsch: Sind Sie dagegen? Das ist doch richtig!)*

Der Abg. Hillegeist hingegen hat erklärt *(liest)*: „Wenn es uns nicht gelingt, die Preise zu stabilisieren, die überhöhten Preise zu senken, dann sind Lohnforderungen das natürliche und einzig mögliche Ausfluchtmittel für die Vertreter der unselbständig Erwerbstätigen.“ *(Abg. Dr. Migsch: Hat er nicht recht?)* Ja, er hat recht, und tausendmal habt Ihr recht, aber Ihr selbst seid es, die Ihr nicht zu Euren Worten steht, die Ihr versucht, die arbeitende Bevölkerung nur mit Versprechungen abzuspeisen, um dann, wenn sich die Arbeiterschaft gegen die wachsende Ausbeutung zur Wehr zu setzen versucht, mit Streikbruch und Verleumdung ihr in den Rücken zu fallen. *(Anhaltende lebhaft Zwischenrufe.)*

Was hat man nicht alles versprochen? Ein Kontenrahmengesetz, ein Handelsspannengesetz, ein Antikartellgesetz! Und was ist davon durchgeführt worden? *(Abg. Altenburger: Sie sind nicht eine Null, Sie sind eine Doppelnul! — Abg. Weikhart: Dem ist der Linksblick auf den Kopf gefallen! — Lebhaft Heiterkeit.)* Die österreichischen Arbeiter haben mit der kapitalistischen Wirtschaft schon langjährige Erfahrungen. Die Österreicher kennen den widerspruchsvollen Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft am eigenen Leib, und deshalb war auch 1945 der Wille dieser Arbeiterschaft so groß, dieses kapitalistische System zu beseitigen. *(Lebhaft Zwischenrufe.)*

Deshalb war der Kampf der Arbeiter für die Verstaatlichung so stark. Die verstaatlichten Betriebe in Österreich sollten ein Bollwerk gegen den Kapitalismus werden. Die rechtssozialistische Führung hat es aber verstanden, die Verstaatlichungen in einer Weise durchzuführen, daß sie nicht ein Bollwerk gegen den Kapitalismus, sondern eine Stütze dieses Systems wurden. Man denke nur daran, welche Terrormittel gerade in den letzten Streikperioden in diesen verstaatlichten Betrieben angewendet wurden, welcher Terror einsetzte, als die Arbeiterschaft in Österreich ihren Kampf gegen den Kapitalismus aufnahm. Die Entlassungen, die gegenwärtig in Ranshofen, in der VÖEST, in Köflach, in den staatlich verwalteten Betrieben von Steyr durchgeführt werden, sind ein deutlicher Hinweis darauf, daß die verstaatlichten Betriebe in diesem Staat nicht ein Bollwerk gegen den Kapitalismus, sondern eine Stütze dieses Systems sind, daß sie mißbraucht werden für den Kapitalismus. Die SP-Führung hat sich gegen die Arbeiterschaft und ihre Forderungen gestellt, sie ist der Arbeiterschaft in den Rücken gefallen, und deshalb mußte in Österreich eine neue Sozialistische Arbeiterpartei entstehen *(lebhaft Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP)*, als deren

1254 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Sprecher ich hier erkläre, daß ich immer wieder gegen eine Politik auftreten werde, wie sie im vorliegenden Budget zum Ausdruck kommt. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: Die Einmannpartei! — Abg. Weikhart: Ohne Kopf!)*

Abg. Sebinger: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Es hieße der Aftersynode dieses Hauses viel zu viel Bedeutung beimessen, wenn man sich mit den Ausführungen meines Vorredners beschäftigen wollte. Wenn ich aber trotzdem auf das eine oder andere eingehe, dann deshalb, weil wir wissen, daß hinter dieser Synode dieses Hauses eine Schutzgarde steht, und weil es notwendig ist, in Anbetracht dieser vorhandenen Schutzgarde doch zu Dingen Stellung zu nehmen, bei denen ja versucht wird, sie anders darzustellen, als sie wirklich sind.

Der Herr Abg. Scharf wirft der österreichischen Regierung eine provokatorische Politik gegenüber der Sowjetunion vor und leitet daraus den Schluß ab, daß deshalb der Staatsvertrag mit Österreich noch nicht zum Abschluß gekommen wäre. Vielleicht ist es zweckmäßig, wenn wir so ganz kurz die Entwicklung der Staatsvertragsverhandlungen in diesem Hause noch einmal Revue passieren lassen, und vielleicht kommt auch der Herr Abg. Scharf als neuer Parteiobmann — wobei ich sagen muß, seine Ausführungen als neuer Parteiobmann sind genau so wenig überzeugend gewesen wie seine früheren Ausführungen im Linksblock — dann doch zur Meinung, daß es nicht immer gut ist, schwarz-weiß zu malen.

Das erste Hindernis für den österreichischen Staatsvertrag war das deutsche Eigentum. Über dieses Kapitel konnte man sich nach monatelangen Verhandlungen einigen. Dann kamen wir zum Artikel 48 bis, die sogenannten Erbsenschulden. Und hier ist es nicht so, als wollte die österreichische Regierung aus Justamentpolitik oder aus irgendeinem anderen Grunde diese Beträge nicht anerkennen, sondern man hat dieser österreichischen Regierung von Moskau aus ja noch nicht gesagt, was man für diese Erbsenlieferungen verlangt, obwohl das österreichische Außenamt nicht nur eine, sondern mehrere Noten in dieser Hinsicht nach Moskau geschickt hat. *(Ruf bei der SPÖ: Außerdem sind die Erbsen nicht von Moskau gekommen!)*

Nun, es ist klar, daß man mit der Verhinderung des Artikels 48 bis auf die Dauer nicht operieren kann, und wir waren sehr sehr erstaunt, daß auf einmal der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages davon abhängig gemacht wird, daß die Frage Triest

geregelt werden müsse. Wer ein bißchen Gefühl für derartige Dinge hat, der konnte sich aus diesem Spiel schon etwas mehr denken, und zwar in der Hinsicht, daß noch andere Dinge aufgezaunt werden, um den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages weiterhin zu sabotieren.

Dann kam als vorletzte Äußerung, daß die Alliierten — also jetzt einmal zur Abwechslung nicht Österreich — die Entnazifizierung ihrer Zonen, also der westlichen Zonen, nicht in genügendem Ausmaß vorwärts getrieben hätten, um für eine demokratische Entwicklung dieses Landes eine Garantie zu haben.

Verehrte Damen und Herren! Wir alle wissen, was mit dem Kapitel Entnazifizierung in Österreich schon angerichtet wurde, und ich darf hier unumwunden meine Meinung sagen. Hätten alle vier Alliierten uns die Entnazifizierung und Entfaschisierung Österreichs allein überlassen, dann hätten wir andere Verhältnisse, dann wäre Gerechtigkeit im Lande geblieben, während so Ungerechtigkeit auf Ungerechtigkeit gesetzt werden mußte, wofür aber das österreichische Volk nichts kann, sondern die anderen die Verantwortung tragen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun als letztes erklärt der Herr sowjetische Außenminister in Lake Success, es habe keinen Zweck, einen Staatsvertrag zu unterzeichnen, weil man keine Gewähr dafür habe, daß die Bedingungen und Bestimmungen dieses Vertrages eingehalten würden. Ich stelle hier fest, daß Österreich mit peinlichster Genauigkeit den einzigen Vertrag, den dieses Land auf staatsrechtlicher Grundlage hat, und das ist das Kontrollabkommen, einhält. Mit einer ebenso peinlichen Genauigkeit ist dieses österreichische Volk bereit, auch den Staatsvertrag und seine Bestimmungen einzuhalten — aber frei wollen wir einmal sein! Dagegen steht aber die provokatorische Politik, die nicht die österreichische Regierung in diesem Lande macht, sondern es ist jene Gruppe von Menschen in diesem Hohen Hause, die immer und immer wieder aus puren Existenzsorgen darauf hinarbeiten, Mißverständnisse und Schwierigkeiten aufzutürmen, um der Freiheit dieses Volkes im Wege zu stehen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Da ist ein bißchen Verrat auch dabei!)*

Und nun zur Verstärkung der Besatzungskräfte. Verehrte Damen und Herren, die Stärke der Besatzungskräfte in den westlichen Zonen ist ja allen bekannt. Nicht bekannt hingegen ist die Stärke des sowjetischen Elements in Österreich, und wenn man von einer Verstärkung der Besatzungskräfte in

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1255

Ihrem Sinn, Herr Abg. Scharf, spricht, dann sorgen Sie dafür, daß das Gleichgewichtsverhältnis auch in der Weise hergestellt wird, daß das sowjetische Element nur so viel Truppen in Österreich hält wie die anderen Besatzungsmächte. *(Abg. Scharf: Wir haben noch nie die Verstärkung der Besatzung verlangt! — Abg. Ernst Fischer: Der Gruber hat das gefordert!)*

Das österreichische Volk — und jetzt gebe ich Ihnen recht — ist wahrhaftig gegen jede abenteuerliche Politik. Dieses österreichische Volk hat gerade Ihnen, meine Herren, in den vergangenen Wochen bewiesen, daß es jeder abenteuerlichen Politik abhold ist, und es hat mit den blanken Fäusten von Bauern und Arbeitern die Ordnung in diesem Lande aufrechterhalten. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* Und so wird es weiter bleiben, mögen Sie noch so oft von einer provokatorischen oder abenteuerlichen Politik in Österreich sprechen! Es ist ja gut — man will es nur nicht einsehen —, daß in diesem Land eben die Mehrheit zu regieren hat und die Verantwortung trägt und daß man über eine solche Minderheit, wie Sie es sind, längst zur Tagesordnung übergehen könnte, wenn nicht, wie ich schon eingangs sagte, hinter Ihnen Ihre Schutzgarde stünde.

Nun aber möchte ich zur eigentlichen Aufgabe, die uns heute gestellt ist, sprechen. Wenn ich zum Budget Stellung nehme im Sinne und vom Gesichtspunkte der Landwirtschaft, so wollen Sie mir das nicht verübeln, und zwar deshalb nicht, weil doch in diesem Hause und in der ganzen Öffentlichkeit in der letzten Zeit Dinge vor sich gegangen sind, die es uns zur Verpflichtung machen, zu all den Fragen Stellung zu nehmen.

Die erste Frage, verehrte Damen und Herren, lautet: Ist die österreichische Landwirtschaft in ihrer Produktionssteigerung mit der Produktionssteigerung der übrigen Wirtschaft mitgekommen oder nicht? Ich darf Ihnen — denn da kann man nur mit Zahlen argumentieren — hiezu einige Zahlen nennen, immer gemessen an unserem Produktionsstand des Jahres 1937.

Die Ertragsziffern betragen beim Weizen im Jahre 1937 400.345 t, im Jahre 1949 350.452 t, das sind 88 Prozent; beim Roggen betragen sie 476.484 t im Jahre 1937 und 365.386 t im Jahre 1949, das sind 77 Prozent. Bei der Gerste stehen wir auf 69 Prozent, beim Hafer auf 61, bei den Kartoffeln auf 56 und bei der Zuckerrübe auf 48 Prozent. Der Durchschnittsstand unserer Produktion — immer gemessen, ich sage es nochmals, an den Ziffern des Jahres 1937 — ist im pflanzlichen Sektor mit 67 Prozent beziffert.

Beim Viehstand ergeben sich folgende Ziffern: Im Jahre 1937 hatten wir 246.555 Pferde, im Jahre 1949 282.298 Pferde, also 115 Prozent. Aber ich sage gleich dazu, daß ich diese Steigerung als für die Gesamtentwicklung der Landwirtschaft nicht notwendig halte. Sie entstand aus den nachkriegsbedingten Verhältnissen. Wie war es denn in Wirklichkeit, besonders im Land Niederösterreich? Die Stallungen waren ausgeräumt, Zugtiere waren nicht vorhanden, Maschinen und Traktoren waren nicht zu haben. Geackert, gepflügt und gebaut mußte aber werden. Daraus erklärt sich dieser übermäßige Pferdestand im Jahre 1949, der ja auch an sich im Lande war. Wir müssen auch erkennen, daß ja der Stand an Zugpferden mit der fortschreitenden Mechanisierung von selbst eine Verringerung erfahren wird.

An Rindern hatten wir im Jahre 1937 2.578.804 und im Jahre 1949 2.202.829. Hier stehen wir auf 86 Prozent, wobei es erschreckend ist — und das möge die Öffentlichkeit auch wissen —, daß uns auf diesem Gebiet noch immer 57.600 Rinder fehlen, was aber aufgeholt werden muß, wenn die österreichische Landwirtschaft ihre Aufgaben erfüllen soll, die ihr durch den Marshall-Plan gestellt sind, und wenn wir nach dem Jahre 1952 nicht nur als Landwirtschaft in Österreich bestehen können sollen, sondern darüber hinaus auch ein wertvolles Mitglied der großen europäischen Landwirtschaftsplanung darstellen wollen.

Bei den Schweinen ergeben sich folgende Ziffern: Im Jahre 1937 waren es 2.868.148 und im Jahre 1949 1.926.938. Auch hier ist ein erklecklicher Abgang zu verzeichnen, der sich nur durch den Zuwachs des Jahres 1950 auf einen Abgang von 400.000 ermäßigt hat. Auch diese Sparte unserer Produktion ist von einer eminenten Wichtigkeit für die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung.

Verehrte Damen und Herren! Diese Produktionssteigerung in der Landwirtschaft seit 1945 wurde unter Bedingungen erreicht, unter denen ein anderer Berufsstand vielleicht verzagt hätte. Ich darf nur darauf hinweisen, daß die Landwirtschaft gegenüber dem Jahre 1937, in dem wir 260.000 krankenversicherte landwirtschaftliche Arbeiter hatten, heute nur 220.000 hat, also ein Abgang von 40.000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Sie werden mir wohl nicht erzählen wollen, daß sich ein solcher Abgang durch eine Technisierung und Mechanisierung voll ersetzen läßt. Ich möchte den verehrten Herrn Dr. Migsch einmal in meinen Wahlkreis führen. Ich führe Sie dann in das Gebiet von Unterweißenbach, ich führe Sie in das Gebiet von Klaffer,

1256 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

ich führe Sie in das Gebiet von Weitersfelden, von Kaltenbach, überall hin, wohin Sie wollen, und Sie werden zur Überzeugung kommen, daß für diese Gebiete nicht nur keine Maschinen vorhanden sind, die zur Produktionssteigerung und zur Arbeitserleichterung geeignet wären, sondern daß sie überhaupt nicht erzeugt werden könnten, weil die Bodenverhältnisse und das Terrain derart sind, daß mit Maschinenkraft dort überhaupt nicht gearbeitet werden kann und die menschliche Arbeitskraft das Um und Auf dessen ist, was die Landwirtschaft dort einzusetzen hat.

Dazu kommt aber noch eines, meine Damen und Herren! Ich stelle hier ganz offen fest: Die Landwirtschaft wird beim besten Willen nicht in der Lage sein, die Fett- und Fleischversorgung im vollen Umfange zu gewährleisten, wenn nicht die nötigen Futtermittel ins Land kommen. Auch dazu zur Illustration ein paar Ziffern: Wir haben im Jahre 1937 Futtergetreide im Ausmaß von 519.756 t eingeführt, im Jahre 1949 169.649, also nur 33 Prozent des Nötigsten, Ölkuchen und Futtermittel übriger Art 1937 52.197·57 t, im Jahre 1949 43.285 t. Hier ein Stand von 83 Prozent.

Meine Damen und Herren! Nach all dem Gesagten darf ich nun wohl die Feststellung treffen, daß die Durchschnittssteigerung der Gesamtproduktion in der österreichischen Landwirtschaft — immer wieder im Verhältnis zum Produktionsstand 1937 — mit 70·2 Prozent zu bezeichnen ist, und wenn wir schätzungsweise die Steigerung im Jahre 1950 mit 10 Prozent annehmen, was ja keineswegs als zu hoch gegriffen erscheinen mag, dann steht die Landwirtschaft in ihrer Produktion auf 80 Prozent des Standes, den sie im Jahre 1937 gehabt hat. Das ist eine Leistung der österreichischen Landwirtschaft, die fürwahr auch einer Anerkennung dieses Hohen Hauses würdig wäre. (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*) Das Institut für Wirtschaftsforschung hat vor einiger Zeit veröffentlicht, daß die österreichische Industrie ihre Produktion dem Stande von 1937 im wesentlichen angeglichen hat, aber mit einem um 50 Prozent vermehrten Arbeitsaufwand. Wenn wir diese Tatsache und die von mir vorhin geschilderten Verhältnisse in der Landwirtschaft einander gegenüberstellen, dann darf man wohl auch feststellen, daß die Landwirtschaft in ihrer Leistungssteigerung keinen Vergleich mit irgendeinem Berufszweig oder Stand zu scheuen hat.

Verehrte Damen und Herren! Wenn ich Sie jetzt bemüht habe und wenn ich dem Hohen Hause jetzt einige Ziffern über die Leistungen der Landwirtschaft vor Augen geführt habe,

dann darf ich Ihnen jetzt auch noch etwas über die Steuerleistung der Landwirtschaft sagen. Hier sind vielfach die Meinungen vertreten, die Landwirtschaft bezahle keine Steuern oder sie bezahle eben so wenig, daß es nicht dafür stünde, von einem Steueraufkommen in der Landwirtschaft zu sprechen. Ich greife hier beispielsweise nur das Land Niederösterreich heraus, das ein Grundsteueraufkommen von 46·5 Millionen Schilling aufweist. Dazu kommt, daß nicht nur in Niederösterreich, sondern in Gesamtösterreich die Gemeinden zur Erhaltung von Straßen, von Gebäuden, von Neubauten, von Schulen, von Gemeindehäusern der Landwirtschaft auf Grund des Einheitswertes auch noch Robottleistungen auferlegen, die manchmal größere Ausmaße annehmen, als es der Höchstsatz an Steuereinkommen vorschreibt. Man darf auch nicht vergessen, daß die Landwirtschaft aus eigener Kraft den Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Objekte bis zu einem hohen Ausmaß vollzogen hat und ihr kein Mensch in diesem Lande dazu auch nur das geringste gegeben hat. Wir danken dem Herrn Finanzminister wohl, daß er uns das bevorschußt hat, aber wir wissen auch, daß wir diesen Vorschub mit Heller und Pfennig — so wie wir den Finanzminister kennen — zurückerstatten müssen. Wir sind dazu bereit, aber man anerkenne auch diese Leistungen der österreichischen Landwirtschaft, ganz zu schweigen von der Weinsteuer, die der österreichischen Weinbauernschaft eine Summe von 70 Millionen abknöpft und die eine derartige Belastung darstellt, daß man ernsthaft um die weitere Entwicklung dieses Zweiges unserer Landwirtschaft große Sorgen haben muß.

Nun aber, verehrte Damen und Herren, kommen wir zu einer Diskrepanz, die ja vielleicht die Ursache dessen war, was der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit vorgeworfen wurde, der Preispolitik! Sie dürfen mir glauben: Die Landwirtschaft hat kein Interesse an Höchstpreisen! Die Landwirtschaft ist auch mit niedrigen Preisen dann zufrieden, wenn sie mit diesen Preisen in einer guten Relation zu jenen Produkten steht, für die die Landwirtschaft ein hervorragender Konsument in unserer Volkswirtschaft ist. Dieses Manko in der Relation zwischen den Agrarpreisen einerseits und den Industriepreisen und den Preisen der anderen Produkte, die wir brauchen, stellt sich ungefähr so dar: Die landwirtschaftlichen Preise betragen ungefähr das Vier- bis Fünffache von früher, bei jenen Produkten aber, die der Bauer für seinen Lebensunterhalt und zur Erhaltung und Fortentwicklung seiner Wirtschaft benötigt, müssen wir feststellen, daß die Preislage das Acht- bis Zehnfache ausmacht. Das ist nicht gut. Das sind die

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1257

Umstände, die uns immer wieder die größten Schwierigkeiten machen und die auch nicht geeignet sind, produktionsfördernd in der Landwirtschaft zu wirken.

Ich möchte Ihnen hier ein Beispiel geben, wie diese böse Landwirtschaft dem Konsumenten gegenüber denkt und handelt. Es ist noch nirgends in der Welt vorgekommen, daß ein verbessertes Produkt zu demselben Preis auf den Markt kommt, aber die Landwirtschaft hat die Milch sehr wohl qualitätsmäßig entscheidend verbessert und gibt sie dem Konsumenten zum selben Preis wie früher. Die österreichische Landwirtschaft dankt hier der österreichischen Konsumentenschaft vielleicht als Anerkennung dafür, daß auch auf der anderen Seite — das wollen wir gerne anerkennen — das Streben nach höchster Pflichterfüllung vorhanden ist. Sie legt der Konsumentenschaft unseres Landes jährlich 20 Millionen Schilling in Gestalt der besseren, im Preise aber gleichgebliebenen Milch auf den Tisch. Glauben Sie ja nicht, daß wir diese 20 Millionen Schilling nicht selber brauchen könnten? Wir stehen mit unserer Milch- und Molkereiwirtschaft vor ungeheuren Schwierigkeiten. Wir müssen damit rechnen, daß wir in ein, zwei Jahren einen Abgang von etwa 60 Millionen Schilling haben, deshalb, weil alle jene Einrichtungen und alle jene Erzeugnisse, die wir zur Molkereiwirtschaft benötigen, in der von mir beschriebenen ungesunden Preisrelation für uns zu teuer sind. Die Preisschere hier in Ordnung zu bringen, das, glaube ich, darf wohl eine der bescheidensten Forderungen sein, die die österreichische Landwirtschaft an die Öffentlichkeit zu richten hat.

Übersehen Sie auch folgendes nicht: Die Gesamtwirtschaft des Landes wird nur dann eine ruhige, von Krisen nicht erschütterte Entwicklung nehmen, wenn die Gesamtheit unseres Volkes erkennt, daß die Landwirtschaft ein großer Konsument vieler Produkte ist und daß die Landwirtschaft daher, wenn sie kaufkräftig erhalten wird, ein Wesentliches zur Ordnung im Budget dadurch beiträgt, daß sie mithilft, dem Ziel der Vollbeschäftigung in unserem Lande entgegenzusteuern.

Ich darf aber noch etwas anderes sagen. Das Budget, soweit es die Landwirtschaft betrifft, ist gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert geblieben. Ich mache darum keinem Menschen einen Vorwurf, weil wir ja wissen, wie angespannt die finanzielle Lage des Staates ist, aber es tut weh, wenn die österreichische Landwirtschaft nach solchen Leistungen etwa so hingestellt wird, als wäre sie jener Stand, der den allergrößten Anteil aus dem gesamten Einkommen des Staates und an seinen gesamten Aufwendungen hätte. So

ist es nicht! Gewiß fließen der Landwirtschaft auch Gelder aus den ERP-Mitteln zu, aber doch nicht nur der Landwirtschaft, sondern allen anderen ebenso und diesen vielleicht in einem weit höheren Ausmaß, als es im landwirtschaftlichen Sektor der Fall ist. Wir sehen in den Ansätzen des Budgets, soweit sie die Landwirtschaft betreffen, nichts anderes — und das möchte ich ganz deutlich sagen — als den Versuch des Ausgleichs für jene Summen, die der Landwirtschaft aus anderen Erwägungen in der Preisbildung vorenthalten wurden und noch vorenthalten werden.

Nun komme ich zum leidigsten Kapitel meiner Ausführungen, es ist das die Ablieferung. Meine Damen und Herren, schon das Wort Ablieferung ist falsch, denn es gibt keine Kontingente, es gibt keine Bewirtschaftung. Man muß sich daher auch innerlich von diesen Begriffen distanzieren, die nur allzu leicht geeignet sind, falsche Voraussetzungen hervorzurufen, die dann in ihren Auswirkungen zu ebenso falschen und ungerechten Schlüssen führen. Wir müssen von einer Vermarktung des Brotgetreides sprechen. Ich darf Ihnen, weil eben in den letzten Wochen gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft so große Vorwürfe gemacht wurden, doch auch hier wieder mit einigen Zahlen dienen. Für die Zeit vom 1. Juli bis 20. Oktober 1949 wurden im Land Niederösterreich 2691 Waggon Roggen und 2744 Waggon Weizen, zusammen also 5435 Waggon Brotgetreide abgeliefert. Für dieselbe Zeit des heurigen Jahres wurden im Land Niederösterreich 2115 Waggon Roggen und 2986 Waggon Weizen abgeliefert, also zusammen 5101 Waggon, das sind 93 Prozent jener Mengen, die zur selben Zeit im Vorjahr abgeliefert wurden. Ich darf Ihnen aber auch noch eines dazu sagen: Das sind nur jene Mengen, die in den genossenschaftlichen Lagerhäusern angeliefert wurden. Jene Mengen, die der private Handel aufgekauft hat, sind nicht dabei. Wenn ich Ihnen mitteilen kann, daß uns in Gänserndorf ein Getreidehändler bekanntgegeben hat, daß er im heurigen Jahr um 100 Waggon mehr Getreide als im vorigen Jahr aufgekauft hat, dann mögen Sie daran jene Mengen ermessen, die nicht in Lagerhäusern angeliefert werden, die aber doch der Vermarktung zugeführt wurden. Das ergibt ein wesentlich anderes Bild, als man es uns noch vor wenigen Wochen und Tagen vorgeworfen hat. Wenn ich hier das Land Niederösterreich als Beispiel genommen habe, so deshalb, weil Niederösterreich wohl eines der größten getreidebauenden Gebiete in unserem Bundesstaate ist.

Ich kann Ihnen aber auch aus meinem Lande Oberösterreich sagen, daß mich der

1258 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Herr Landeshauptmann heute früh telephonisch ermächtigt hat, dem Hohen Hause mitzuteilen, daß die Ablieferung im Vergleich zum Vorjahre auch wiederum hundertprozentig auch in Oberösterreich erfüllt ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist selbstverständlich, daß wir diese Dinge hier im Hohen Hause feststellen müssen.

Sie dürfen aber auch noch eines nicht vergessen. Weite Gebiete unseres Landes sind Spätdruschgebiete, sind Gebiete, in denen überhaupt noch nicht gedroschen wurde, sind Gebiete, in denen, wie ich schon das letzte Mal sagte, das Getreide noch nicht gereinigt ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Witterung, die wir jetzt mitmachen, auch eine Ursache ist, die hemmt. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Obsternte ebenso hemmend war, obwohl ich sage, Gott sei Dank, daß der Herrgott uns Obst geschenkt hat. Aber alle diese Komponenten zusammen waren es, die auf irgendeine Weise doch hemmend in der Vermarktung des Getreides gewirkt haben. Sie sind überwunden.

Ich darf zum Abschluß nun dem Hohen Hause noch eines sagen: Man sollte nie jemand zum Scherze quälen. Wir sind zum Scherz gequält worden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.*) Wenn es anders wäre, Herr Abg. Dr. Migsch, wäre es ja noch schlimmer. Wir sind zum Scherz gequält worden, aber wir sagen dem Hohen Hause im Namen der österreichischen Landwirtschaft, daß sie es ablehnt, sich auf solche Weise quälen zu lassen, daß sie es ablehnt, wenn aus irgendeinem Ziffernmateriale heraus gegen einen ganzen Berufsstand Beschuldigungen erhoben werden, die dieser Berufsstand nie im Leben verdient hat. Und ich darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß uns möglichst rasch, in kurzer Zeit dadurch, daß wir uns die Beweislast aufgelastet haben, Gerechtigkeit zuteil werden wird. Sonst ist es ja so: Nicht der Angeklagte hat den Beweis zu erbringen, daß er schuldig ist, sondern der Angeklagte hat sich zu verteidigen; den Schuldbeweis hat der Ankläger zu erbringen. Wir aber haben die Beweislast auf uns genommen. Ich glaube, Ihnen bewiesen zu haben, daß die österreichische Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit das Ihre zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes beigetragen hat und auch weiter beitragen wird. Aber man lasse uns in Ruhe mit Anschuldigungen, die nicht standhalten! (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

Abg. Neuwirth: Hohes Haus! Bis jetzt haben die Sprecher der Regierungsparteien nur von dem gesprochen, was sie selbst gerne hören wollen. (*Abg. Weikhart: Und jetzt reden Sie das, was Sie gerne hören wollen!*)

Sie haben sich einer wohlwollenden Selbstkritik hingegeben. (*Zwischenrufe.*)

Wenn Herr Dr. Bock hier behauptet hat, daß wir vom VdU nur kritisieren, und zwar nur negativ kritisieren und gar keine Vorschläge zu machen haben, dann muß ich dem Herrn Abg. Dr. Bock sagen: Entweder ist er taub oder er ist blind oder es mangelt ihm an Auffassungsvermögen; denn wir haben in diesem Haus schon sehr viel positive Vorschläge gemacht. Wir haben auch schon sehr viel Initiativanträge eingebracht, wertvolle Anregungen gegeben. (*Abg. Slavik: Auf die Anzahl kommt's ja nicht an!*) Kritik zu üben, liegt an uns, und zwar Kritik an der Behandlung, die man uns als Opposition hier zuteil werden läßt.

Wenn der Herr Dr. Bock ferner bei der Betrachtung des Budgets, bei dem Kapitel VII, Soziale Verwaltung, gemeint hat, daß er bezüglich der Höhe der Ziffern keine Verantwortung übernehmen kann (*Zwischenrufe*) beziehungsweise daß die ÖVP oder die Regierungsparteien keine Verantwortung dafür zu tragen haben, dann möchte ich heute bei der Beleuchtung des Budgets in drei Punkten in dreifacher Hinsicht aufzeigen, daß sie ja eine Verantwortung zu tragen haben, daß wir aber unsererseits ihr Verantwortungsbewußtsein vermissen.

Ich möchte nur drei Gesichtspunkte beleuchten, die für die Budgetgestaltung symptomatisch sind und die die Höhe der Summe dieses Budgets wesentlich beeinflussen.

Erstens der Gesichtspunkt der Verwaltungsreform. Die Regierungsparteien haben die Notwendigkeit des Handelns erkannt. Es steht ihnen das Ziel einer Verwaltungsreform vor Augen. Vor einem Jahr hat der Herr Bundeskanzler hier in seiner Regierungserklärung mit tiefem Ernst darauf hingewiesen, daß es eine der ersten Aufgaben der Regierung sein wird, diese so notwendige Verwaltungsreform auch tatsächlich durchzuführen. Auch die SPÖ erkennt die Notwendigkeit der Durchführung einer Verwaltungsreform, und dennoch müssen wir feststellen, daß keine einschneidenden Maßnahmen ergriffen worden sind, um diese Verwaltungsreform auch wirklich durchzuführen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Herrschaften Angst vor dem eigenen Mut haben. Auch der Herr Finanzminister Margarétha sah sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß zwar eine 5prozentige Restringierung des Personalstandes in Aussicht genommen worden war, daß aber nur 2 Prozent davon durchgeführt werden konnten. Daß aber kein allgemeiner Weg beschritten wurde, um diese Restringierung von 5 Prozent, die in Aussicht genommen

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1259

worden ist, auch tatsächlich durchzuführen, ist ein Beweis dafür, daß es an dem nötigen Ernst und an dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit fehlt. Und dafür, meine Herren, tragen Sie die Verantwortung. (*Abg. Dr. Bock: Machen Sie lieber konkrete Vorschläge!*)

Nehmen Sie den Vergleich aus den früheren Jahren. Wir hatten im Jahre 1920 263.417 Bedienstete — Pragmatisierte, Vertragsbedienstete und Arbeiter —, im Jahre 1921 264.467, im Jahre 1922 253.011, im Jahre 1923 247.000. Sie sehen also ein ständiges Absinken. Im Jahre 1924 waren es 220.907, im Jahre 1925 209.821 und 1938 201.781 Bedienstete. Im Jahre 1950, respektive im vorliegenden Vorschlag sind es 265.247. Das ergibt ein Plus von 63.420 gegenüber 1938. (*Abg. Altenburger: Wieviel waren es 1940? — Abg. Hartleb: Darüber haben wir keine Statistik! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*) Gegenüber 1938 verzeichnen wir um 24.152 pragmatisierte Beamte mehr. (*Abg. Dr. Bock: Also sollen wir die alle arbeitslos machen?*) An Vertragsbediensteten sind um 9577 und an Arbeiter um 27.689 mehr.

Wenn wir uns die Tabelle der pragmatisierten Beamten ansehen, so können wir feststellen, daß im Vergleich zu 1938 besonders die Ressorts Inneres — und zwar ein Mehr an Wachebeamten —, die Ressorts Finanzverwaltung, Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Post- und Telegraphenanstalt und die Eisenbahnen ein beträchtliches Plus an pragmatisierten Beamten aufzuweisen haben. Nun begründet Herr Dr. Bock dieses Plus damit, daß er sagt, die Agenden sind ja auch weit größer geworden. Ich glaube das, aber die Agenden sind ja auch zum Beispiel in der Justiz, in der Rechtsprechung weit größer geworden, und dennoch finden Sie, daß in der Justiz um 9 Beamte weniger als im Jahre 1938 aufscheinen. Ich glaube, daß das, was in der Justiz möglich ist, obwohl wir dort eine große Häufung von Arbeit festzustellen haben, auch in allen anderen Staatsbetrieben Österreichs möglich sein müßte. Denn Sie werden mir nicht beweisen können, daß die Justiz und die gesamte Rechtspflege im Jahre 1950 oder nach 1945 weniger Arbeit als alle übrigen Ressorts hatte. (*Abg. Altenburger: Leider, Euretwegen! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.*) Bei der Durchführung der Verwaltungsreform müßte daher in erster Linie nach einer klugen Planung auf das Ziel losgesteuert werden, den Stand von 1938 wieder zu erreichen. (*Abg. Dr. Pittermann: Lieber den von 1933!*)

Nun sagen Sie aber: Wie? Der Weg, meine Damen und Herren, ist vorgezeichnet durch Sie selbst. Sie sagen ja immer wieder, daß es notwendig ist, die Produktion im Staate zu steigern. Sie fordern eine Ausweitung der gesamten Industrie, insbesondere der Konsumgüterindustrie. Sie fordern weiter eine Ausweitung des Exportes, und wir können doch nicht annehmen, daß Sie diese Produktionssteigerung und diese Ausweitung auf Kosten der derzeit beschäftigten Arbeitskräfte verlangen, denn das wäre ja eine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Infolgedessen brauchen Sie ja für die Verwirklichung Ihrer eigenen Ziele, für diese Produktionssteigerung Arbeitskräfte, und daher ist es notwendig, daß Sie einerseits zur Durchführung Ihrer Produktionssteigerung und andererseits zur Durchführung der Verwaltungsreform aus dem großen bürokratischen Apparat alles Überflüssige herausnehmen und in die produktive Wirtschaft überführen. (*Zwischenrufe.*) Wir haben einen sehr wertvollen Bundesgenossen in dieser unserer Anschauung bekommen, und das sind die Sozialisten selbst. (*Abg. Dr. Pittermann: Danke für das Kompliment!*)

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Oktober 1950, also zwei Tage nach der Budgetrede des Herrn Finanzministers, haben Sie einen Leitartikel geschrieben, betitelt „Gedanken zum Budget“. In diesem Leitartikel lesen wir folgendes (*liest*): „Ein viel weniger erfreuliches Kapitel des Budgets sind die Personallasten. Von den rund sieben Milliarden Ausgaben entfallen 2,4 Milliarden — das sind mehr als ein Drittel — auf Beamtengehälter und Pensionen. (Die Bezüge der Angestellten und Pensionisten der Bundesbetriebe sind hier nicht inbegriffen.) Wir wissen, daß die Bundesangestellten zu den am schlechtest bezahlten Gruppen arbeitender Menschen in Österreich gehören, daß sie weit hinter den meisten übrigen Arbeitern und Angestellten zurückgeblieben sind und ihnen daher jedes mögliche Nachziehverfahren zu wünschen wäre. Nicht gegen die individuelle Höhe der Bezüge richtet sich daher der Einwand, sondern gegen die Zahl der Beamten.“

Das waren Sie, die Sie uns noch im Frühjahr dieses Jahres vorgeworfen haben, daß wir die Feinde Nr. 1 der öffentlich Angestellten sind, und heute schreiben Sie selbst, daß sich Ihre Kritik gegen die Zahl der Beamten richtet.

Sie schreiben weiter: „Es ist jedes Jahr dasselbe: Man erschrickt, wenn das Budget veröffentlicht wird, über das Mißverhältnis zwischen Personal- und Sachausgaben. Dann wird ein paar Wochen lang über die Notwendigkeit der Verwaltungsreform geredet und geschrieben, vielleicht auch da und dort

1260 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

etwas getan, aber das Ergebnis ist höchst unbefriedigend.“ (*Lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie sitzen doch in der Regierung, meine Herren. „Der Finanzminister hat im Nationalrat darauf hingewiesen, daß an Stelle des in allen Verwaltungszweigen vorgesehenen Beamtenabbaues von fünf Prozent eskaum zwei Prozent waren. Die Folge davon ist, daß in dem vorliegenden Budgetentwurf das Verhältnis zwischen Personal- und Sachaufwand noch ungünstiger ist als im Bundesvoranschlag für das Jahr 1950.“

Wir vermissen in Ihrem Leitartikel den Weg, den Sie von uns immer verlangen, obwohl Sie doch Regierungspartei sind. Nun müssen Sie doch, da Sie die Notwendigkeit des Handelns erkennen, auch den Weg zur Lösung des Problems aufzeigen können, aber das tun Sie nicht. Sie haben allerdings einen Weg, und das ist folgender: Sie verlassen sich auf den Tod und auf das Alter der Staatsbeamten. Sie spekulieren mit dem Siechtum und mit dem Tod (*heftiger Widerspruch bei den Sozialisten — der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen*), indem Sie nämlich schreiben (*liest*): „Hier soll auch nicht einem überstürzten Beamtenabbau das Wort geredet werden; der natürliche, den Altersgrenze und Tod vornehmen, würde wahrscheinlich hinreichen, um endlich eine Umkehr auf einem Weg zu erzwingen, auf dem der österreichischen Wirtschaft in steigendem Maß unproduktive Lasten auferlegt werden“. Da muß ich schon sagen, ein sehr billiger und sehr bequemer Weg. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie haben es damals mit der Injektionsspritze gemacht!*)

Ich möchte noch ein zweites Kapitel aus dem Staatsbudget herausgreifen, das sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung im Ausmaß von 522 Millionen Schilling. Die umfassende Reform des ganzen Sozialversicherungswesens wird ebenfalls von Ihnen als notwendig erkannt, ist aber noch nicht in Angriff genommen worden. Und doch wäre sie zur Entlastung des gesamten Budgets dringend erforderlich, also letzten Endes zur Entlastung der Steuerträger, denn man bedenke — auf das weisen Sie nämlich nie hin —, daß die Gesamtheit der Steuerträger für die Sozialversicherung in Österreich zweifache Beträge zahlt: erstens durch den direkten Beitrag der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, und zweitens durch die höhere Steuerbelastung, die erforderlich ist, um das Defizit dieser Institute zu decken, also um die 522 Millionen Schilling aufzubringen. Es zahlt daher der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht nur die direkten Beiträge, sondern trägt für die Sozialversicherung auch noch eine höhere Steuerlast.

Wir fordern daher, daß die Institute endlich auf eigene Füße gestellt werden, damit sie nicht immer wieder aus Staatsmitteln aufgepäppelt werden müssen. Das kann durch Preisgabe ihres monopolartigen Charakters erfolgen (*Abg. Hartleb: So ist es!*); das heißt, durch die Herbeiführung einer gesunden Konkurrenzierung müssen diese Institute einfach zu einer sparsamen, streng kaufmännischen Gebarung gezwungen werden, wie jedes andere Privatinstitut ebenfalls gezwungen ist, streng kaufmännisch zu gebaren. Aber mit der Mentalität, daß man sagt, der Staat wird schon helfend einspringen, wenn wir ein Defizit haben, muß Schluß gemacht werden, und zwar im Interesse der Steuerträger und auch im Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger. (*Abg. Dr. Pittermann: Wer das Höchstalter überschreitet, hat sich umzubringen! — Zwischenrufe. — Abg. Hartleb: Das ist Eure bewußte Verdrehung. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede gesagt: Der Aufwand für die soziale Belastung verträgt keine wesentliche Ausweitung mehr, und die größte Sparsamkeit ist geboten. Das waren die Worte des Herrn Finanzministers. (*Abg. Dr. Pittermann: Es war früher schöner, als der Knecht im Stall verreckt ist? — Abg. Hartleb: Kein Mensch hat etwas gegen die Sozialversicherung an sich gesagt!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abg. Neuwirth (*fortsetzend*): Unvermeidliche Defizite einzelner Pflichtversicherungszweige, wie etwa das der Invalidenversicherung, müssen im Wege der Schaffung von Ausgleichsfonds nach den Grundsätzen der Solidarhaftung durch den Gebarungsüberschuß anderer Zweige solcher Versicherungen, wie etwa der Unfallversicherung, gedeckt werden. Keinesfalls aber darf der Bund, das heißt die Gesamtheit der Steuerträger, auf die Dauer eine weitere Belastung ihres ohnehin enorm und unerträglich hohen Steuerdruckes erfahren.

Und nun zum Kapitel Arbeitslosenversicherung, das im Budget mit einer Gesamtsumme von 517,848.200 S eingesetzt ist. Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede auch davon gesprochen, daß dieses Budget mit der Voraussetzung steht und fällt, daß die Vollbeschäftigung gesichert ist und die Arbeitslosigkeit in größerem Ausmaß vermieden wird. Er hat weiter gesagt, daß ihm die finanzielle Lage keine Möglichkeit gibt, für den Wohnhausbau zusätzliche Mittel einzusetzen.

Nun ist es für die wenig weise Voraussicht der Regierung charakteristisch, daß selbst

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich., — VI. G. P. — 8. November 1950. 1261

Empfehlungen des Rechnungshofes, der es ja schließlich wissen muß, bei der Erstellung des Staatshaushaltsplanes unberücksichtigt bleiben. Aus dem uns vorliegenden Tätigkeitsbericht dieses Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1949 entnehmen wir unter anderem folgendes (*liest*): „Auf Grund des starken Anstiegens des Bezuges von Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1948 gegenüber dem Jahre 1947 wurde zur Erzielung einer Senkung der Ausgaben dem Bundesministerium für soziale Verwaltung die Aufnahme, beziehungsweise die Verstärkung der Arbeitsbeschaffung mittels der produktiven Arbeitslosenfürsorge sowie die verstärkte Durchführung von Um- und Nachschulungen empfohlen, da es sowohl im Interesse der Arbeitslosen selbst als auch der Allgemeinheit und der Versorgung der Wirtschaft mit den notwendigsten Arbeitskräften gelegen ist, daß nach Möglichkeit statt dem Bezug an Unterstützung produktive Arbeit geleistet wird.“ So der Rechnungshofbericht. Warum die wertvollen Gedanken nicht auch im vorliegenden Budget ihren Niederschlag gefunden haben, ist uns einfach unverständlich. Wenn Millionenbeträge für die Arbeitslosenversicherung im Budget eingesetzt sind, dann wäre es doch möglich gewesen, daß man diese Beträge für den Wohnhausbau ausgeworfen hätte. Dann hätte man nämlich die beruhigende Gewißheit gehabt, daß die Vollbeschäftigung garantiert ist.

Der neueste Stand der Arbeitslosen in Österreich, und zwar der unterstützten Arbeitslosen, beträgt am 31. Oktober 1950 64.182. Davon erhalten 30.320 die volle Unterstützung und 33.862 die Notstandsunterstützung. Das ergäbe im Jahresdurchschnitt, also bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit, wie sie jetzt im Oktober war, eine Summe von 142 Millionen Schilling für die volle Arbeitslosenunterstützung und von zirka 60 Millionen Schilling für die Notstandshilfe. Das wären also insgesamt 200 Millionen Schilling. Im Budget wird ein Betrag nur für Arbeitslosenunterstützung und Notstandsunterstützung in der Höhe von 371,200.000 S vorgesehen. Wenn Sie nun die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung, errechnet auf Grund der Arbeitslosenzahl von 60.000, mit dem Ansatz im Budget vergleichen, so sehen Sie, daß man sofort anfangen könnte zu bauen. Sie hätten dann die Garantie, weniger Arbeitslose zu haben, und es würden gleich Wohnungen gebaut werden. Es kann Ihnen doch nicht lieber sein, daß sich die Leute bei den Arbeitslosenämtern melden und in langen Schlangen um die Arbeitslosenunterstützung anstellen, es muß Ihnen doch lieber sein, daß Wohnungen gebaut werden. (*Abg.*

Altenburger: Alle sind doch nicht Bauarbeiter!)

Wir haben heute im Parlament anlässlich der Reden, die hier gehalten wurden, gesehen, warum die Leute noch keine Wohnungen erhalten konnten: weil Sie sich noch nicht darüber einig sind, auf welche Weise Wohnungen gebaut werden sollen. Wir sagen Ihnen: Bauen Sie Wohnungen nach dem Prinzip des sozialen Wohnhausbaues, bauen Sie Wohnungen nach dem Prinzip des Wohnungseigentums, aber bauen Sie endlich Wohnungen, damit das Volk zu Wohnungen kommt! Die Hauptsache ist, daß Sie endlich einmal anfangen. (*Abg. Dr. Pittermann: Woher das Geld nehmen, darüber zerbricht Ihr Euch nicht den Kopf!*) Ich habe Ihnen das eben gesagt. (*Heiterkeit.*) 200 Millionen Schilling gibt Ihnen der Finanzminister sofort, wenn Sie das aus dem Budget streichen.

Zusammenfassend sollen diese Ausführungen nochmals die Forderungen festhalten: erstens, die Inangriffnahme einer Verwaltungsreform in einer beherzten und mutigen Weise; zweitens, eine vollkommene Neugestaltung des gesamten Sozialversicherungswesens nach den dargelegten Gesichtspunkten, also Auflockerung der Monopole und Konkurrenzierung, wie sie in der Privatwirtschaft üblich ist; und drittens, produktive Arbeitslosenfürsorge in größtem Stil, wobei die Betonung auf produktiv liegen muß, und die Bereitstellung der unter dem Titel der Arbeitslosenunterstützung im Budget zwar angesetzten, aber bei Vollbeschäftigung nicht in Anspruch genommenen Mittel ausschließlich für Zwecke des Wohnhausbaues. Alle diese Maßnahmen könnten zur Gesundung und Festigung des Staatshaushalts wesentlich beitragen. (*Beifall beim KdU. — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Die Äußerungen einiger Regierungssprecher haben mich bewogen, hier das Wort zu ergreifen, weil wir durchaus nicht die Absicht haben, unsachliche Angriffe einfach hinzunehmen, sondern jetzt und auch in Zukunft entschlossen sind, auf jeden solchen Angriff zurückzuschlagen. (*Zwischenruf: Die Schlagringe von Dürnkrot!*)

Es ist sehr verständlich, daß die Regierungspolitiker die Tendenz haben, in ihren Ausführungen von den unmittelbaren Sorgen der arbeitenden Bevölkerung in Österreich abzulenken, und daß sie es vorziehen, von allen möglichen anderen Dingen zu sprechen, alles mögliche andere agitatorisch aufzuziehen.

Da hat zum Beispiel der Herr *Abg. Migsch* wie ein tollkühner Texasreiter durch die Nationalökonomie und durch die Weltpolitik, nicht allzu sehr beschwert vom Gepäck der

1262 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Sachkenntnis, was bei einem solchen Cowboyritt auch nicht zweckmäßig wäre, hier eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die doch nicht ganz unwidersprochen bleiben sollen. Er hat gegenüber unserer Kritik an der Staatsfinanzierung, an dem Budget in Österreich, von dem Budget in der Sowjetunion gesprochen, allerdings, ich wiederhole, mit einer außerordentlich geringen Sachkenntnis. Er hat zum Beispiel die Frage gestellt, ob in der Sowjetunion etwa die Bourgeoisie die Steuern bezahlt. Nein, meine Damen und Herren, das kann sie nicht, weil sie nicht existiert, weil es in der Sowjetunion keine Bourgeoisie gibt. Daher kann die Bourgeoisie keine Steuern zahlen, sondern die Steuern zahlt das gesamte arbeitende Volk.

Der Herr Abg. Migsch hat sich in seiner ziemlich weitgehenden Unkenntnis darüber aufgeregt, daß in der Sowjetunion indirekte Steuern eingehoben werden. Er kann sich selber davon überzeugen, daß in der Sowjetunion die Löhne und Gehälter zum Unterschied von Österreich völlig steuerfrei ausgezahlt werden. Es gibt dort weder eine Lohnsteuer noch eine Gehaltssteuer, es gibt keinerlei Abzüge für Sozialversicherung, sondern der Bruttolohn ist gleichzeitig der Nettolohn. Selbstverständlich müssen die Ausgaben des Staates irgendwie bezahlt werden, denn Dollars aus Amerika stehen dafür nicht zur Verfügung.

Der Herr Abg. Migsch hat weiter darauf hingewiesen, er könne nicht abstreiten, daß die Preise in der Sowjetunion eine ständig sinkende Tendenz haben und daß dort nach den Statistiken im letzten Halbjahr dem Preis nach um 30 Prozent mehr Lebensmittel gekauft wurden. Er hat erklärt, da müsse vorher eine Hungersnot geherrscht haben. Ich habe selten etwas so Albernese gehört. Wenn er sich in das Ziffernmateriel etwas genauer versenkt hätte, dann hätte er feststellen können, daß der Konsum im wesentlichen auf andere, bessere Lebensmittel übergeht. So ist der Brotkonsum in nicht sehr reichen Ländern — das weiß jedes nationalökonomische Kind — gegenüber dem Konsum anderer Lebensmittel außerordentlich groß. Das war also auch in der Sowjetunion lange Zeit so. Nun geht der Brotkonsum der Bevölkerung immer mehr und mehr zurück, der Konsum wird auf wertvollere, teurere Lebensmittel umgelegt. Das wäre leicht festzustellen gewesen, wenn der Herr Abg. Migsch ein Interesse daran gehabt hätte, über die Dinge sachlich zu sprechen.

Ich verstehe aber überhaupt nicht den Vorwurf, den man einem Staat macht, daß er einen außerordentlich großen Prozentsatz der Einnahmen für Investitionen aufwendet. Das ist mir ein völlig unverständlicher Vorwurf, um so mehr als hier von Regierungsseite

gesagt wird — und ich glaube, nicht mit Unrecht —, daß es notwendig sein wird, zu investieren, die Investitionstätigkeit in Österreich zu steigern.

Schließlich hat der Herr Abg. Migsch mit großem Pathos erklärt, die allgemeine Teuerung — allerdings nur in einem Teil der Welt, nämlich nur in den Marshall-Block-Ländern — sei darauf zurückzuführen, daß die freie Welt gezwungen sei, sich gegen die Angriffe totalitärer Systeme zu verteidigen. Nun, schauen wir uns diese freie Welt einen Augenblick lang an. Lassen Sie sich in Privatgesprächen von amerikanischen Gelehrten oder von irgendwelchen anderen Amerikanern, die weit davon entfernt sind, Kommunisten oder Kryptokommunisten zu sein, erzählen, welche unerträgliche, ungeheuerliche Atmosphäre des Drucks, der Knebelung jeder Freiheit heute in Amerika herrscht. Lassen Sie sich berichten, daß Amerika heute der infamste, abscheulichste Polizeistaat der ganzen Welt ist, daß dort Millionen und Millionen Menschen unter dem Druck der amerikanischen Geheimpolizei nicht mehr zu atmen, nicht mehr zu denken wagen. In dieser „freien“ Welt werden seit Jahren, auch nach 1945, Kriege geführt zur „Verteidigung gegen totalitäre Systeme“. In Palästina wurde ein Krieg zwischen Juden und Arabern geführt. Wo war da das totalitäre System? Dort wurden Gelder hineingepumpt, es wurden Waffen hineingepumpt. In Indonesien wurde ein teurer Krieg geführt. Gegen ein totalitäres System? Nein, meine Damen und Herren! Gegen den nationalen Freiheitsdrang eines ganzen Volkes, und zwar mit ungeheuer viel Geld und Waffen. In Vietnam wird seit Jahren ein Krieg geführt. Gegen ein totalitäres System? Nein! Ein Krieg schmachvoller, blutbefleckter Kolonialherren gegen ein Volk, das seine Freiheit will und sein Recht auf Selbstbestimmung fordert.

Wenn Sie alle diese Kriege analysieren, dann werden sie feststellen, daß an allen diesen Kriegen amerikanische, englische, holländische und französische Soldaten und Offiziere teilnehmen, Sie werden mir aber nicht einen Krieg nennen können, an dem ein sowjetischer Soldat oder ein sowjetischer Offizier teilgenommen hat! Das sagen nicht einmal die leidenschaftlichsten Gegner der Sowjetunion.

Wir stehen also der Tatsache gegenüber, daß es seit 1945 leider sehr viele Kriege gibt, deren Wesen darin besteht, daß sich Völker gegen einen Zwang auflehnen, der von außen her kommt, daß Völker nicht mehr Kolonialvölker sondern unabhängige Völker sein wollen. Das ist eine weltgeschichtliche Entwicklung, die man schließlich und endlich zur Kenntnis nehmen muß, auch in den Ländern

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1263

des Kapitalismus, weil diese Entwicklung nach meiner festen Überzeugung unaufhaltsam ist, weil es zum Beispiel unmöglich ist, das chinesische Volk dauernd unter Druck von außen her zu halten, weil es unmöglich sein wird, den Freiheitskampf der unterdrückten Völker aufzuhalten. Diese „freie“ Welt dokumentiert sich also als eine Welt der Kolonialherren, als eine Welt der Unterdrücker anderer Völker, gegen die sich diese Völker mit vollem Recht zur Wehr setzen, um ihre Freiheit zu erringen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Bock hat in seinen Ausführungen abermals über den sogenannten kommunistischen Putschversuch gesprochen und mich daher genötigt, auf diese Frage noch einmal einzugehen. In Österreich hat man, es ist allgemein bekannt, zwei Wochen lang Tag für Tag von diesem Putsch geredet. Das war ein Gespenst, das aus den überreizten Gehirnen der Regierungspolitiker hervorgegangen ist und sich verflüchtigt hat. Nun hat der Herr Innenminister seinen Organen die Weisung gegeben, man möge doch irgendwo Spuren dieses Gespenstes ausfindig machen. In ganz Österreich werden Betriebsräte einvernommen usw. usw., um nachträglich irgendwelche Tatbestände zu finden. Man findet diese Tatbestände nicht, denn dieses Gespenst ist einzig und allein in den Gehirnen der Regierungspolitiker zu finden; aber in dieses Labyrinth wagt keine Polizei einzudringen, dieses Labyrinth ist geschützt gegen jeden Eingriff der Organe des Herrn Innenministers.

Nun hat man gegen uns zwei Wochen lang Vorwürfe erhoben, die, wenn man sie nicht als reine Agitation betrachten wollte, sondern sie nüchtern analysiert, den Vorwurf der Übertretung, ich weiß nicht wievieler Paragraphen des Strafgesetzes, zum Inhalt haben. Ein Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, Dr. Johann Dostal, hat sich die Mühe gemacht, alle diese Regierungsausführungen zu analysieren und festzustellen, welche Fülle von Paragraphen des Strafgesetzes hätte übertreten werden müssen, wenn diese Beschuldigungen wahr wären. Ja, meine Damen und Herren, wenn sich die Regierungspolitiker nicht selber zum Gespött machen wollen, wo bleiben die Konsequenzen? Entweder waren die Beschuldigungen leere, freche Agitationen, oder es liegen ihnen Tatbestände zugrunde! Dann aber, meine Damen und Herren, wiederhole ich die Aufforderung, die mein Freund Honner schon an die Regierung gerichtet hat: Aberkennen Sie uns die Immunität, erheben Sie gegen uns die Anklage! Wir sind bereit, ohne Schutz der Immunität vor jedem Gericht zu beweisen (*Abg. Strasser: Aber im Schutz der Besatzungsmacht!*), daß es keinen Tatbestand gibt, daß es freche

Lüge war, was man gegen uns vorgebracht hat! Dazu fehlt aber offenbar den Regierungsparteien der Mut. Sie haben den Mut, eine solche leere Agitation zu betreiben, aber daraus die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen, dazu fehlt ihnen der Mut. Es muß in weiten Kreisen der Bevölkerung das Vertrauen untergraben, daß wir hier in einem Rechtsstaat leben, wenn nicht etwa einfache Agitatoren, sondern Regierungsmitglieder solche schwerwiegende Beschuldigungen aussprechen, ohne irgendwelche rechtliche Konsequenzen daraus zu ziehen. (*Abg. Weikhart: Und in Wiener Neustadt verbietet man Richtern und Staatsanwälten einzuschreiten!*) Es wird niemand verbieten, daß man uns vor Gericht stellt. (*Ruf bei der SPÖ: Reden Sie nicht so, Sie Demagoge!*) Ich versichere Ihnen, wir selbst werden dafür stimmen, daß unsere Immunität aufgehoben wird. Niemand wird es hindern, daß dieser Prozeß stattfindet. Aber Sie wagen es nicht und Sie können es nicht wagen! (*Ruf bei den Sozialisten: Stimmt, wir können es nicht.*)

Ich werde Ihnen das an einem Beispiel illustrieren. Der Herr Innenminister Helmer hat in der Nationalratssitzung vom 12. Oktober dieses Jahres wörtlich erklärt (*liest:*) „In Donawitz hatten kommunistische Betriebsräte die Zeit des Schichtwechsels dazu benützt, um eine Stilllegung des Hochofenbetriebes durch Abblasen der Hochöfen zu erzwingen. Angehörige des Betriebes griffen jedoch mit Unterstützung der Sicherheitsexekutive sofort ein und konnten einen Sabotageakt noch vereiteln, bevor Schaden eintrat. Die für den Anschlag verantwortlichen kommunistischen Betriebsräte wurden in Haft genommen.“

Ich habe schon in der damaligen Sitzung dem Herrn Innenminister dahin erwidert, daß an all diesen Worten nicht ein Hauch Wahrheit ist, außer der Tatsache, daß die Betriebsräte verhaftet wurden. Ich habe eine Abschrift der Anzeige der Staatspolizei Leoben vorgelegt, in der nicht ein einziges Wort von einer geplanten Ausblasung der Hochöfen zu lesen war, und habe erklärt, daß wir hier einer Lüge gegenüber stehen. Ich habe ein Regierungsmitglied mitbeschuldigt, daß es in dieser Frage gelogen hat! Meine Damen und Herren, das alles wird schweigend zur Kenntnis genommen. Es war nichts, man hat nichts gehört, man hat nichts gesehen! Und jetzt liegen die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung der Ereignisse in Donawitz vor. Ich habe hier die Abschriften der Akten des Untersuchungsrichters, der eine sehr genaue Untersuchung durchgeführt hat, und lassen Sie mich Ihnen das Ergebnis dieser Untersuchungen aus den Akten selber berichten.

Es ist schon eine Ungeheuerlichkeit in diesem Akt, daß hier die Behauptung eines Verbrechens

1264 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

des Hochverrates, von Verbrechen überhaupt erhoben und als einzige Begründung dafür die Äußerung des Herrn Innenministers angegeben wird, der eine Aussendung gemacht hat, es handle sich um einen kommunistischen Putsch, um Hochverrat usw. Nichts anders als das wird als Substrat genommen, also ein Zustand, wie er nur in der Nazizeit bestand, in der das Wort eines Ministers gewichtiger war als alle Tatbestände und alle Tatsachen.

Ich glaube, wenn ein verantwortlicher Minister auf der Regierungsbank so schwerwiegende Beschuldigungen ausspricht, dann müßte er das Gewissen haben, wenigstens einen Hauch von Tatbestand in den Händen zu spüren oder, wenn dies alles nicht gegeben war, die Anständigkeit zu haben, nachher zu erklären: Es ist nicht wahr, was ich hier gesagt habe.

Nun, hören Sie, was die Zeugen, die als Belastungszeugen geführt wurden, über die Vorgänge in Donawitz aussagen. Als sogenannter „Tatbestand“ wird also in der Anzeige erklärt (*liest*): „Im Laufe des 4. Oktober 1950 verdichteten sich die Nachrichten, daß die Betriebsräte der KPÖ in der Hütte Donawitz etwas planten. Tatsächlich haben diese Funktionäre in den späten Abendstunden die Arbeiterschaft in den verschiedenen Zweigbetrieben zum Streik aufgerufen und angeeifert.“ Also die Aufforderung zum Streik erscheint hier als Tatbestand des Hochverrates, als Tatbestand der öffentlichen Gewalttätigkeit usw.

Der Betriebsratsobmann Petz hat bei seiner ersten Einvernahme festgestellt: „Vor allem stelle ich fest, daß ich bei der Versammlung beim Hochofen, wo über den Streik abgestimmt wurde, ausdrücklich erklärt habe, daß es sich bei diesem Streik um keinen politischen Streik handelt, sondern daß sich dieser gegen das Lohn- und Preisabkommen richtet. Ich habe bei dieser Versammlung auch ausdrücklich betont, daß dem Werk nichts passieren dürfe und daß auch den Hochofen kein Schaden zugefügt werden darf, weil dies ja unsere Arbeitsstätte ist und weil wir, wenn der Streik vorüber ist, wieder arbeiten wollen. In dieser Richtung habe ich mich auch gegenüber Ing. Schermer, Hochofeningenieur, geäußert. Ich habe auch verschiedenen Arbeitern bekanntgegeben, daß alles gemacht wird, damit die Öfen keinen Schaden erleiden.“

Diese Aussage des Betriebsratsobmannes Petz wurde vollinhaltlich von dem Generaldirektor des Werkes, von sämtlichen Ingenieuren und den Polizeibeamten selbst bestätigt. Ich werde die betreffenden Stellen der Aussagen dieser Herren zur Verlesung bringen. Der Betriebsratsobmann Petz hat selber die Einvernahme dieser Zeugen verlangt.

In einem „Schlußbericht“ der Polizei — das möchte ich noch voranschicken — wird folgende groteske Anklage gegen Petz erhoben: „Franz Petz gehört seit 1945 der kommunistischen Fraktion des Arbeiterbetriebsrates der Hütte Donawitz an und wurde im Herbst 1949 Betriebsratsobmann. Seit in der Hütte Donawitz mit ihren über 6000 Arbeitern und Angestellten eine kommunistische Betriebsratsmehrheit existiert, war eine Radikalisierung der Forderungen gewerkschaftlicher Natur und eine politische Aktivierung im Betriebe besonders festzustellen.“ „Petz hat kein Hehl daraus gemacht,“ — eine fürchterliche Anklage! — er hat also kein Hehl daraus gemacht, „daß er immer dann zur Stelle sei, wenn die Arbeiterschaft irgendeinen gewerkschaftlichen oder politischen Kampf auszufechten habe.“ Dies wird als besonders erschwerender Umstand in der Anzeige der Polizei hervorgehoben.

Nun die Aussagen der Zeugen. Hier also ein letzter zusammenfassender Bericht der Polizei, der sich auch auf Zeugenaussagen stützt. In diesem heißt es, daß Direktor Narbeshuber „ausdrücklich auf Befragen“ angab, daß der Betriebsratsobmann Petz „bei der Verkündung des Streiks bei den Hochofen die Versicherung abgegeben hat, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß es zu keinem Schaden an der Werkseinrichtung und zu keinen Unglücksfällen kommen werde. Darüber hinaus stimmte Petz einer Forderung des Direktors bezüglich der Weiterarbeit am Hochofen 4 zu, der erst seit kurzer Zeit im Betrieb ist, und dessen Abstellung sicherlich eine große Gefahr für die Betriebssicherheit ergäbe.“ In diesem Bericht, unterschrieben von Zottl, Kriminal-Oberinspektor, und Freund, Kriminal-Bezirksinspektor, heißt es: „Die kommunistischen Betriebsräte haben bei ihren Bemühungen, unbedingt einen Streik in Donawitz in Fluß zu bringen, nicht nur die neuralgischen Punkte der Werke berücksichtigt, sondern auch besonders in jenen Abteilungen für den Streik agitiert, wo ihre Parteigänger die überwiegende Mehrheit aufweisen.“ Ein schweres Verbrechen, wenn man dort, wo einem die Mitglieder zur Verfügung stehen, agitiert!

Weiter die Aussage des Polizeimajors Albert Weingrill, der für die Überwachung der Demonstration verantwortlich war. Er hat schriftlich zu Protokoll gegeben: „Der Demonstrationsmarsch vom 28. September 1950 war bei der Polizei nicht gemeldet und auch nicht genehmigt. Es wurde mir an diesem Tag schon um sechs Uhr früh mitgeteilt, daß die kommunistischen Betriebsräte nach der Versammlung einen Demonstrationsmarsch durchführen werden. Tat-

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1265

sächlich wurde dieser Demonstrationmarsch durchgeführt. Es ist richtig, daß derselbe in Ruhe vor sich gegangen ist, was ich aus eigener Wahrnehmung bestätigen kann.“ „Es ist richtig, daß Petz in Seegraben in einer Ansprache erklärte, daß man die Arbeiter in Seegraben nicht zum Streik zwingen könne, sondern daß man höchstens das Recht hat, sie zum Streik aufzufordern.“ Er bestätigt dies aus seiner eigenen Wahrnehmung. Das ist die Aussage des Polizeimajors Weingrill.

Nun aus der Aussage des Hüttenarbeiters Ernst Pietzke, eines Mitgliedes der SPÖ. Sie lautet folgendermaßen: „Ich erinnere mich genau, daß bei der Versammlung am 4. Oktober um zehn Uhr abends der Betriebsratsobmann Petz in seiner Rede ausdrücklich erklärt hat, daß weder den Hochöfen noch sonst dem Werk durch den Streik irgend etwas passieren darf. Dieser Umstand war ein wesentlicher Teil seiner Ausführungen. Er hat den Ing. Schermer auch sofort beauftragt, alles diesbezügliche in die Wege zu leiten“.

Schriftliche Aussage des Direktors Franz Narbeshuber, des verantwortlichen Direktors von Donawitz. Er erklärt schriftlich: „Zu den mir vorgelesenen und vorgelegten Aussagen der Betriebsräte Filz und Petz habe ich auszusagen, daß sie im großen und ganzen stimmen und zutreffen. Bezüglich des Abstellens der beiden Hochöfen und Weiterblasenlassens des Hochofens 4 hat Betriebsratsobmann Petz jede technische Notwendigkeit sofort eingesehen und auch mitgeholfen, den Leuten zu erklären, daß das eingesehen wird. Dagegen ist es meiner Ansicht nach vollkommen klar, daß von den hier Beschuldigten der Wille vorlag, einen Streik in Szene zu setzen“ — was niemand bestritten hat. „Mir persönlich“, setzte der Direktor fort, „sind weder aus eigener Wahrnehmung noch aus Berichten Fälle von physischem Zwang bekannt, der seitens der Betriebsräte auf die Belegschaft ausgeübt wurde, um die Leute zum Streik zu zwingen. Ich will nur auf den einen Fall hinweisen, daß der Betriebsrat Filz durch Auslösen der Sirene im Blechwalzwerk in den Betrieb eingegriffen hat, was ihm natürlich nicht zusteht. Ich kann zum gesamten Fragenkomplex mehr nicht angeben. Nachdem mir die Bestimmungen der §§ 4, 7 Staatsschutzgesetz und § 85 a, b Strafgesetz erklärt wurden, gebe ich an, daß diese meiner Meinung nach in den gegenständlichen Fällen keineswegs vorliegen.“

Hier die Aussage des Hütteningenieurs Kurt Schermer: „Ich war als diensthabender Ingenieur am Abend des 4. Oktober bei den Hochöfen tätig. Ich erinnere mich, daß ungefähr um zehn Uhr der Betriebsrat Petz

und der Betriebsrat Filz zu den Hochöfen kamen. Dort wurde eine Abstimmung durchgeführt, ob gestreikt werden soll oder nicht. Ich muß bestätigen, daß die überwiegende Mehrheit für den Streik war... Ich habe dann mit Petz und Filz gesprochen, und haben beide ausdrücklich und nachdrücklich betont und verlangt, daß den Hochöfen kein wie immer gearteter Schaden erwachsen darf. Ich habe darauf den Hochofen-Chef und Direktor Narbeshuber verständigt, daß gestreikt werden soll. Ich war auch bei den Verhandlungen zwischen Petz und Obering. Weber anwesend, bei welchen Weber aufmerksam machte, daß beim Hochofen 4 unbedingt weitergearbeitet werden müsse, weil der Hochofen neu angeblasen wurde. Ich kann bestätigen, daß Petz sofort damit einverstanden war, daß beim Hochofen 4 durchgearbeitet wird.“

Schließlich die ergänzende Aussage des Kriminal-Oberinspektors Johann Zottl: „In Ergänzung zu meiner Aussage vom 12. Oktober gebe ich folgendes an: Ich verweise zunächst auf meinen Bericht vom 16. Oktober. Es steht fest, daß der Betriebsratsobmann Petz an allen Stellen, wo der Demonstrationzug stehen geblieben ist, Reden gehalten hat. Ob er den Demonstrationzug veranlaßt hat, entzieht sich meiner Kenntnis.“ Er setzt weiter fort — in der Anklage war von einem gewaltsamen Eindringen nach Seegraben die Rede, wo man die Arbeiter gewaltsam zum Streik gezwungen haben soll —: „Was nun das Eindringen nach Seegraben anbelangt, so habe ich mich ebenfalls dort aufgehalten. Gewaltsam sind die Demonstranten nicht eingedrungen. Allerdings haben sie ein Tor passiert, das offen war, und haben sich zum Förderschacht begeben. Dort wurde gerade mit der Jausenpause begonnen. Es waren zirka 500 bis 600 betriebsfremde Demonstranten beim Förderschacht. Dort hat Petz eine Rede gehalten, in der er sich ungefähr folgendermaßen ausdrückte, daß man die Arbeiter von Seegraben zum Streik nicht zwingen könne, er hoffe aber, daß sie gegen den Lohn- und Preispaht mitkämpfen werden. Auf die Aufforderung des Majors Weingrill hin haben sich die Demonstranten aus dem Werke entfernt. Dies wurde von Petz veranlaßt.“

Das sind die Aussagen des Direktors, der Ingenieure und der Polizeioffiziere, aus denen vollkommen klar hervorgeht, daß nicht nur nicht der geringste Tatbestand gegeben war, der zu einer Anklage berechtigt, sondern noch mehr, daß es von vornherein jedem Menschen in Donawitz, vom Generaldirektor angefangen bis zum einfachen Arbeiter und vom Polizeimajor bis zum einfachen Polizeibeamten klar

1266 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

war, daß kein strafbarer Tatbestand vorliegt. Aber die Weisungen des Herrn Innenministers gelten mehr als das Gewissen und das Bewußtsein der Polizeibeamten, denen von allem Anfang an klar war, daß es unmöglich ist, eine solche Anklage zu erheben, beziehungsweise eine solche Anzeige zu erstatten.

Es kam noch zu einer Ungeheuerlichkeit: das alles wußte man schon lange. Als das alles schon feststand, hat man eine Reihe von Betriebsräten weiter in Haft behalten. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß ein Gerücht aufgetaucht sei, wonach die Absicht bestand, den Direktor Narbeshuber abzusetzen und nach Sibirien zu bringen, also direkt aus der englischen Besatzungszone in Österreich nach Sibirien zu bringen. Unter dieser idiotischen Beschuldigung wurden die Betriebsräte länger in Haft belassen. Als man den Direktor über diese Dinge befragte, sagte er, davon wisse er überhaupt nichts. Es habe wohl da und dort Gerüchte gegeben, aber ihm selbst sei überhaupt nichts bekannt. Man ging dem Gerücht nach, und es stellte sich heraus, daß da und dort jemand sagte, er habe wohl irgendetwas gehört, aber er wisse nicht, von wem er es gehört habe.

Meine Damen und Herren! Das also ist übrig geblieben von einer Putschlüge in einem Fall, der von der gesamten Regierung sehr groß aufgemacht wurde und den der Herr Innenminister mit bewußt falschen Angaben in den Saal des Parlaments hinausposaunt hat. Das also ist übriggeblieben, als die zuständigen Behörden eine genaue Untersuchung einleiteten, obwohl es den Regierungspolitikern vollkommen klar war, daß jede ernsthafte Untersuchung alle diese Dinge, die da behauptet wurden, widerlegen mußte. Ich will gar nicht bestreiten, daß es da und dort zu Übergriffen gekommen ist, keineswegs! Jede ernsthafte Untersuchung des Tatbestandes wird ergeben, daß vielleicht da und dort dieser oder jener Paragraph des Strafgesetzes übertreten wurde, aber von allen schwerwiegenderen Beschuldigungen überhaupt nichts übrig blieb, sondern daß sich das Gespenst einfach in alle Lüfte verflüchtigt.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht geputscht, wir werden auch nie putschen! Ich gebe diese Erklärung ab. *(Zwischenrufe.)* Aber wenn wir hätten putschen wollen — in zwölf Stunden wären Sie hinweggefegt gewesen! *(Heiterkeit.)* Hinweggefegt, wenn wir das gewollt hätten, wenn wir das beabsichtigt hätten. Wir haben gar nicht daran gedacht. Wir sind überzeugt, daß dieses Regime in Österreich nicht allzu langlebig ist, wir sind überzeugt, daß wir die Mehrheit der Arbeiterschaft für den Kampf gegen dieses Regime

gewinnen werden; und nur zusammen mit der Mehrheit der arbeitenden Menschen in Österreich werden wir zum Sturz dieses Regimes in Österreich schreiten, nicht anders. Nur, wenn die Mehrheit des arbeitenden Volkes es will.

Aber eines ist uns klar, und eines ist Ihnen allen im Grunde genommen klar, und daher Ihre Nervosität, daher Ihre Aufgeregtheit, daher all diese Putschlegenden: Dieses Regime ist zum Untergang verurteilt und wird in absehbarer Zeit von der Weltgeschichte hinweggefegt sein; das wissen alle in Österreich, inklusive der Mitglieder der Regierung und der Regierungsparteien. Und daraus diese Nervosität, daraus diese Lügen, die, wenn man sie ernsthaft untersucht, so zusammenbrechen, wie sie in Donawitz zusammengebrochen sind.

Abg. Olah: Hohes Haus! Das Budget ist in den gegenwärtigen Zeiten mehr denn je das Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die jetzige Lage nicht nur Österreichs, sondern auch der anderen Länder zeigt, daß die Verantwortung und die Aufgaben des Staates in der Wirtschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung größer und bedeutender geworden sind. Ob man dies nun wahrhaben will oder nicht, es ist jedenfalls nicht nur in Österreich so, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit den unmittelbaren politischen und sozialen Aufgaben des Staates eng verflochten ist, daß dabei — und besonders bei uns in Österreich — die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand von größter Bedeutung ist. Der Staat, die gesamte öffentliche Hand, Länder und Gemeinden müssen soviel wie möglich investieren; nicht nur wegen des Zurückbleibens unseres wirtschaftlichen Potentials, nicht nur wegen des Zurückbleibens unserer wirtschaftlichen Entwicklung hinter anderen Ländern, bedingt durch die vergangenen Jahre, sondern vor allem auch wegen der Tatsache, daß das allein die Grundlage dafür gibt, daß wir Anschluß an die weltwirtschaftliche Entwicklung finden und den in Österreich lebenden Menschen Arbeit und Brot schaffen können. Es wird dabei natürlich nicht gleichgültig sein, ob diese Investitionsmittel des Staates und die dem Staate zufließenden ERP-Mittel die zweckmäßigste und sorgsamste Verwendung finden oder nicht. Vor allem bei der Ausgabe der Mittel selbst muß darauf gesehen werden, daß bei der Verteilung letzten Endes nicht irgendwelche protektionistischen Einflüsse berücksichtigt werden, sondern daß wirklich das Interesse der Gesamtwirtschaft berücksichtigt wird.

Daß unsere Handelsbeziehungen mit den übrigen Staaten, mit der übrigen Welt, für

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1267

unsere wirtschaftliche Entwicklung von größter Bedeutung sind, das erkennt in Österreich niemand. Es gibt auch niemanden, der nicht bereit ist, diese Handelsbeziehungen mit allen Ländern zu pflegen, gleichgültig, zu welcher Einflußsphäre sie gehören. Die Voraussetzung dabei ist aber, daß wir auch als gleichberechtigter Partner auf wirtschaftlichem Gebiet gewertet und anerkannt und daß wir nicht als wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt betrachtet werden, daß man uns nicht so wie auf politischem Gebiet auch weiter auf wirtschaftlichem Gebiet als das betrachtet, als was wir bisher behandelt worden sind, und aus dieser ausgebluteten Wirtschaft Österreichs immer noch Werte herauszieht. Auf der Basis der Gleichberechtigung und der Möglichkeit der Wahrung unserer eigenen österreichischen Interessen in der Wirtschaft sind wir bereit, mit jedem Lande wirtschaftliche Beziehungen nicht nur aufzunehmen, sondern sie auch zu pflegen und zu vertiefen, ohne Rücksicht darauf, welches Regime in diesem Lande selbst herrscht. Wir mischen uns in diese Dinge nicht hinein. Wir dürfen aber wünschen, es würde an uns ebenso gehandelt werden.

Für unsere wirtschaftliche Entwicklung ist die Frage des Außenhandels, des Exports und Imports von größter Bedeutung. Eine der größten Sorgen für unser Budget und die Gesamtwirtschaft ist unsere passive Handelsbilanz. Nicht nur Steigerung und Förderung des Exports ist notwendig, sondern auch zweckmäßige Lenkung und Verwendung der Erträge im Interesse der Gesamtwirtschaft. Des weiteren ist es erforderlich, daß man beim Import mehr als bisher darauf sieht, daß wir vor allem notwendige Bedarfsgüter einführen und daß wir uns nicht den Luxus leisten, überflüssige Dinge nach Österreich einzuführen, die nicht nur für den Konsum der breiten Massen der Bevölkerung überflüssig, sondern auch unserer Außenhandelsbilanz abträglich sind. Ausfuhr und Einfuhr müssen sorgfältig beobachtet und auf die Erfordernisse der österreichischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgestimmt werden.

Es hat sicher alle, und auch uns, mit Befriedigung erfüllt, daß die Bundesregierung ein Ministerkomitee eingesetzt hat, das sich mit den Fragen des Arbeitsmarktes befassen soll und auch befaßt und dafür vorsorgen soll, daß möglichst nur geringfügige Schwankungen des Arbeitsmarktes eintreten und daß bisher starke Schwankungen möglichst gemildert werden. Das ist nicht nur wegen des Einflusses auf unsere Produktion notwendig, sondern auch wegen des Konsums und der Steuererträge.

Es ist richtig, was der Herr Bundesminister Dr. Margarétha hier im Parlament bei der Einbringung des Budgets gesagt hat: das Budget steht und fällt mit der Frage der Vollbeschäftigung in Österreich. Wir wissen das nicht erst jetzt, sondern haben diese Erkenntnis schon einige Zeit früher in Österreich zum Ausdruck gebracht. Wir sind darüber erfreut und verzeichnen es mit Genugtuung, daß dieses Gedankengut nun zum Allgemeingut geworden ist und daß auch die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit diesem Problem größte Aufmerksamkeit zuwendet.

Wir hätten an den Herrn Finanzminister und auch an die einzelnen Ressortminister die Bitte, darauf zu sehen, daß die Auftragserteilungen der öffentlichen Hand rechtzeitig erfolgen, damit insbesondere jene Teile der Wirtschaft, die selber budgetieren müssen, die sich ihre Arbeit und ihre Aufträge einteilen müssen, rechtzeitig mit ihren Arbeitsvorhaben beginnen können, und daß vor allem im Budget nicht jene berühmten Sperren und Kürzungen eintreten, besonders nicht bei den Investitionen, die immer gegen Ende des Jahres zu Stockungen, zu vorzeitiger Arbeits-einstellung und dadurch zu vermehrter Arbeitslosigkeit führen.

Natürlich ist die Frage des Wohnbaues nicht nur wegen der Wohnungslosen und Wohnungsbedürftigen, sondern auch wegen der Beschäftigung von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist heute sehr viel über die Wohnbaufrage gesprochen worden. Auch wir sind der Meinung, daß man diese Frage nicht mit irgendwelchen Schlagworten, sei es welcher Art immer, lösen kann, sondern daß die Bevölkerung danach fragen wird, welches Ergebnis diese Auseinandersetzungen haben; aber nicht nur welches Ergebnis sie in bezug darauf haben, ob gebaut wird.

Da möchte ich sagen, meine sehr verehrten Frauen und Herren: Dort, wo Sozialisten verwalten und in der Lage sind, so zu verwalten, wie sie wollen, und wirtschaftlich die Möglichkeit dazu besteht, haben wir nicht nur Schlagworte gebraucht, wir haben bewiesen, daß man bauen kann, und wir haben auch gebaut!

Aber wenn die Frage des Wohnungsbaues mit der Frage des Mietzinses vermengt und gesagt wird, es muß ein höherer Mietzins eingehoben werden, dann wird man dafür höhere Löhne zahlen müssen. Dann frage ich mich aber, ob es denn wirklich der österreichischen Wirtschaft möglich ist, für den Titel höherer Mietzinse auch höhere Löhne zu bezahlen. Wenn diese Wirtschaft imstande sein sollte, höhere Löhne zu bezahlen, dann wird das

1268 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

die Arbeiter- und Angestelltenschaft mit ziemlicher Genugtuung aufnehmen. Bisher war immer das Gegenteil der Fall. Ich erinnere nur an die Reden, nicht nur von seiten unserer Partei, sondern auch von seiten der Herren der anderen Regierungspartei, der Österreichischen Volkspartei, in denen gesagt wurde: Es gibt für Österreich keine größere Gefahr als die Inangasetzung der Lohn- und Preisspirale, die mit den tatsächlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht in Übereinstimmung steht. Der Herr Finanzminister selber muß ja in seinem Budget mit Rücksicht auf die öffentlich Angestellten ängstlich darauf bedacht sein, das Budget auch auf diesem Sektor in Ordnung zu bringen.

Wir müssen also vor einem Herangehen an dieses Problem von dieser Seite warnen und können nur sagen, daß man hier die größte Vorsicht walten lassen soll, denn natürlich müßte die Arbeiter- und Angestelltenschaft jede Schmälerung ihres Realeinkommens verhindern und jeden Versuch, ihr irgendwelche höhere Kosten aufzulasten, auch wenn es in der Form höherer Mietzinse ist, die auf die Löhne und Gehälter überwält werden, zu vereiteln trachten.

Aber so einfach ist das Problem nicht. Es sind nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die eine solche Schmälerung des Realeinkommens in Form von höheren Löhnen und Gehältern aufholen müßten. Wir haben Hunderttausende von Menschen, von denen gesagt wird, sie bedeuten ein großes Stück sozialer Aufgaben und Verpflichtungen des Staates. Wie wären diese in der Lage, höhere Mietzinse zu bezahlen? Wir müssen hier mit aller Deutlichkeit erklären: Nicht nur für die Arbeiter und Angestellten, auch für die Schichten der Rentenbezieher und Pensionisten muß verhindert werden, daß sie eine Schmälerung ihres Realeinkommens erfahren.

Ein oft gehörtes Schlagwort ist die Mietzinsgerechtigkeit. Ja, meine Damen und Herren, mit dem Schlagwort allein können wir auch nichts anfangen; denn wo ist denn die Gerechtigkeit bei den Löhnen, Gehältern und Einkommen der kleinen Schichten? Wir haben ja heute eine wirtschaftliche Situation, in der jeder — zumindest der große Teil der österreichischen Bevölkerung — auf einer schmalen Basis leben muß. Wir haben nicht jene Gerechtigkeit, auch nicht auf einer anderen Seite, die notwendig wäre. Daher können wir mit diesem Schlagwort nichts anfangen.

Eine sehr breite Diskussion löst in der politischen Öffentlichkeit die Frage des Wohnungseigentums aus. Wir Sozialisten sind

nicht gegen das Wohnungseigentum, wenn man sich dieses Eigentum selbst erwirbt; wohl aber, wenn man irgendein Eigentum aus öffentlichen Mitteln geschenkt haben will, denn das kann kein Eigentum sein. Die Sozialisten haben ja in diesem Hause für das Wohnungseigentumsgesetz gestimmt. Sie hatten also nicht die Absicht, das Wohnungseigentum zu verhindern. Aber gegen eines setzen wir uns zur Wehr, daß man die Mietrechte der ausgebombten Altmietler antastet; denn das hat nichts mit Wohnungseigentum zu tun. Es ist die Hoffnung der Ausgebombten, daß sie wieder zu ihren Wohnungen kommen. Wir werden dafür eintreten, daß diese Forderung nicht umgangen werden kann.

Aber dabei ist natürlich die Frage der Finanzierung von entscheidender Bedeutung. Wenn wir schon bei der Frage des Wohnungseigentums sind und die sehr geehrten Frauen und Herren der Österreichischen Volkspartei behaupten, wir verhindern hier irgendeine vernünftige Lösung, so kann ich darauf nur folgendes antworten: Unsere Fraktion hat bei der Beratung des Wohnungseigentumsgesetzes in diesem Hause im Jahre 1948 einen Minderheitsantrag eingebracht. Dieser Minderheitsantrag hatte den Sinn, die § 3-Wohnungen als Wohnungseigentum zu erklären. Das sollte in das Gesetz hineingenommen werden. Es muß hier festgestellt werden, daß die Österreichische Volkspartei diesen Antrag unserer Fraktion abgelehnt hat. Aber noch etwas anderes möchte ich feststellen: daß der Landesparteitag der ÖVP von Wien ein halbes Jahr später dies zu seiner Forderung erhoben hat. Nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren des Hohen Hauses, es ist also eine sehr zweischneidige Politik und Taktik, die hier verfolgt wird. Wir waren sehr daran interessiert, daß man mit diesem Schwindel der § 3-Wohnungen wenigstens in dem Maße Schluß macht, daß man den Menschen, die ihr Geld dafür bezahlen, diese Wohnungen auf die Dauer sichert. Das ist hier zunichte gemacht worden! Nun, vielleicht ist man doch bereit, diesen Standpunkt von damals zu revidieren.

Ich möchte vor allem sagen, was man an dieses Wohnungseigentumsgesetz damals für Hoffnungen geknüpft hat. Der Redner der Österreichischen Volkspartei zu diesem Gesetz hat dazu unter anderem gesagt (*liest*): „Das vorliegende Gesetz wird nun den Schlüssel für die Ankurbelung der privaten Bautätigkeit bilden. Für uns Volksparteiler bedeutet das Wohnungseigentumsgesetz aber mehr: Wir sehen in ihm nicht nur ein Mittel zur Verstärkung der privaten Bautätigkeit, sondern für uns ist es der Grundstein für die Verwirklichung eines unserer Programmpunkte. Jeder schaf-

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1269

fende Mensch strebt nach Eigentum und hat den Wunsch, den Ertrag seiner Arbeit in festen Werten anzulegen.“

Der Redner von damals, der diese schönen Grundsätze ausgesprochen hat, ist ja durch den Richter gehindert worden, diese Grundsätze weiter in die Tat umzusetzen. Wo ist aber die andere Hoffnung geblieben, die an dieses Gesetz geknüpft worden ist, die Ankurbelung der privaten Bautätigkeit? Selbst wenn man diese Wohnungseigentumswerber zur finanziellen Leistung herangezogen hat, konnten doch nur durch Inanspruchnahme des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, was unserer Meinung nach zu Unrecht geschah, einige dieser Vorhaben ausgeführt werden. Selbst durch dieses Gesetz trat also keine Ankurbelung der privaten Bautätigkeit ein, was wir auch gar nicht erwartet haben. Aber sagen möchte ich, daß wir ebenso wie die Erwerbung jedes anderen Eigentums auch die Erwerbung von Wohnungseigentum nicht behindern wollen, wenn sie auf rechtmäßige Art und Weise, das heißt, aus eigenen Mitteln, erfolgt; aber daß wir alle, nämlich die Öffentlichkeit, dafür bezahlen sollen, damit einzelne eine Wohnung als Eigentum erwerben, dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden Sie uns niemals bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich möchte aber dazu noch eines sagen. *(Abg. Dipl.-Ing. Raab: Das ist ein kapitalistischer Grundsatz!)* Das Umgekehrte, sehr geehrter Herr Minister Raab, ist der kapitalistische Grundsatz: daß einer etwas erwirbt, für das alle zahlen sollen. *(Abg. Geisslinger: Ist das schon ein Kapitalist, der eine Wohnung hat? — Weitere Zwischenrufe.)* Nur keine Aufregung, Herr Kollege Geisslinger. Wir haben nichts dagegen, wenn Du Dir auch eine Eigentumswohnung erwirbst; aber zahl' sie selber!

Wenn hier in diesem Zusammenhang auch von der Frage des Wohnungsanforderungsgesetzes gesprochen worden ist, das mit Ende des Jahres abläuft, und wenn hier von einem Sprecher gesagt worden ist, man werde bereit sein, dieses Gesetz zu verlängern, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen, so möchten wir hier in aller Sachlichkeit sagen: Dieses Gesetz ist eine Notwendigkeit, aber erpressen werden wir uns nicht lassen! Wir warnen Sie, meine Frauen und Herren, zu glauben, daß wir uns dieses Gesetz hier abkaufen lassen, indem wir Zugeständnisse auf Gebieten machen, auf denen es keine Zugeständnisse geben kann.

Wir sind aber der Meinung, daß man sehr wohl die Wohnbautätigkeit und den Neubau von Wohnungen fördern müssen. Vielleicht vereinigen wir uns in diesen Bestrebungen, die wir haben, und vielleicht werden

unsere Vorschläge unterstützt. Wir hoffen, daß man doch zur Einsicht kommen wird, daß doch in größerem Ausmaße die Mittel des ERP, des Marshall-Planes, für die Wohnbautätigkeit in Anspruch genommen werden müssen. Wir haben das vor langer Zeit vorgeschlagen, und wären wir damals nicht allein geblieben, so glaube ich, wären wir auch in diesen Dingen etwas weiter gekommen und wir hätten in der Wohnbautätigkeit mehr leisten können, als das bisher der Fall war. Die entscheidenden Fragen auf diesem Gebiet sind heute in Österreich, unter welchen Voraussetzungen und wie gebaut werden soll und wer es bezahlen soll.

Nun ist freilich das Budget auch ein Spiegelbild der Lebenshaltung der Bevölkerung in Österreich, vor allem auch der arbeitenden Bevölkerung. Daher können auch andere Fragen mit nicht geringerem Recht von der österreichischen Bevölkerung zum Anlaß von Kritik genommen werden: die Frage der Lebenshaltung, die Frage der Preisentwicklung, der Handelsspannen, die Frage, wann das Kartellgesetz kommen wird. All das interessiert natürlich die österreichische Bevölkerung in diesem Zusammenhang, und wir möchten hier an alle Mitglieder dieses Hauses appellieren: Wenn mit Recht gesagt worden ist, daß sich die arbeitende Bevölkerung in Österreich — und das wurde von höchster Stelle hier festgestellt — im Interesse dieses Staates Verantwortungsgefühl und Disziplin auferlegt hat und diesen Staat schützt und rettet, dann sollen auch Sie die berechtigten Forderungen dieser Bevölkerung erfüllen.

Wenn immer gesagt wird: Wir können nicht die „doktrinären, marxistischen Forderungen“ der Sozialisten erfüllen, „die Zwangsmaßnahmen“, die sie verlangen, dann möchte ich sagen, meine sehr geehrten Frauen und Herren, das ist nicht notwendig. Erfüllen Sie nicht unsere Forderungen, erfüllen Sie Ihre eigenen Forderungen. Erfüllen Sie zum Beispiel die Forderungen und Beschlüsse des Bundestages der österreichischen Frauenbewegung — er hat erst vor wenigen Tagen stattgefunden —, der in seiner Resolution sagt *(liest)*: „Die österreichische Frauenbewegung tritt ein für die staatliche Kontrolle der Ein- und Ausfuhr auf allen Handelsgebieten, für Herabsetzung der ungerechten Handelsspannen, für den Abbau des Zwischen- und Kettenhandels, welcher die Preise ungerechtfertigt erhöht.“ Erfüllen Sie diese Forderungen. Wir ziehen unsere Forderungen zurück und unterschreiben Ihre! Wir hoffen, daß Sie das nicht nur in Ihren Zeitungen schreiben und auf Ihren Tagungen beschließen, sondern daß Sie, meine Frauen und Herren, selbstverständlich auch hier dafür eintreten, damit wir entsprechende

1270 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Beschlüsse fassen können. Wir sind weit davon entfernt, Pauschalverdächtigungen und Beschuldigungen zu erheben. Nein, das ist nicht wahr, das wollen wir auch gar nicht. Aber dann, meine Frauen und Herren, ziehen Sie klar und deutlich den Trennungsstrich gegen jene Egoisten, die auf Kosten des österreichischen Staates und der Bevölkerung sündigen, denn dann wird man die Anständigen um so besser erkennen können.

Wir sind nicht der Meinung, daß alle zu den Egoisten gehören. Sicherlich, es gibt in allen Kreisen ordentliche und verantwortungsbewußte Menschen, so wie es überall auch verantwortungslose gibt; aber dann helfen Sie mit gegen diese verantwortungslosen. Glauben Sie aber, daß das die Mithilfe ist, wenn man irgendwo in Österreich — und es ist doch nicht allzuweit weg —, in Landeck in Tirol zum Beispiel, einen Gewerbetreibenden, im konkreten Fall einen Friseurmeister — ich habe das nicht nur aus Zeitungen, sondern der Fall wurde mir von Vertrauensmännern dieses Ortes vorgetragen —, wegen Schmutzkonkurrenz vor Gericht zerrt, weil er billiger ist als die anderen. Statt daß man umgekehrt gegen die Preistreiber einschreitet, zerrt man den vor Gericht, der seine Kunden billiger bedient.

Hier wäre es notwendig einzuschreiten, und nicht Anzeigen von den Wirtschaftsstellen — in diesem Falle von der Handelskammer und der Innung — gegen jene Gewerbetreibenden und Selbständigen wegen unlauterer Konkurrenz zu erstatten, die bereit sind, billiger zu arbeiten als die anderen.

Aus diesen Beweggründen heraus möchten wir also sagen, daß die Versorgung der österreichischen Bevölkerung auch für ihre Lebenshaltung ausschlaggebend ist. Wenn zum Beispiel seit 14 Tagen in Vorarlberg die Bevölkerung nur mehr die Hälfte der Menge Milch wie vorher bekommt, weil die Erzeuger die Milch für die Erzeugung von Fettkäse verwenden, den man teurer anbringen kann, so werden Sie damit die österreichische Bevölkerung nicht beruhigen, sondern Sie werden ihr einen neuen Grund zur Unzufriedenheit und zur Mißstimmung geben.

Was die Frage der Landwirtschaft anbelangt, so ist es nicht notwendig, daß wir uns hier weiter darüber auseinandersetzen, um irgendwelche neue Argumente ins Treffen zu führen. Wir können darauf verzichten und möchten uns damit begnügen, daß wir uns dem Appell des Herrn Bundesministers Dr. Margarétha bei seiner Budgetrede anschließen — das wird für uns vollkommen genügen —, auch in diesen Kreisen jene Disziplin und jenes Verantwortungsgefühl zu wecken, das notwendig ist in der Gesamtheit.

Wir verkennen nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich weitgehend von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig ist; daß diese Hilfe vom Ausland nicht der Idealzustand für uns alle hier ist; daß wir möglichst bald unabhängig werden und wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen wollen; das müssen wir uns aber erarbeiten. Hier geht es nicht allein mit einem Appell an die Verantwortung und Disziplin, hier genügt es nicht, nur für die einen Verzicht zu predigen, sondern an diesem Verzicht müssen auch alle anderen teilnehmen, so wie das bisher die Arbeiter und Angestellten getan haben.

Wir wissen, das Budget ist natürlich von der Entwicklung des nächsten Jahres abhängig, auch von der politischen Situation unseres Landes, und wir wollen zusammenhelfen, daß wir unserem Staat, unserem Volk die Freiheit erhalten, und wir wollen gemeinsam auch wirtschaftlich alle Anstrengungen unternehmen, um unserem Volk die Existenz und Lebensmöglichkeit zu sichern. Ich glaube, wir können sagen, daß wir die Meinungsverschiedenheiten, die wir im Rahmen unserer demokratischen Ordnung austragen und auskämpfen, im Interesse der österreichischen Bevölkerung austragen werden, daß wir aber hinter der Bundesregierung und hinter jedem einzelnen Ressortminister stehen werden, wenn er auf wirtschaftlichem oder politischem oder Verwaltungsgebiet österreichischen Rechtsansprüchen, österreichischen Gesetzen, österreichischem Recht gegen irgendeinen ausländischen Eingriff Geltung verschaffen will.

Es ereignen sich ja auch im zwanzigsten Jahrhundert noch Wunder, die man mit eigenen Augen sehen kann. Der Herr Abg. Fischer hat uns heute ein solches Wunder hier demonstriert. Er hat gesagt, was es anfangs Oktober gegeben hat, das waren Gespenster. Das waren sehr sichtbare Gespenster, die wir hier in Österreich gesehen haben, besonders in Wien und Niederösterreich. Wenn man behauptet, daß das vielleicht nicht wahr ist, und wenn man hier großartig redet, man solle doch die Immunität der kommunistischen Abgeordneten aufheben — Ja, meine Herren, warum soll man Ihre Immunität aufheben? Sie waren ja nicht so tapfer und waren nicht dabei, Sie haben sich nicht gezeigt in diesen Tagen und Wochen und haben sich gehütet, in diesen Tagen auch nur ein Wort von sich zu geben. Sie haben die anderen vorgeschickt. Beim Barrikadenerrichten, beim Zementausgießen der Straßbahnschienen, bei der Besetzung der Postämter, bei der Blockierung der Eisenbahnschienen, da waren Sie nicht dabei. Auch nicht einmal bei der Demonstration auf dem

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1271

Rathausplatz, da hat man Sie ja nicht gesehen. Sie haben keinen Ton von sich gegeben, haben nur andere vorgeschickt. Geht's gut, dann wären Sie schon vorgekommen. Geht's schlecht, dann sind Sie ja nicht dabei gewesen.

Sie sagen: Strafverfahren einleiten! Dann sagen Sie doch der Ihnen so sympathischen Besatzungsmacht, man soll Richter und Staatsanwälte nicht kommen lassen und ihnen sagen: Wir verbieten die Einleitung von Strafverfahren! Oder man soll doch nicht verhindern, daß Disziplinarkommissionen gegen jene pflichtvergessenen Polizeibeamten Disziplinaruntersuchungen durchführen. Wenn Sie nichts dagegen haben, daß untersucht wird, warum werden dann diese Untersuchungen verhindert? (Abg. Honner: Gegen die Prügelgarden Olahs!) Das sind bei Ihnen Prügelgarden, wenn sich die Arbeiter zur Wehr setzen! Ihre Leute mit den Schlagringen, Messern und den übrigen demokratischen Werkzeugen sind offenbar die volksdemokratischen Gespenster. (Abg. Probst: Das sind die Friedensengel als Gespenster!)

Wir werden Gelegenheit haben, dieses Budget in allen Einzelheiten im Finanzausschuß zu prüfen und zu erörtern. Wir sind uns bewußt, daß das Hohe Haus gerade mit seiner Beschlußfassung über das Budget eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe zu lösen hat, weil davon die wirtschaftliche Entwicklung und damit die soziale Sicherheit für ein Jahr und damit für die Zukunft abhängig ist. Wir werden das sachlich tun, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung und in dem Bewußtsein, damit unserem Volk und unserer Republik den größten Dienst zu erweisen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Der sicherlich bemerkenswerteste Satz in den Erläuterungen zum Bundesvoranschlag, ein auch heute schon mehrmals zitierter Satz, den auch der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner Rede, in der er das Budget dem Hohen Hause vorgelegt hat, gebraucht hat, lautet (liest): „Die Bedeckung der Mehrerfordernisse der laufenden Gebarung des Bundesvoranschlages 1951 von über 2 Milliarden Schilling konnte nur unter Heranziehung der letzten Reserven des Bundeshaushaltes erfolgen.“ Dieser ernste Satz wäre durch einen noch nicht ausgesprochenen, noch ernsteren Satz zu ergänzen, nämlich den: Konnte nur erfolgen durch Inanspruchnahme der letzten Reserven der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei der letztjährigen Budgetdebatte der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß sich der Herr Bundesfinanzminister irren könnte, wenn er zum Beispiel die Eingänge an den direkten Abgaben so hoch präliminiert, wie dies im

vorjährigen Voranschlag geschehen ist. Meine Befürchtungen haben sich aber als irrig und der Optimismus des Herrn Finanzministers hat sich als zutreffend erwiesen, denn die Eingänge an direkten Abgaben waren tatsächlich noch höher. Aber ich bin selbst viele Jahre meines Lebens Finanzbeamter gewesen, und zwar nicht auf einer ganz untergeordneten Stelle (Abg. Altenburger: Sie waren noch was anderes auch!), und weiß daher, wie es gemacht wird. (Weitere Zwischenrufe des Abg. Altenburger.)

Ich weiß nicht, was mir der Herr Abg. Altenburger zugerufen hat, aber ich glaube nicht, daß es etwas sehr Bedeutungsvolles gewesen sein kann, denn das wäre wider die Natur! (Heiterkeit. — Abg. Altenburger: Ich habe gesagt, Sie waren auch noch etwas anderes!) Ja, zum Beispiel Redakteur. (Abg. Dr. Pittermann: Und jetzt Mitglied des Bundes der von Altenburger Verfolgten! — Heiterkeit.) Sehr richtig! Sie kommen mir zu Hilfe, Herr Dr. Pittermann.

Ich weiß also, daß es verschiedene Methoden der Eintreibung öffentlicher Abgaben gibt: strenge, strengere, fast rücksichtslose und dann solche, die zwangsläufig einmal zum Zusammenbruch führen müssen. Um nur ein Beispiel für jene zu nennen, die ich zur letzten Kategorie rechne: Das Bundesministerium für Finanzen hat vor kurzem einen Erlaß herausgegeben, der die sogenannten Notionierungen von Stempelgebühren betrifft. Solche Notionierungen finden dann statt, wenn die Parteien ihre Eingaben zu gering vergebühren. Und es ist hier bisher seit Jahr und Tag die Übung gewesen, daß an die betreffende Partei eine kürzere oder längere Fristaufforderung gerichtet worden ist, die fehlenden Stempel nachzubringen. Dies mußte ja auch so sein; denn wenn man auch von dem Standpunkt ausging, daß jeder Einschreiter bei einer Behörde wissen mußte, wieviel er für seine Schrift an Gebühren zu bezahlen hat, so scheitert ein solches Verlangen in der Praxis doch an der effektiven Unkenntnis der breiten Bevölkerung über den Gebührentarif, zumal es sich hier vielleicht auch um Ämter handelt, die Eingaben aus allen Teilen der Bevölkerung, Eingaben in Dingen erhalten, in denen der Einschreiter jedenfalls wenig bewandert ist, Eingaben von Gebirgsbauern und meinetwegen von Fabrikarbeitern, denen man nicht zumuten kann, daß sie die genaue Kenntnis der Stempelgesetze intus haben.

Nunmehr wird aber nach dem besagten Erlaß von dieser Übung abgegangen und werden alle Behörden aufgefordert, sofort zu notionieren, das heißt, sofort mit einer Streintreibung des Vielfachen der fehlenden

1272 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Gebührendifferenz vorzugehen. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie sich vor Augen halten, daß diese Notionierung das Drei-, Sechs- oder Neunfache und mehr betragen kann und es sich hier sehr oft um arme Teufel handelt, für die Beträge von 20 S und 40 S und mehr eine große Rolle spielen, dann werden Sie mir beipflichten, daß dies ein bezeichnendes Beispiel dafür ist, daß von seiten der Finanzverwaltung wirklich zu scharf vorgegangen wird.

Die Finanzbeamtenschaft selbst trifft zweifellos nicht der geringste Vorwurf, sie hat ihre Pflicht zu erfüllen und sie bemüht sich, dies am besten zu tun, oft unter Einsatz ihrer ganzen physischen und psychischen Kräfte; denn es erfordert auch eine gewisse seelische Kraft vom Finanzbeamten, für den Staat fordern zu müssen, was ihm sein Herz und seine wirtschaftliche Kenntnis des betreffenden Falls oft fordern zu dürfen verbieten würde.

Wenn nun die Methode zu untersuchen ist, dann muß doch gesagt werden, daß hier die Steuerschraube schon in einem unerträglichen Maß angesetzt wird. Das Beispiel der Notionierung von Stempelgebühren gehört sicherlich nicht direkt in die Kategorie der Einhebung der direkten Abgaben, aber es ist ja auch dort genau so. Es wird dort genau so rücksichtslos vorgegangen, es wird auch dort „Härte“ gezeigt in Fällen notwendiger Ratenbewilligungen, kurz, es wird auch bei den Veranlagungen die schärfste Lupe genommen, kurz, der Wirtschaft wird hier schon gerade noch das Letzte zugemutet, es wird wirklich auf die letzten Reserven gegriffen. Und wenn man nun auf die letzten Reserven greift, hat dies das Unangenehme, daß man sich dabei vergreifen kann und daß man glaubt, es wäre vielleicht noch eine Reserve da, aber es ist in Wirklichkeit keine mehr da. Und dann kommt es zuerst zum einzelnen und dann zum sich immer mehr häufenden, schließlich zum gesamtwirtschaftlichen Ruin.

Ich muß also meiner Befürchtung abermals Ausdruck geben, daß uns dieses so sehr überspannte Budget der Gefahr des gesamtwirtschaftlichen Ruins näherbringt. Nun ist sicherlich richtig, daß in Zeiten der Wirtschaftskrisen — und eine solche Wirtschaftskrise, die ja von der politischen Krise gefärbt ist, haben wir jetzt — der Appell zum Opfern an alle Stände gerichtet werden muß, daß der Staat von jedem Stand und jeder Bevölkerungsschichte das Äußerste verlangen muß, was sie tragen können. Nur sind zwei Fragen dabei zu beantworten: ob das Opfer getragen werden kann, und zweitens: Opfer verlangen kann man nur dann, wenn man

selbst mit gutem Beispiel vorangeht. (*Abg. Altenburger: Mit der Sammelbüchse sind Sie gegangen!*)

Und nun gestatten Sie mir, Herr Abg. Altenburger, daß ich Ihnen auf Ihre Sammelbüchse einen anderen Vergleich bringe, nämlich den Vergleich der österreichischen Wirtschaftspolitik mit einer Münze. (*Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe zwischen Volkspartei und Unabhängigen.*) Auf der Vorderseite dieser Münze am Rand herum laufen so schöne Sprüche, Inschriften wie Vollbeschäftigung, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Wiederankurbelung der Wirtschaft, und für die Mitte dieses Schrift- und Spruchbandes wären dann, da auf Münzen gewöhnlich ein Kopf oder mehrere Köpfe zu sehen sind, vielleicht die entsprechenden Köpfe aus unserer Bundesregierung zur Abbildung auszuwählen. (*Rufe und Gegenrufe zwischen dem Abg. Altenburger und Abg. Hartleb.*) Aber auf der Rückseite dieser Münze laufen andere Spruchbänder. Herr Abg. Altenburger, wenn Sie mir zuhören würden, dann könnten Sie vielleicht eine neue Anregung zu einem geistreicheren Zwischenruf bekommen! (*Abg. Altenburger: Sie könnten aufhören!*) Auf der Rückseite dieser Münze laufen nämlich andere Worte als Spruchband herum, und die könnte man so nennen: Korruption und Mißwirtschaft, und in der Mitte dieser Worte prangt ein anderer Kopf, für den zum Beispiel der seit längerer Zeit aus unserem Hause abwesende kranke Minister a. D. Krauland Symbol sein könnte.

Sie haben von uns verlangt, wir sollen positive, konkrete Vorschläge machen. Nun, es mangelt daran nicht. Sie haben ja einen vor gar nicht langer Zeit von uns bekommen. Machen Sie doch von diesem Vorschlag den entsprechenden Gebrauch. Setzen Sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß über Krauland und Kraulands Helfershelfer ein! (*Abg. Dipl.-Ing. Raab: Krauland und Stüber!*) Wenn ich und wenn meine Klubgenossen und wenn alle jene, die in den Zeitungen mit konkreten Fakten die Anschuldigungen gegen Krauland und seine Leute erhoben haben, unrecht haben sollten, dann kann Ihnen doch nichts bequemer und besser zupass sein als ein solcher objektiver Untersuchungsausschuß, dessen Spruch die Öffentlichkeit zweifellos respektieren wird.

Begeben Sie sich doch nicht selbst in die Gefahr, diesen Untersuchungsausschuß vielleicht gar inhibieren zu wollen, als hätten Sie etwas zu vertuschen. Sie, namentlich Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, müssen doch selbst das größte Interesse daran haben, daß diese

33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950. 1273

Vorwürfe in der Öffentlichkeit durch das höchste legislatorische Forum ernst und sachlich untersucht werden. (*Abg. Dr. Bock: Lassen Sie das nur unsere Sorge sein und reden Sie zum Budget!*) Wenn Sie sich hier nun vielleicht sagen sollten, daß es sich um ältere, zurückliegende Dinge handelt, die keine so augenblickliche, aktuelle Bedeutung haben, so werde ich Ihnen sagen, daß trotz des Aufwühlens des Krauland-Skandals in der Presse und trotz unserer Anträge bis in die jüngste Zeit das Krauland-System noch immer lustig weiter seine Sumpfb Blüten treibt. Und zum Beweis dessen sage ich Ihnen dieses:

Im Finanzministerium, Sektion Vermögenssicherung, Abteilung 6, gibt es bekanntlich einen Herrn Ministerialrat Hintze, über dessen Querverbindungen zu Herrn Krauland und über dessen Paladinschaft zu dem ehemaligen Minister Krauland die Zeitungen auch bereits reichlich Aufklärungsmaterial gebracht haben. Dieser Ministerialrat Hintze war nun nicht in irgendeiner sagenhaften Zeit, sondern in allerletzter Zeit, in den letzten Wochen noch, imstande, zwei ihm unterstellte Beamte — wenn Sie wünschen, kann ich Ihnen auch die Namen dieser nennen —, die sich weigerten, ihnen von Hintze zugeteilte, von ihnen als anrüchig erkannte Akten zu bearbeiten, aus dem Ressort zu entfernen und ihre Überstellung — sogar in ein anderes Ministerium — zu veranlassen.

Sie sehen also, das Treiben der Krauland-Konsorten nimmt noch immer seinen Fortgang. Er muß sich ja geradezu dazu ermutigt fühlen, und seine Leute müssen sich ermutigt dazu fühlen, wenn die Untersuchung, die wir gefordert haben, nicht durchgeführt wird und wenn er also den, wie ich hoffe, unrichtigen Eindruck bekommen könnte, daß ihm das Parlament dabei noch die Mauer macht.

Wenn also hier vom Budget gesprochen wird und von den Opfern, die dieses Budget der Bevölkerung auferlegt, und zwar der gesamten arbeitenden Bevölkerung Österreichs, dann müssen Sie auch diesem Opfer einen Impuls durch ein gutes Beispiel geben, durch ein Beispiel des guten Willens, die Korruption zu beseitigen, und dazu geben wir Ihnen als unseren guten Rat — wir werden ihn so lange wiederholen, bis er etwas nützt —: Beseitigen Sie Krauland! (*Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.*)

Abg. Ludwig: Hohes Haus! Zu den Ausführungen meines sehr geehrten Vorredners möchte ich eigentlich nur eine Bemerkung machen: Beseitigen Sie Stüber und dann haben Sie das Niveau dieses Hauses wesentlich gehoben! (*Zustimmung und Heiterkeit bei der*

ÖVP. — Abg. Hartleb: Wir hoffen, daß es sich jetzt bei Ihrer Rede heben wird!)

Was nun die Budgetdebatte anlangt, so sind eine Menge ausgezeichnete Vorschläge gemacht worden. Wenn sich der Herr Finanzminister alle diese Vorschläge zu eigen machen könnte und würde, dann, glaube ich, hätte dieser Staat eine ausgezeichnete Zukunft. Ich bin aber überzeugt, er wird sie auch so haben. Sollte es aber eintreten, daß der Herr Finanzminister — bei seinem schwierigen Ressort wäre es gar nicht unmöglich — eines Tages sagt: Ich mag nicht mehr! so können wir die Oppositionsredner des heutigen Tages herausnehmen und uns einen kommenden guten Finanzminister herausuchen.

Es ist außerordentlich einfach, hier diesen oder jenen Wunsch auszudrücken, hier dieses oder jenes phantastische Projekt zu entwickeln — die Wirklichkeit ist anders. So haben wir zum Beispiel in der „Neuen Front“ vom Samstag, den 30. September 1950, eine Darstellung entdeckt, wie man es zustande bringt, das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters im Monat von zirka 700 S in Bälde auf 4500 S zu erhöhen. Ich glaube, wenn ich Ihnen das zur Kenntnis brächte, dann würde hier eine gewisse Erheiterung eintreten. Da aber das Parlament schließlich und endlich doch eine seriöse Beratungsstätte sein soll, unterlasse ich es. Wenn Sie aber eine vergnügte Abendstunde zubringen wollen, dann rate ich Ihnen, sich die Ausgabe der „Neuen Front“ vom Samstag, den 30. September 1950, einmal vorzunehmen.

Nun Bemerkungen über das Budget: Mein ausgezeichnete Vorredner, Freund Bock, hat eigentlich alles gesagt, was vom Standpunkt meiner Partei zu besprechen war. Er hat sich auch über die eine oder die andere Frage weiter verbreitert. Ort der Behandlung des Budgets wird jetzt der Finanz- und Budgetausschuß werden, gestatten Sie mir aber einige mehr allgemein politische Bemerkungen, da diese sogenannte Generaldebatte über das Budget — ob sie ganz richtig geführt wurde, das will ich hier nicht behandeln — immerhin das Recht gibt, allgemeine Bemerkungen zu machen.

Da hatten wir den sehr geehrten Chef der Kommunistischen Partei, der uns vorhielt, wie glänzend das Leben in unseren Nachbarstaaten sei. Ich bitte, es mag sein, daß das eine oder andere besser ist als bei uns, aber wenn schon die Verhältnisse in den Nachbarstaaten in dieser oder jener Form besser wären, dann stünde es doch den Herren frei, in diese Staaten zu übersiedeln, in denen es angeblich bedeutend bessere Lebensverhältnisse gibt. (*Beifall bei der Österreichischen Volkspartei. — Zwischenrufe beim Linksblock.*)

1274 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 8. November 1950.

Verehrter Herr Staatssekretär Fischer, Sie können überzeugt sein, daß wir Ihre Abwesenheit in keiner Form bedauern würden. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben uns heute einen großen Vortrag über eine Gerichtsuntersuchung gehalten, die sich im großen und ganzen mit Donawitz und ähnlichen Dingen beschäftigt hat. Sie haben Protokolle zur Verlesung gebracht, aus denen angeblich die völlige Schuldlosigkeit der inculpierten Menschen hervorgeht, und haben dies mit Beschimpfungen der Bundesregierung verbunden. Sie haben gesagt: Wenn wir gewollt hätten, dann hätten wir diese Regierung hinweggefegt! Vielleicht erinnern Sie sich auch daran, daß ein Mann, mit dem Sie in Graz gesprochen haben, schon am Semmering war und gewartet hat, ob er nicht das provisorische Oberhaupt der kommenden Regierung werden könnte. (*Zwischenrufe.*) Ich bitte, das sind doch Tatsachen. Herr Dobretsberger ist Ihr geistiger Genosse, er hilft Ihnen in der Geistigkeit Österreichs Brückenköpfe bauen. Aber ganz vergeblich, Sie werden keine Erfolge haben. Wenn Sie heute mit einer solchen Überzeugung hier prognostiziert haben: Diese Regierung werden wir hinwegfegen! so sage ich Ihnen folgendes: Ich sehe in dieser Prophezeiung das Einbekenntnis einer Nieder-

lage, wie sie eine politische Partei selten erlebt hat! Sie können wieder zu kämpfen beginnen, aber ich garantiere Ihnen eines: Sie werden die zweite Niederlage erleiden, und vielleicht werden Sie uns dann endlich mit Ihrer Gegenwart verschonen. Wir aber werden die Regierung Figl, die außerordentlich viel geleistet hat, unterstützen.

Im Namen der Österreichischen Volkspartei drücke ich zum Schluß der heutigen Generaldebatte unserem Bundeskanzler unseren Dank für sein couragiertes Verhalten während der schwierigsten Tage der zweiten Republik aus. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zum Schluß der Sitzung.

Nach der Geschäftsordnung weise ich die Regierungsvorlage 230 und Zu 230 d. B. dem Finanz- und Budgetausschuß zu. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall.

Die nächste Sitzung berufe ich für den 22. November, 9 Uhr, ein. Wird dagegen eine Einwendung erhoben. (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 45 Minuten.